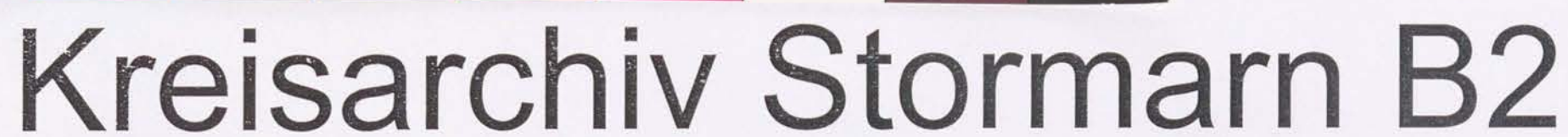


Kreisarchiv Stormarn B2

Kreisarchiv Stormarn

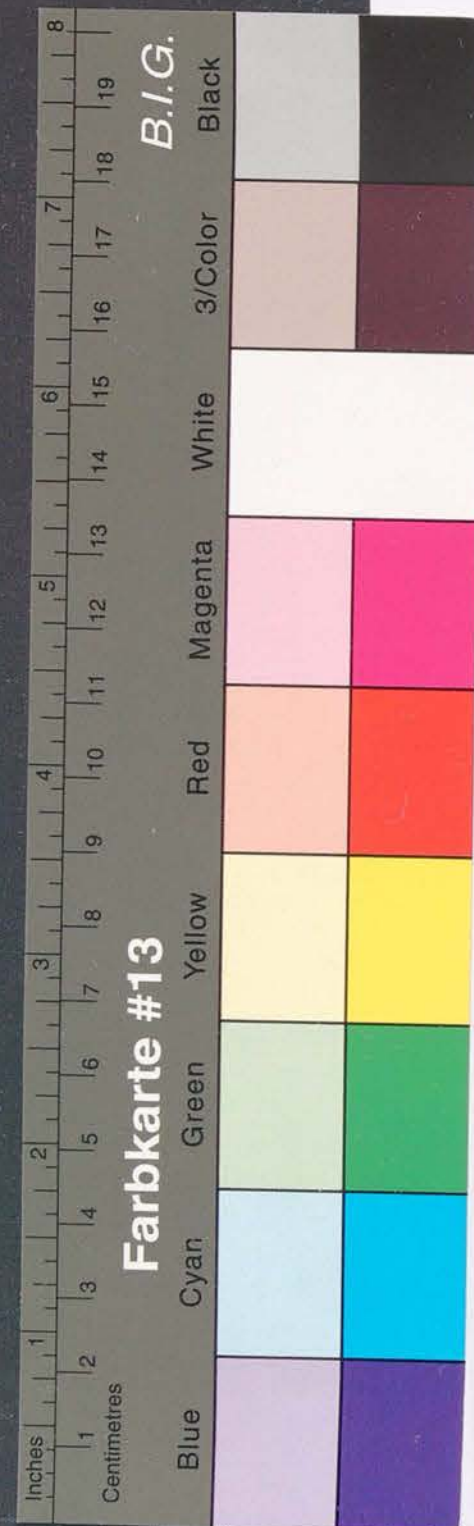
Bestand B 2

361



(Die Unterst. Gruppe u. die laufende Nummer sind unbedingt auf dem Krankenschein anzugeben).

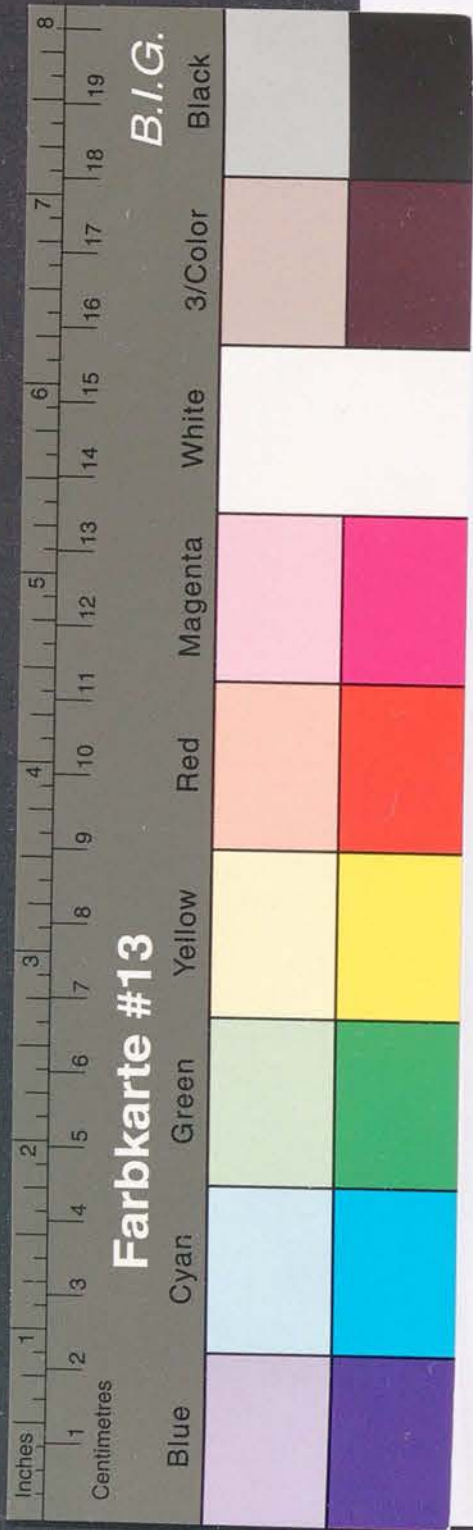
wenden!



Name:

Laufende Nr.

[illegible]



Kreisarchiv Stormarn B2

| | | | | | |
|-------------------------------------|--|--------------------|--|--|--|
| Name: | | Unterst.-Gruppe | | Laufende Nr. | |
| Laufende Nr. | | Tag der Auszahlung | | Unterstützung für den Zeitraum von bis | |
| Richtsatz | | Miet-Beihilfe | | Krankenhauskosten | |
| Transportkosten | | Wochen-Erfürsorge | | Pflegezulagen | |
| Beerdigungskosten | | Familienguthilfe | | Wirtschaftsbeihilfe | |
| Sonstige Kosten | | Abzüge | | Auszahlender Betrag | |
| Gegenzeich. für erfolgte Auszahlung | | | | | |

Apr
Mai
Juni
Juli
Aug
Sept
Okt
Nov

Willy Hess

29 Sep. 1948

(24 a) Ahrensburg b. Hamburg,
Hagener Allee 40

den 28. September 1948

Landesvermögenstelle
Aussenstelle Stormarn
Bad Oldesloe
Amtsgericht Zimmer 5
Zu Händen des Herrn Stuckmann.

Kreissonderhilfsausschuss Ausgabe Nr. 240

Sehr geehrter Herr Doktor!

Von den Nürnberger Gesetzen betroffen wurde mir
s.Zt. von der Nazibehörde mein guter amerikanischer Sechsröhrenempfänger eingezogen.

Im Sinne der Wiedergutmachung beantrage ich
hierdurch ergebenst, diesen Schaden zu ersetzen und mir ein
entsprechendes Gerät bewilligen zu wollen.

Hochachtungsvoll!

Willy Hess
Eg. 2/10. 11

UR.
weitergereicht an
Herrn Dabelstein
Bad Oldesloe
Kreisverwaltung

Herr Hess, Ahrensburg, hat Abgabennachricht erhalten.

Im Auftrage:

H. Buchmann

Kreisarchiv Stormarn B2



Bad Oldesloe, den 5. November 1948

- Hess - D./K.

Herrn
Willy Hess
in Ahrensburch
Hagener Allee 40

In Ihrer Betreuungssache als ehem. rass. Verfolgten hat die Landesvermögensstelle Ihr Schreiben vom 28.9.48 hierher zur weiteren Erledigung abgegeben.
Wie Ihnen bekannt sein dürfte, ist eine Möglichkeit zur Erstattung Ihres Ihnen durch die Nürnberger Gesetze genommenen Sechsbürteneempfängers z.Zt. noch nicht möglich, da das Wiedergutmachungsgesetz noch nicht verkündet ist. Mit der Verkündung des Gesetzes dürfte wohl alsbald zu rechnen sein. Es wird daher bedauert, Ihnen vorderhand noch nicht helfen zu können.

Im Auftrage:

Kreisarchiv Stormarn B2



5

Bad Oldesloe, den 22. November 1948

- Hess - D./K.

1/ An die
Notgemeinschaft d.d.d. Nürnbergergesetze Betroffenen
in H a m b u r g 36
Dammstr. 641

Der zu Ahrensburg, Hagener Allee 40, wohnhafte früherer Kaffeemakler
Dax (Willy) H e s s, geb. 18.3.65, ist von dem Kreis-Sonderhilfeaus-
schuss Stormarn als ehem. rass. Verfolgter anerkannt worden. Bei der
Überprüfung musste nunmehr festgestellt werden, dass der Nachweis, dass
Hess Volljude ist, nicht erbracht ist.
Es wird gebeten, ob und gegebenenfalls welche Unterlagen Hess dort vor-
gelegt hat und ob die Angaben, dass er Volljude ist, zutreffen.

2/ Wz.

Im Auftrage:

ärz 1949

- Hess - D. / K.

der 13. Sitzung
schusses Storm

Es waren anwesend:

1. H
2. E
3. H
4. H

Vorlage: Überprüfung d
des ehem. ras

Beschluss: Der Kreis-
die am 15.5.
Hess ist de
Wahlzeit vo

chen Unterredung

Geschäftszimmer

e nach meinen

t längerer Zei-

Leicht hätte ich

en, obgleich ich

Brutto Mieteinnahme

eträgt DM 35,46,

Spesen, wie Z.B.

en die erheblichen

se nichts gemacht

... von U.S.W.

e ich vorsorglich

ggsvoll!

Herrn Runge zur Kenntnis:

Frau Gickhorst aus Ahrensburg rief telefonisch an und bat um Ueber-
sendung eines Antragsformulars für ehem. pol. Häftlinge für den
Volljüden Nathan Hess, Ahrensburg, Hagener Allee 40.

Herr Hess hat bereits einen Antrag auf Sondervergünstigung gestellt, er ist daraufhin vom Komitee Bargtheide an die Hilfgemeinschaft e.V. in Hamburg verwiesen worden. Ebenfalls bemerkte Frau E., dass Hess bereits 82 Jahre alt ist und deshalb eine Unterstützung benötigt.

Kreisarchiv Stormarn B2



Kreisarchiv Stormarn B2



Bad Oldesloe, den 11. Januar 1949

Hess - D.K.

Protokoll

der 13. Sitzung des Kreis-Sonderhilfeaus-
schusses Stormarn am 28. Dezember 1948.

Es waren anwesend:

1. Herr Tradowsky, stellv. Vorsitzender
2. Herr Lerbs, Beisitzer
3. Herr Russ, stellv. Beisitzer
4. Herr Dabelstein, Geschäftsführer.

Vorlage: Überprüfung der am 15.5.46 ausgesprochenen Anerkennung
des ehem. rass. Verfolgten Willy H e s s in Ahrensburg.

Beschluss: Der Kreis-Sonderhilfeausschuss beschliesst einstimmig,
die am 15.5.46 ausgesprochene Anerkennung zu bestätigen.
Hess ist der Rasse nach Volljude und somit während der
Nazizeit verfolgt worden.

24. April 1949.

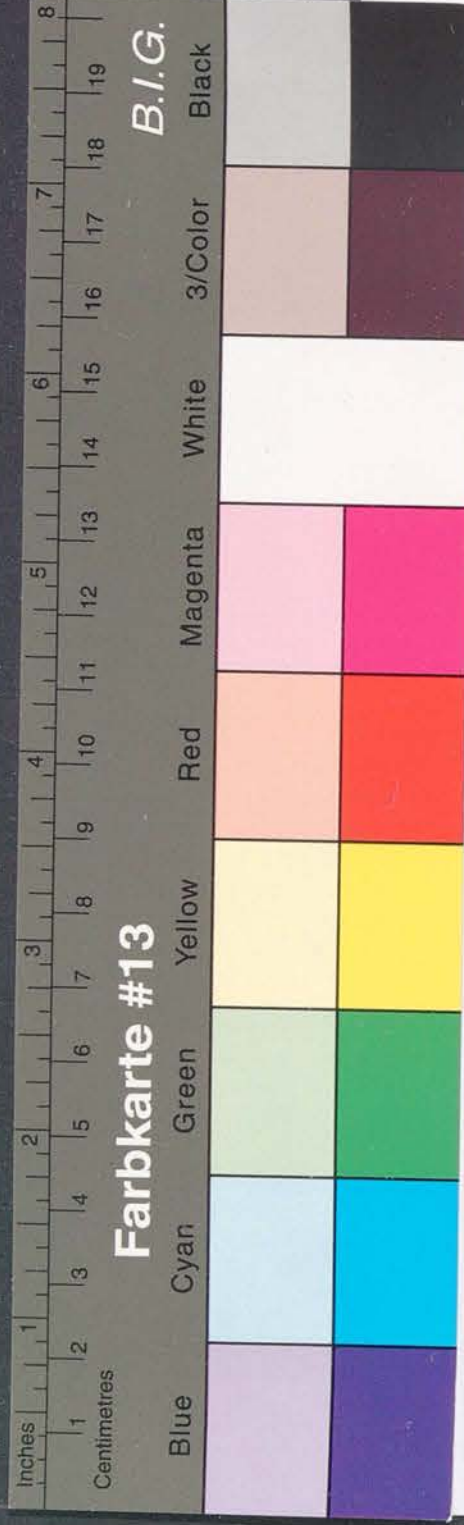
dem Herrn Gemeindevorsteher
in L e g e r s d o r f.

Für die Prüfung des Interesses des kriegs gesch-
äftigen Gustav H o b l i f auf Gewährung einer
Lebensbeihilfe ist die Beantwortung des anlie-
genden schreibens des Hauptvereinsorgans in
Hannover erforderlich. Die bitten im Einverneh-
ren mit H o b l i f die Beantwortung vorzunehmen und
den schriftwechsel umgehend an uns zurückzusen-
den.

Beantwortet.

2.) No. 6/5.33.

In Auftrage:



Kreisarchiv Stormarn B2

Bed Oldesloe, den 11. Jan. 1949

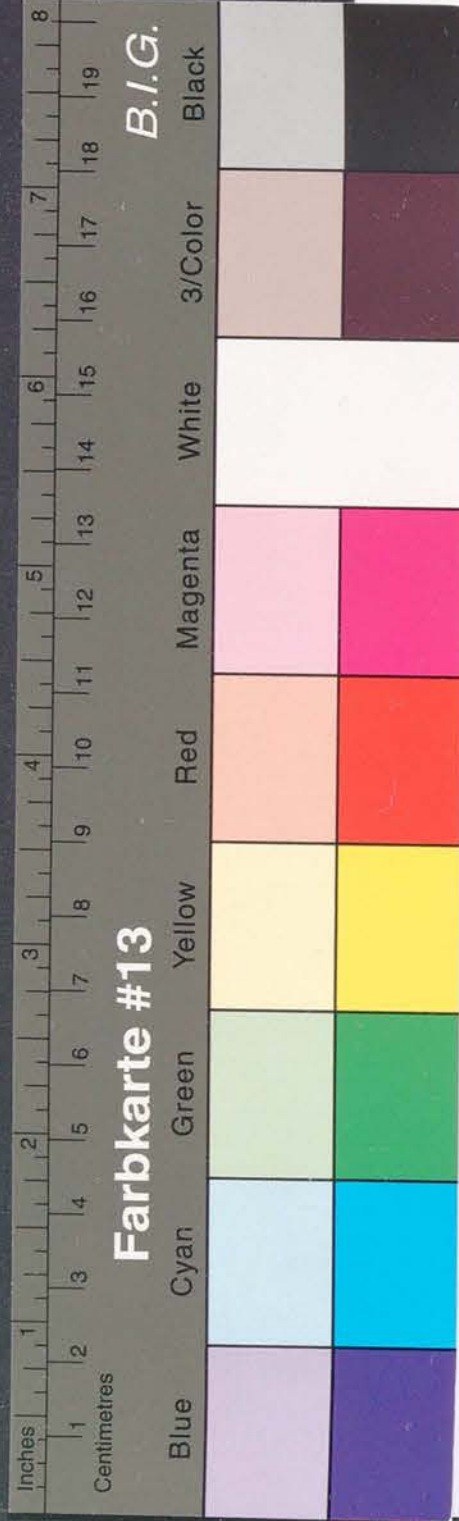
An die
Notgemeinschaft d.d.d. Münbergergesetze Betroffenen
in H a m b u r g 36
Deumtor 64L

In der Betreuungssache des Verfolgeten Willy H e s s in Ahrensburg wird unter Bezugnahme auf das dortige Schreiben vom 30.11.48 mitgeteilt, dass die Angaben des Herrn Hess in keiner Weise angezweifelt wurden. Die Nachfrage bei der örtlichen Dienststelle erfolgte nur, um eine Unterlage über die tatsächliche Abstammung zu haben, da hier bei dem Kreis-Sonderhilfsschausschuss keinerlei Unterlagen vorhanden waren, sondern die Ankerkennur nur aufgrund eigener Angaben erfolgte.

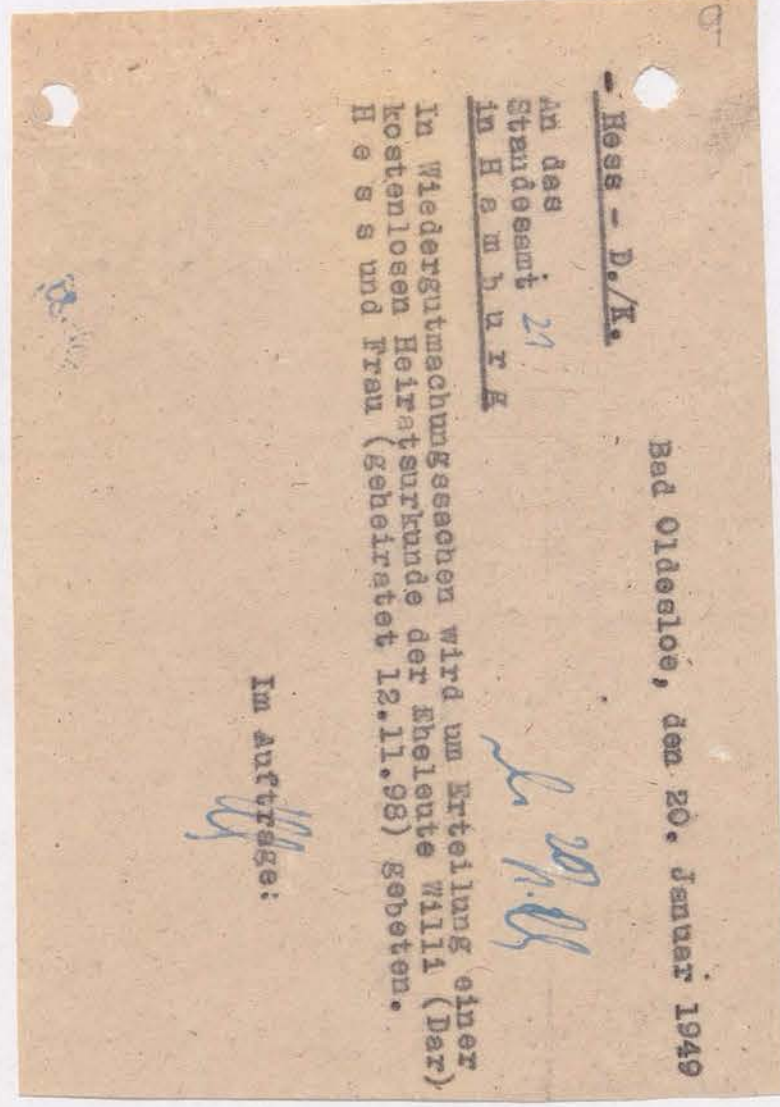
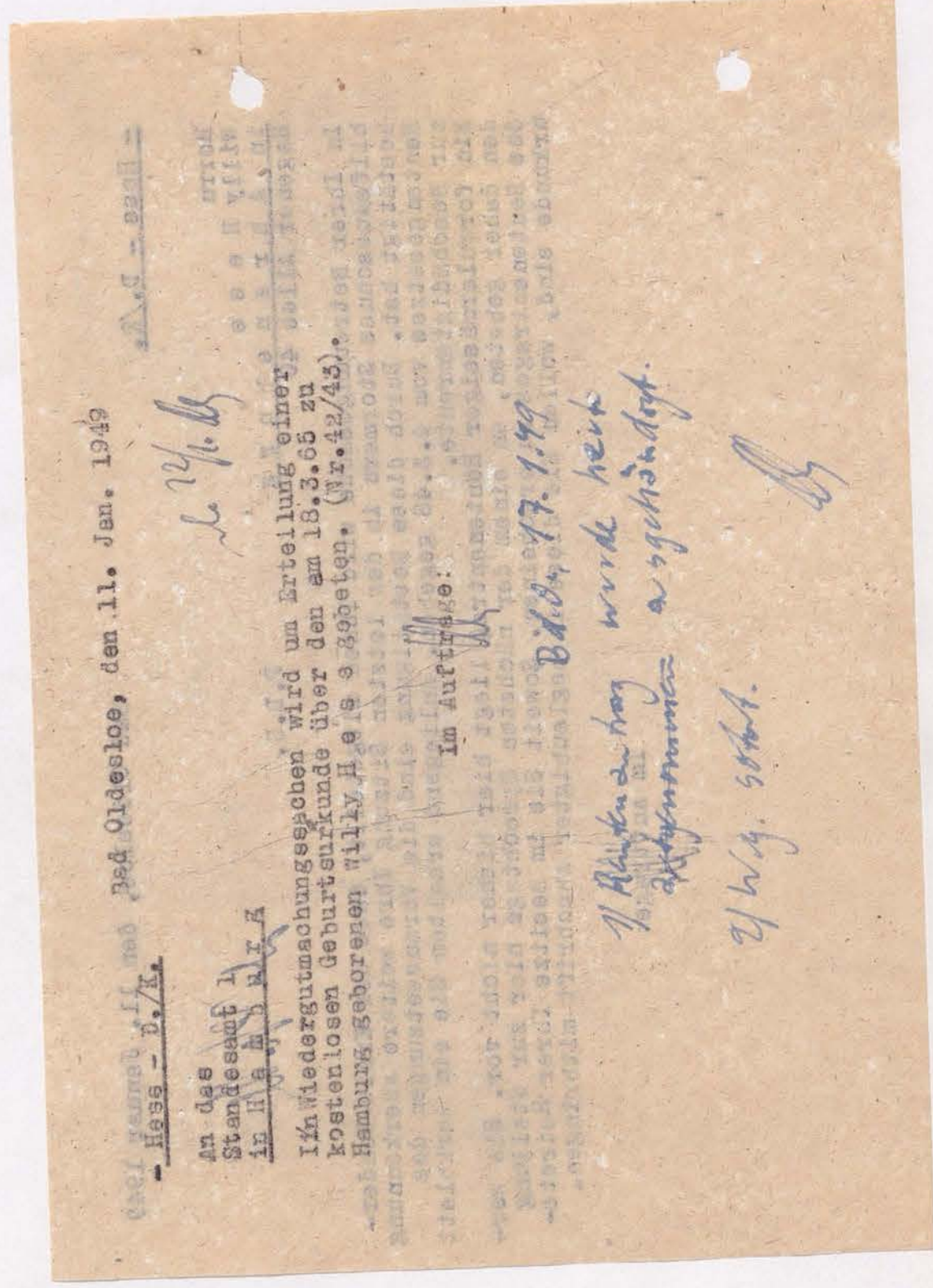
In A.D. 1908, the year of the 10th anniversary of the death of the late Emperor Meiji, the Japanese Government issued a decree to the effect that the late Emperor Meiji's body should be placed in a mausoleum to be built in the city of Tokyo. The decree was issued on the 10th day of the 10th month of the 10th year of the Meiji era (1908).

Bat Oldesloe, den 11. Januar 1949

Hogob D. / E.



Kreisarchiv Stormarn B2



Kreisarchiv Stormarn B2



10

Bad Oldesloe, den 1. Febr. 1949

- Hess - D./K.

An die
Stadtverwaltung
in Ahrensburg

In der Betreuungssache des ehem. rass. Verfolgten
Willy H e s s in Ahrensburg wird um umgehende Mit-
teilung gebeten, ob und ggf. in welcher Höhe mtl.
seit dem 1.1.48 aus öffentlichen Mitteln eingetre-
ten wurde.

Im auftrage:

L 2/2. 1949

10

Bad Oldesloe, den 1. Febr. 1949

- Hess - D./K.

An die
Stadtverwaltung
in Ahrensburg

In der Betreuungssache des ehem. rass. Verfolgten
Willy H e s s in Ahrensburg wird um umgehende Mit-
teilung gebeten, ob und ggf. in welcher Höhe mtl.
seit dem 1.1.48 aus öffentlichen Mitteln eingetre-
ten wurde.

Im auftrage:

L 2/2. 1949

Kreisarchiv Stormarn B2



17

Bad Oldesloe, den 5. Februar 1949.

Herrn
Dr. med. Klukow,
Ahrensburg
Grossestr. 16.

In der Betreuungssache der ehem. polit. Verfolgten
Willy Hess in Ahrensburg,
Bruno Dorow in Ahrensburg,
Hans Holm in Ahrensburg,
Henry Samson in Ahrensburg
werden anliegend die Rentenanträge zurückgereicht mit der Bitte, noch
den Grad der Erwerbsminderung durch die Verfolgung anzugeben.
Auf die tel. Rücksprache vom heutigen Tage wird
Bezug genommen.

In Auftrage:

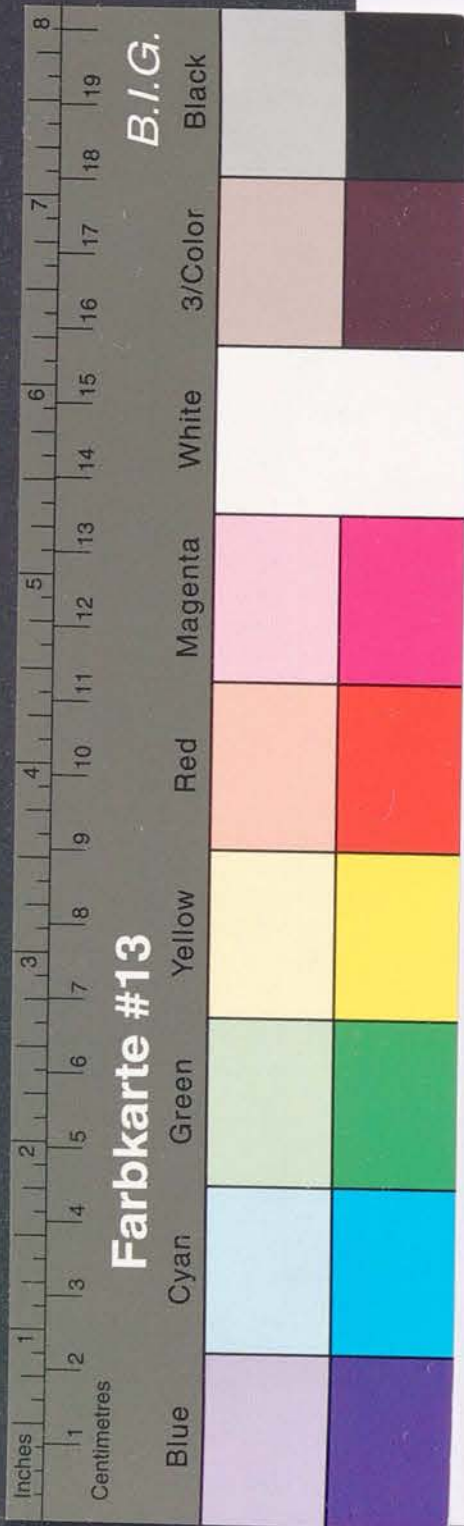
17

Bad Oldesloe, den 5. Februar 1949.

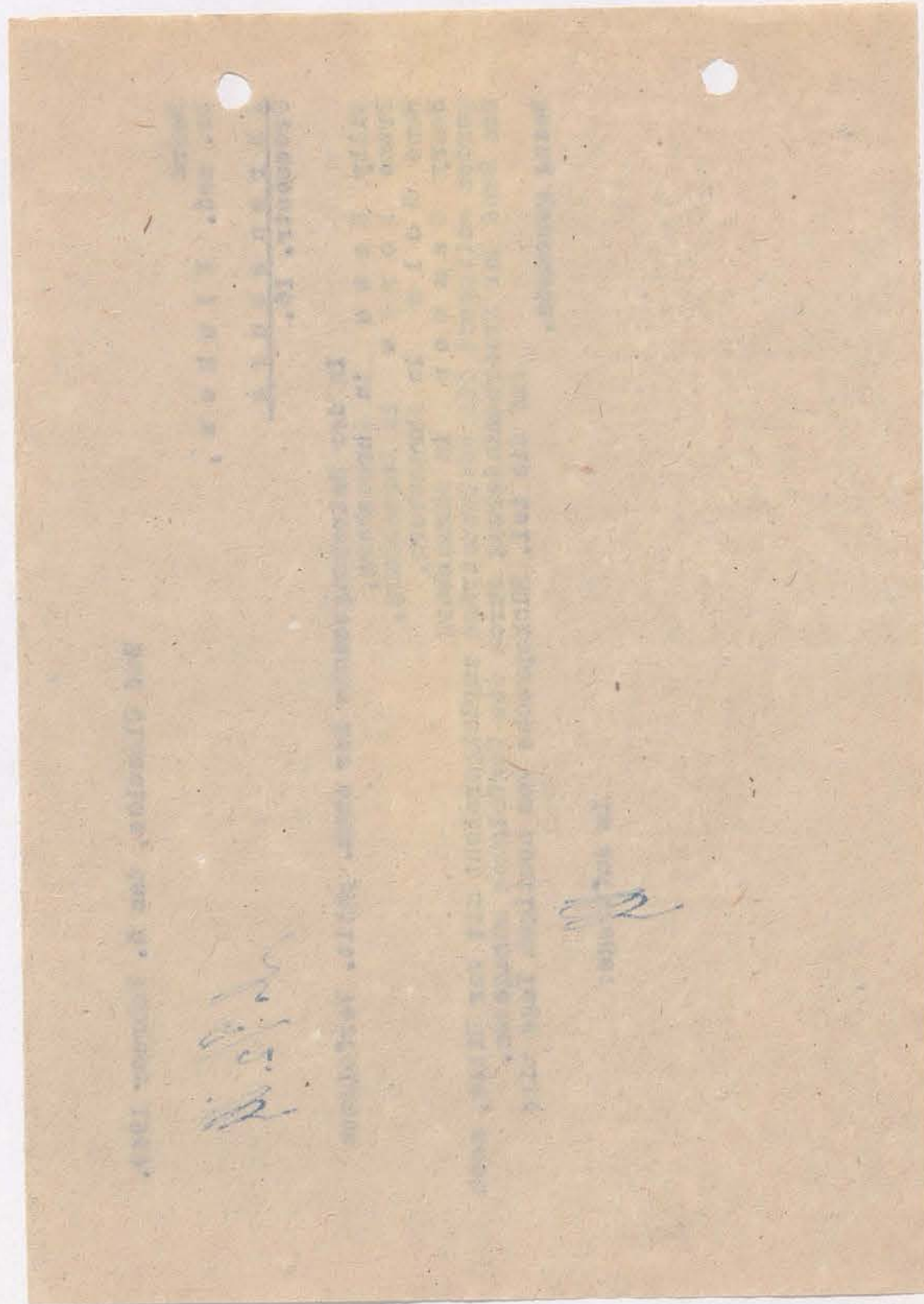
Herrn
Dr. med. Klukow,
Ahrensburg
Grossestr. 16.

In der Betreuungssache der ehem. polit. Verfolgten
Willy Hess in Ahrensburg,
Bruno Dorow in Ahrensburg,
Hans Holm in Ahrensburg,
Henry Samson in Ahrensburg
werden anliegend die Rentenanträge zurückgereicht mit der Bitte, noch
den Grad der Erwerbsminderung durch die Verfolgung anzugeben.
Auf die tel. Rücksprache vom heutigen Tage wird
Bezug genommen.

In Auftrage:



Kreisarchiv Stormarn B2



13

REC. 26. JAN. 1949

Kreisverwaltung Stormarn
Kreissonderhilfsausschuss
- Abt. 4/K. -
Hess - D./K.

An das
Standesamt 1
in Hamburg

In Wiedergutmachungssachen
kostenlosen Heiratsurkunde
Hess und Frau (Gehelrate)

Bad Oldesloe

15

März 1949
40

An die
Landesregierung Schleswig
Ministerium für Wohlfahrt

Hess - D./K.

lichen Unterredung

16

Kreisverwaltung Stormarn
Kreissonderhilfsausschuss
- Abt. 4/K. -
Hess - D./K.

An das
Standesamt 1
in Hamburg

In Wiedergutmachungssachen
kostenlosen Geburtsurkunde
über den am 18.3.65 zu
Hamburg geborenen Willy Hess gebeten. (Nr. 42/43)

17. JAN. 1949

Im Auftrage:

Staatsarchiv
Hamburg

Hamburg, den 25.1.1949

U.
dem Rechtsamt, Aufsicht über die
Standesämter

zuständigkeitshalber übersandt.
Abgabenachricht ist erteilt. Die Geburt des
1865 hier geborenen Wolff Willy Jacob Dan.
Hess ist im Geburtsregister des Standesamts I
Hamburg (alt) von 1882 Nr. 4243 beurkundet.

g253

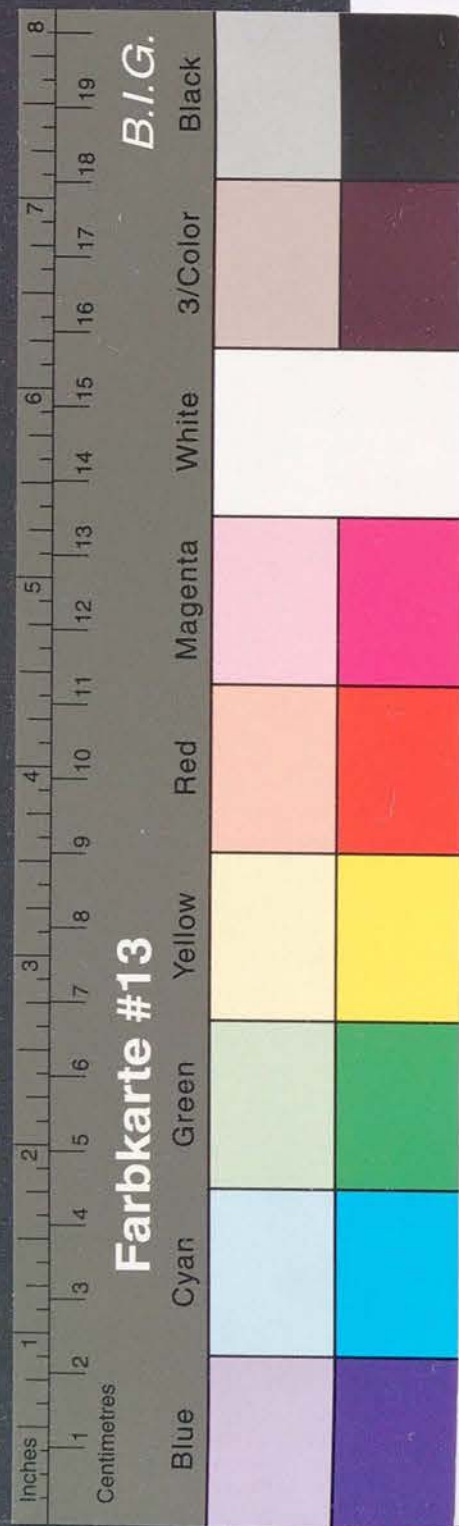
RECHTSAMT
Aufsicht über die Standesämter
Eing. 28 JAN. 1949

1.A.
Kunze

em Geschäftszimmer
age nach meinen
eit längerer Zeit
elleicht hätte ich
ssen, obgleich ich
Brutto Mieteinnahme
beträgt DM 35,46,
he Spesen, wie Z.B.
mmen die erheblichen
ause nichts gemacht
herung u.s.w. Von
abe ich vorsorglich

ungsvoll!

Kepf



Kreisarchiv Stormarn B2

Verwaltung
des Kreises Stormarn
(24a) Bad Oldesloe
Fernsprecher Sammel Nr. 151

Haarkonschine
An das
Standesamt 1
() in Hamburg



Im Auftrag:
26 JAN 1949

Kreisverwaltung Stormarn
Kreisarchiv Stormarn
- Hess - D.K.
An das
Standesamt 21
in Hamburg
In Wiedergutmachungssachen wird um Erteilung einer
kostenlosen Heiratsurkunde der Eheleute Willi (Der)
Hess und Frau (geb. H. 12.11.1889) gebeten.
g.m.b.v. 1919 V
Im Auftrag: 26 JAN 1949

Bad Oldesloe, den 20. Januar 1949

Im Auftrag:
26 JAN 1949

Bad Oldesloe, den 1. Febr. 1949
Kreisverwaltung Ahrensburg
Empf. 4 FEB 1949

15

- Hess - D.K.

An die
Landesregierung Schleswig - Holstein
Ministerium für Wohlfahrt und Gesundheitswesen

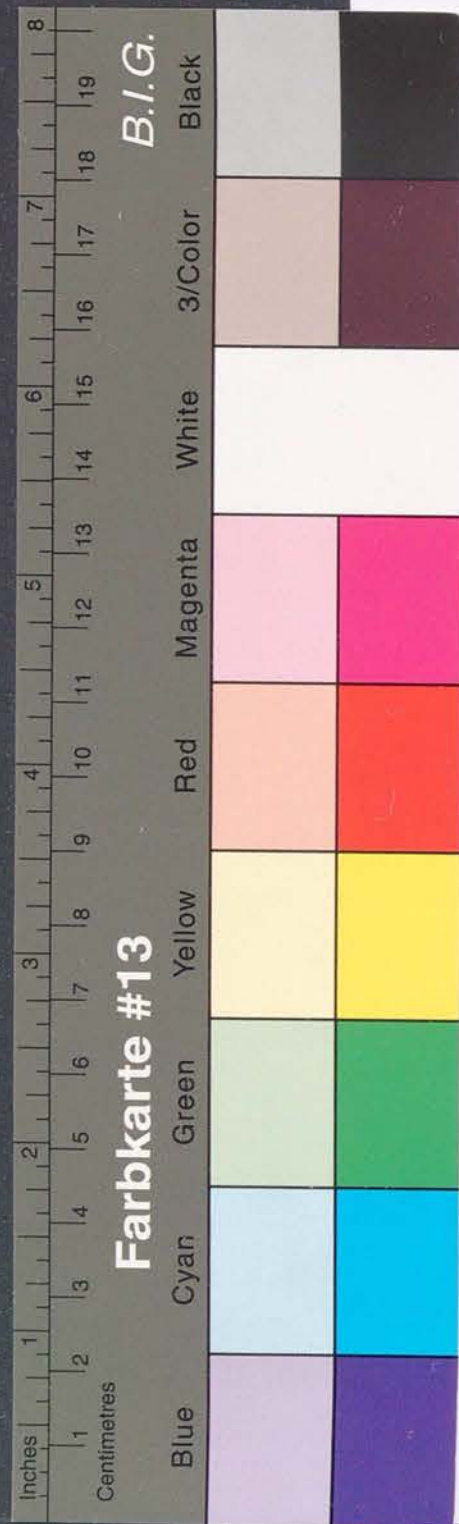
Bad Oldesloe, den 23. März 1949

16
März 1949
40

lichen Unterredung
rem Geschäftszimmer
frage nach meinen
seit längerer Zeit
vielleicht hätte ich
wissen, obgleich ich
e Brutto Mieteinnahme
e beträgt DM 35,46,
che Spesen, wie Z.B.
ommen die erheblichen
ause nichts gemacht
herung u.s.w. Von
abe ich vorsorglich

Hochachtungsvoll!

Willy Hess



Kreisarchiv Stormarn B2

Verwal-
des Kreises S
(24a) Bad Ol
Fernsprecher Samr

Hansestadt Hamburg
Verwaltung
des Kreises Stormarn
(24a) Bad Oldesloe
Fernsprecher Sammel-Nr. 151

Verwaltung

des Kreises Stormarn
(24a) Bad Oldesloe
Fernsprecher Sammel-Nr. 151

An des
Standesamt

H a m b u r g

()

Hausanschrift

In der Betreuungsache des et
burg werden anliegend mit der
1. Antrag auf Beschädigtenre
2. gerichtliches Gutachten des I
Wertminderung 50 % betragt
3. Geburtsurkunde des Antrag
4. Heiratsurkunde des Antrag
5. Abschrift des Protokolls
6. die Handakten des TSHA.
Seit dem 1.1.48 wurde aus öf
tet. Rentenvorschüsse aus Mi
an Hese nicht gezahlt.

Wg.
- Hess - D./K.
An die
Landesregierung Schleswig - Holstein
Ministerium für Wohlfahrt und Gesundheitswesen
Ref. VI D 6
in K i e l
Betreff: Rententeilung
Antrag Willy H e s s

Kreisverwaltung Stormarn
Kreisverwaltungsamt
- Hess - D./K.
- Andz. 44/13 -
Bad Oldesloe, den 1. Febr. 1949

Empf. 4 FEB 1949

Stadtverwaltung Ahrensburg

1949

In der Betreuungsache des et
Willy H e s s in Ahrensburg wird um klagende Mit-
teilung gebeten, ob und ggf. in welcher Höhe mit.
seit dem 1.1.48 aus öffentlichen Mitteln eingetrag-
ten wurde.

Im Auftrage:
Willy Hess

15
März 1949
40

Wg.

lichen Unterredung

rem Geschäftszimmer
frage nach meinen
seit längerer Zeit
vielleicht hätte ich
wissen, obgleich ich
e Brutto Mieteinnahme
beträgt DM 35,46,
che Spesen, wie Z.B.
ommen die erheblichen
ause nichts gemacht
herung u.s.w. Von
abe ich vorsorglich

Bad Oldesloe, den 3. März 1949

Hochachtungsvoll!

Willy Hess

Kreisarchiv Stormarn B2



15

Bad Oldesloe, den 3. März 1949

- Hess - L./K.

1/ An die
Landesregierung Schleswig - Holstein
Ministerium für Wohlfahrt und Gesundheitswesen
Ref. VI D 6
in K i e l

24.3.49

Betrifft: Rentenabteilung
Antrag Willy H e s s in Ahrensburg.

In der Betreuungssache des ehem. rass. Verfolgten Willy H e s s in Ahrensburg werden anliegend mit der Bitte um Festsetzung der Rente überreicht:

1. Antrag auf Beschädigtenrente,
2. ärztliches Gutachten des Dr. med. Klukow in Ahrensburg, wonach die Erwerbsminderung 90 % beträgt, davon durch Verfolgung 50 %,
3. Geburtsurkunde des Antragstellers,
4. Heiratsurkunde des Antragstellers,
5. Abschrift des Protokolls der 13. Sitzung des KSHA.,
6. die Handakten des KSHA.

Seit dem 1.1.48 wurde aus öffentlichen Mitteln für Hess nicht eingetretten. Rentenvorschüsse aus Mitteln der Landesregierung wurden ebenfalls an Hess nicht gezahlt.

Wg.

Im Auftrage:

[Signature]

Handschreiben

Zum Vorgang
24.3.16.2.49

zurückgeleitet. Umstehend genannter wurde aus öffentlichen Mitteln nicht unterstützt.

Bad Oldesloe

Hilfskasse -
Stormarn - Kreisverband
an die Kreisverwaltung
Urschr.
Ahrensburg
Fürsorgeamt/50.-

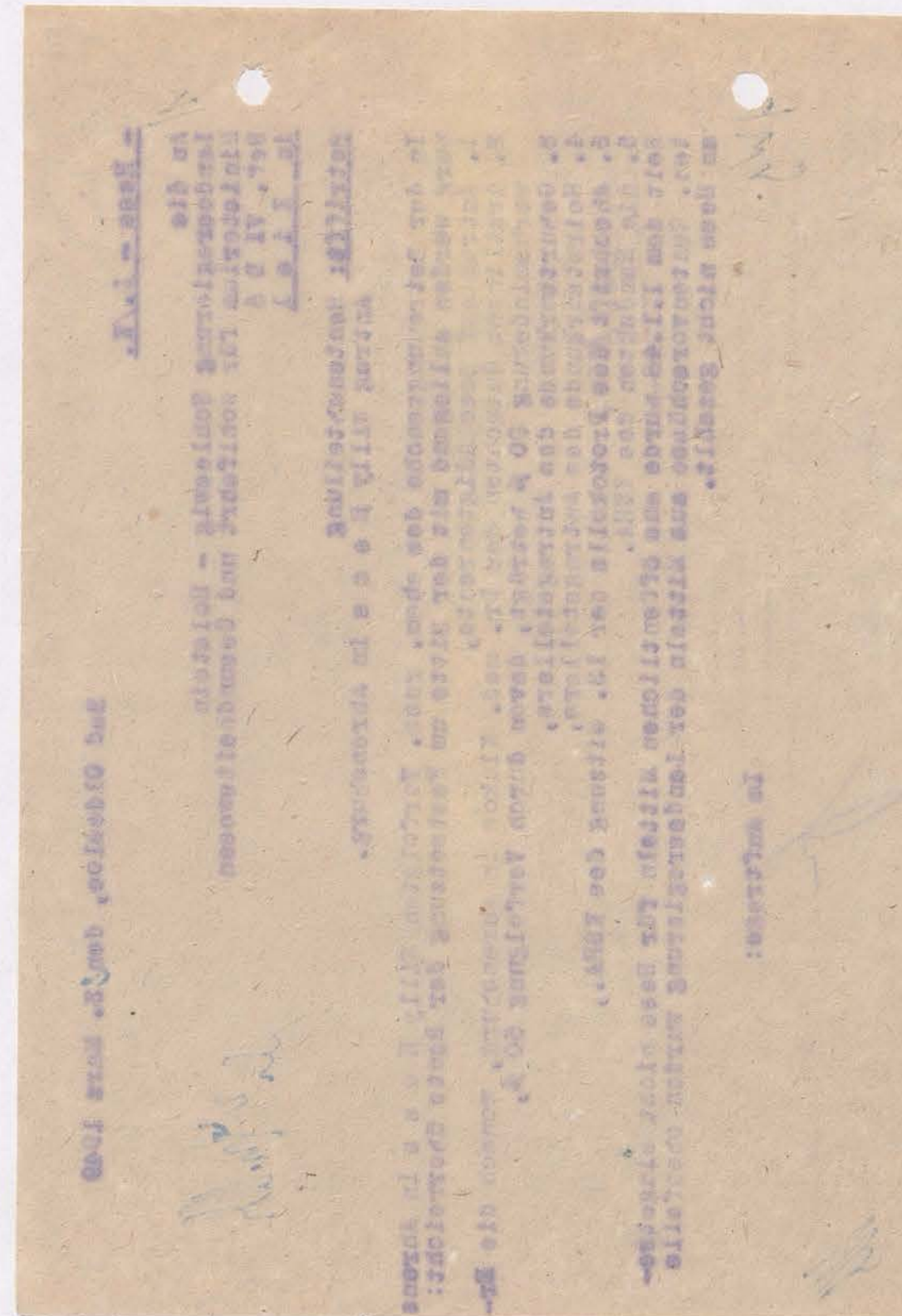
Stadtverwaltung

Ahrensburg, den 8.2.49

Verwal-
des Kreises S
(24a) Bad Ol
Fernsprecher Sam



Kreisarchiv Stormarn B2

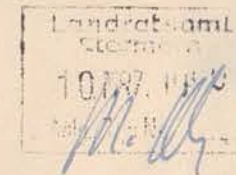


413

Ahrensburg, den 8. März 1949
Hagener Allee 40

16

An den
Kreissonderhilfsausschuss
zu Händen des
Herrn Dabelstein
Bad Oldesloe



Sehr geehrter Herr Dabelstein!

Zu unserer gestrigen fernmündlichen Unterredung
habe ich folgendes zu sagen.

Bei unserer Besprechung in Ihrem Geschäftszimmer
am 17. Januar a.c. erklärte ich auf Ihre Frage nach meinen
Verhältnissen, dass ich, ohne Einkommen, seit längerer Zeit
keine Einkommensteuer zu bezahlen hätte. Vielleicht hätte ich
bei Ihnen mein Einfamilienhaus erwähnen müssen, obgleich ich
auch aus diesem keinen Nutzen erziele. Die Brutto Mieteinnahme
beträgt DM 90.- monatlich, die Grundsteuer beträgt DM 35,46,
für einen Teil der Mieter habe ich sämtliche Spesen, wie Z.B.
Wasser und Elektrizität zu tragen. Dazu kommen die erheblichen
Reparaturen, da seit Jahr und Tag an dem Hause nichts gemacht
wurde; ferner Feuer- und Haftpflichtversicherung u.s.w. Von
Ueberschuss ist nicht zu reden. Immerhin habe ich vorsorglich
diese Angaben gemacht.

Hochachtungsvoll!

Willy Kef

Kreisarchiv Stormarn B2



17

Bad Oldesloe, den 4. April 1949

- Hess - D./K.

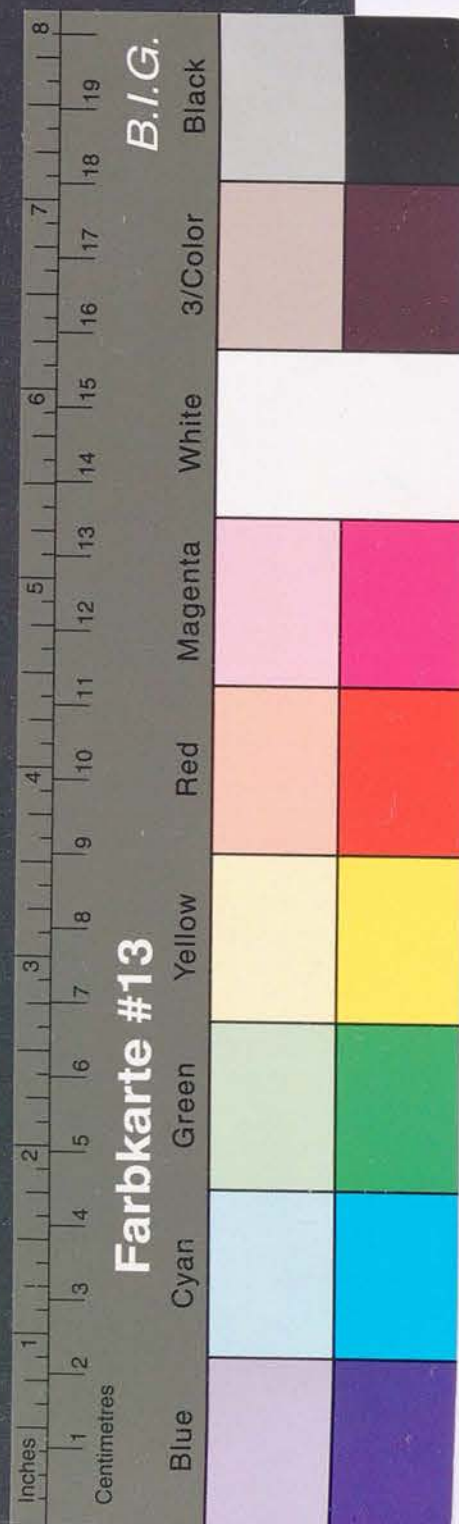
1/ An die
Landesregierung Schleswig - Holstein
Ministerium für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr
Ref. IV A 42
in K i e l

Betrifft: Rentenabteilung
Antrag Willy H e s s in Ahrensburg.

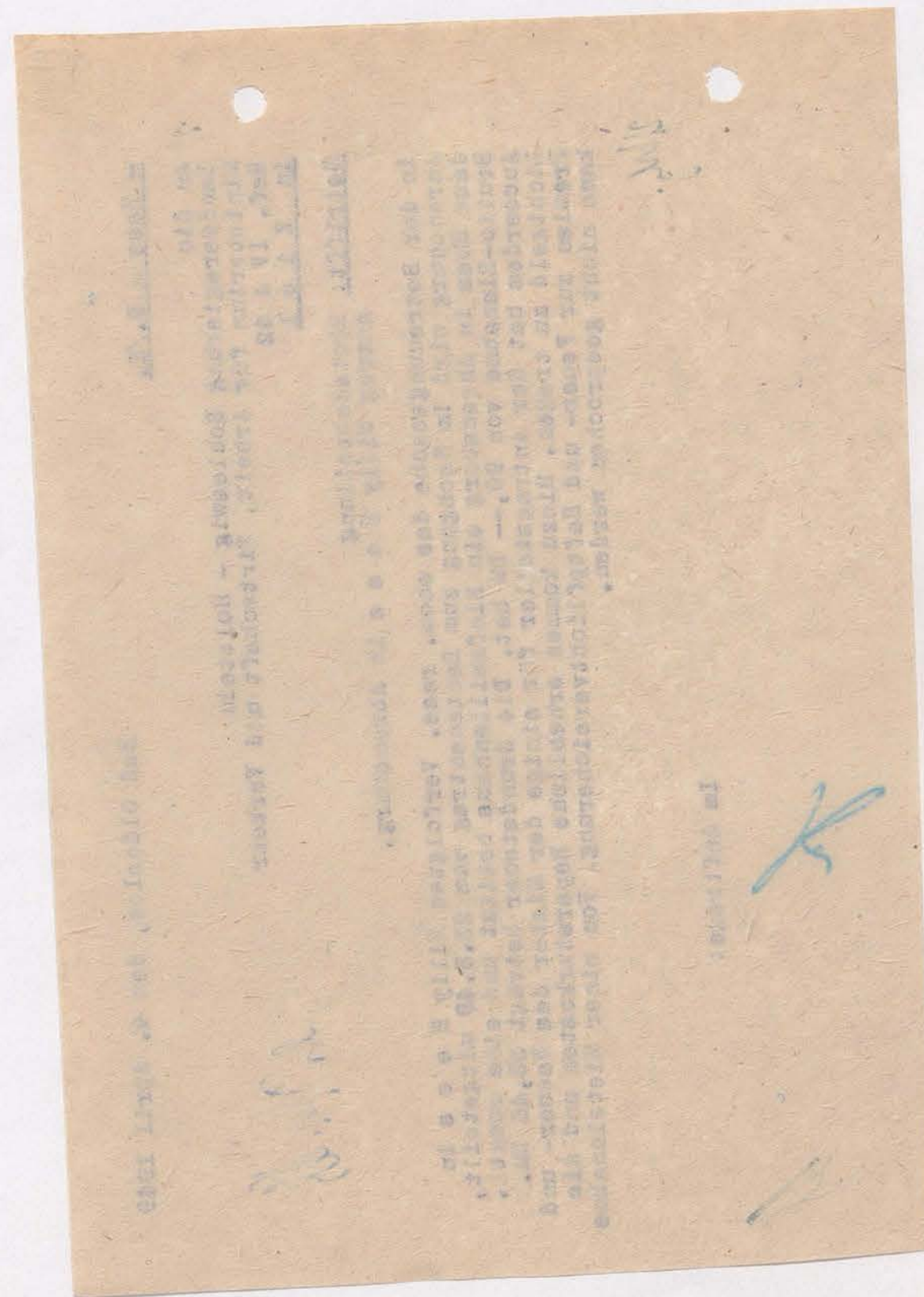
In der Betreuungssache des ehem. rass. Verfolgten Willy H e s s in Ahrensburg wird im Nachgang zum Rentenanspruch vom 23.3.49 mitgeteilt, dass Hess in Ahrensburg ein Einfamilienhaus besitzt und eine monatl. Brutto-Einnahme von 90,-- DM hat. Die Grundsteuer beträgt 35,46 DM. Ausserdem hat der Antragsteller für einige der Mieter das Wasser- und Lichtgeld zu tragen. Hinzu kommen erhebliche Reparaturkosten und die Prämien zur Feuer- und Haftpflichtversicherung. Von einer Mieteinnahme kann nicht gesprochen werden.

2/ky.

Im Auftrage:



Kreisarchiv Stormarn B2



Willy Hess
Ahrensburg

Ahrensburg, den 28. Mai 1949
Hagener Allee 40
Kreissonderhilfsausschuss
Ausgabe Nr 240

18

22

29. Juli 1950

An den
Kreissonderhilfsausschuss
zu Händen des
Herrn Dabelstein
Bad Oldesloe

Sehr geehrter Herr Dabelstein!

Nachdem nunmehr über vier
Monate seit meinem Besuch in Ihrem Büro
und meiner Untersuchung durch Ihren
Vertrauensarzt verflossen sind, erlaube
ich mir heute, mich höflich in Erinnerung
zu bringen. Meine Verhältnisse zwingen
mich dazu.

Wenn ich in meinem hohen Alter
von 84 Jahren noch der Rente noch teilhaftig
werden soll, dürfte es an der Zeit sein, mir
diese zu bewilligen.

Hochachtungsvoll!

Willy Hess

des Rentenausschusses
St:

..... 70.- DM
..... DM

..... 70.- DM
..... DM
..... DM
..... 70.- DM

..... M
..... 70.- DM

Bilung mit der
drauf zu über-
der nächsten

lichen.
bis zum 30.9.1950
inen Vordruck nach
darin geforderten
lagen sofort wieder

er von hier er-
getroffen

2. Juni 1949

Auftrag:
Bezugnahme auf Ihr Schreiben
scheidung des Rentenausschusses
seits früher durchgeführte Ver-
bescheiden ist in Fortfall
etzt nur noch nach endgültiger

Kreisarchiv Stormarn B2



19

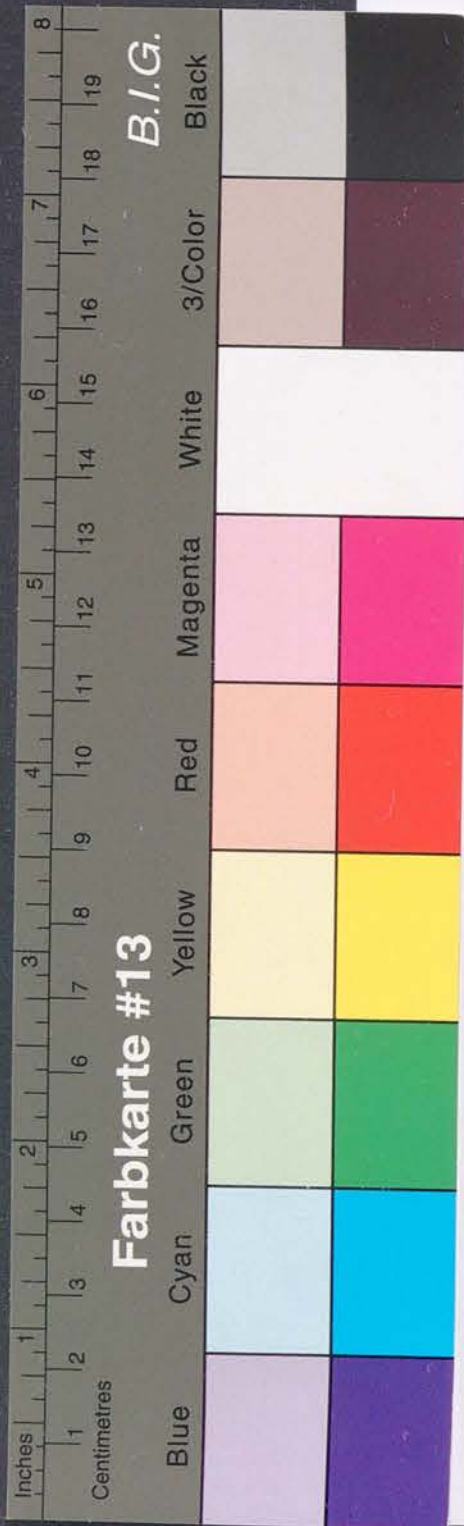
2. Juni 1949

8/413 - Kreissonderhilfeausschuss -
- Hess - D./K.

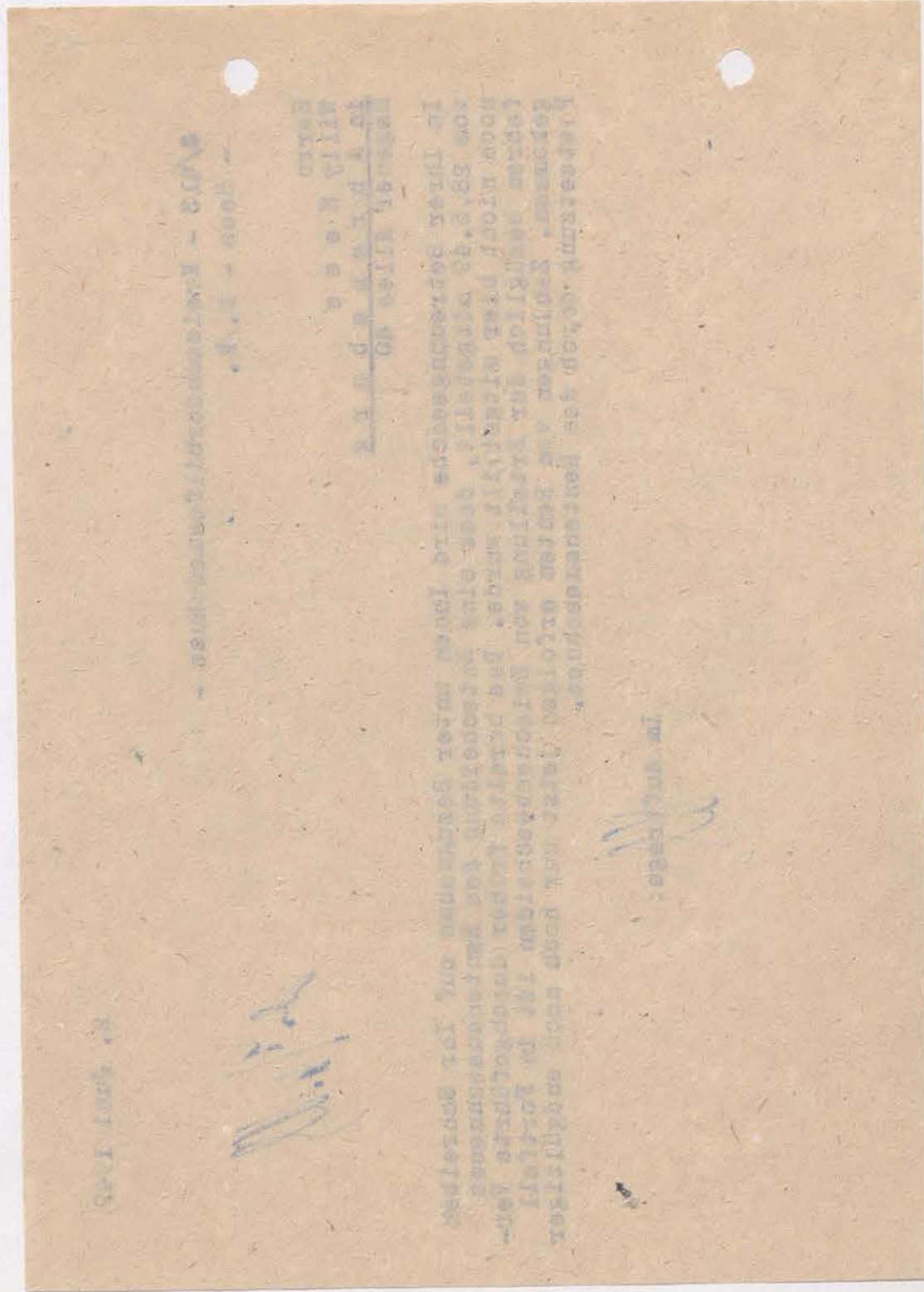
Herrn
Willy H e s s
in A h r e n s b u r g
Hagener Allee 40

In Ihrer Betreuungssache wird Ihnen unter Bezugnahme auf Ihr Schreiben vom 28.5.49 mitgeteilt, dass eine Entscheidung des Rentenausschusses noch nicht hier mitgeteilt wurde. Das bereits früher durchgeführte Verfahren bezüglich der Erteilung von Zwischenbescheiden ist in Fortfall gekommen. Zahlungen von Renten erfolgen jetzt nur noch nach endgültiger Festsetzung durch den Rentenausschuss.

Im Auftrage:



Kreisarchiv Stormarn B2



20

29. Juli 1950

Verwaltung
des Kreises Stormarn
Amt für Sofothilfe -
4-4/1-

erhält eine einmalige Hartgeldzahlung
und ab 1. 5. 50 Minderhalt Dk 47,90 mH.
Dk 622,90
Dk 30,9. 50

1. 4. 49

Flowing 12/5.50

6. Juni 1950

12/6.10

22

ndesrentenausschuss
ast:
... 70.-... DM
... 70.-... DM
... 70.-... DM
... 70.-... DM
e-
s M
e: ... 70.-... DM

eilung mit der
Berauf zu über-
der nächsten

lichen.
bis zum 30.9.1950
einen Vordruck nach
darin geforderten
lagen sofort wieder

er von hier er-
geordnet

21

6. Juni 1950

-Sonderhilfeausschuss-
4-1/9- Hess - D./K.

An die
Landesregierung Schleswig - Holstein
Der Landesminister des Innern
Ref. I/8 A Pol. Wi.Gu.
in K i e l

L 72/6.11

Betrifft: OdW. Willy H e s s in Ahrensburg, Aktz.: ?.

Ich zeige hiermit an, dass Hess von dem Amt für Soforthilfe eine Unterhaltshilfe von monatl. 47,90 DM ab 1.4.50 erhält. Angerechnet wurde eine Mieteinnahme von monatl. 52,10 DM. Die Unterhaltshilfe wird bis zum 30.9. 50 gezahlt.

2/ly.

Im Auftrage:

gegen Vorlage dieses Bescheides und eines Personalausweises bei der Sparkasse ausbezahlt werden,*)
 durch die Post überwiesen werden,*)
 auf das in Ihrem Hauptantrag angegebene Konto bei Ihrer Bank — Sparkasse — Ihrem Postscheckamt überwiesen werden. *)

Es bleibt Ihnen überlassen, wo sie für diese Beihilfe Hausrat kaufen wollen. Ob und in welcher Höhe bei Vorlage dieses Bescheides und des Verwendungsnachweises auf die üblichen Verkaufspreise ein Nachlaß gewährt wird, wird von den einzelnen Firmen bekanntgegeben werden.

Die Beihilfe wird zunächst gewährt zur Anschaffung folgender Gegenstände:
 Wäsche, Kleidung und Schuhwerk aller Art,
 Bettgestelle und Betten (für Kinder auch Wagen), Tische, Stühle, Schränke,
 Haushaltsgebrauchsartikel aller Art (z. B. Töpfe, Teller, Tassen, Bestecke, Besen usw.),
 Fahrräder, falls für Berufszwecke dringend benötigt.

Zum Erwerb anderer Gegenstände darf diese Hausrathilfe nicht verwendet werden.

Bei jedem Kauf ist dieser Bescheid dem Verkäufer vorzulegen. Dieser trägt auf dem angefügten Verwendungsnachweis mit Tinte oder Tintenstift die gekauften Gegenstände und den gezahlten Preis ein und bestätigt den Kauf durch Unterschrift, gegebenenfalls unter Beifügung seines Firmenstempels. Soweit Hausrat aus privater Hand erworben wird, hat der Ortsvertrauensmann Ihrer Geschädigtengruppe (z. B. Flüchtlingsobmann) oder, falls ein solcher nicht vorhanden ist, Ihre Gemeindebehörde auf dem Verwendungsnachweis den ordnungsgemäßen Erwerb zu bestätigen.

Der Verwendungsnachweis (Blatt 2) ist **nach Ausfüllung** abzutrennen und **binnen zwei Monaten** nach Bekanntgabe dieses Bescheides über Ihre Gemeindebehörde an das Amt für Soforthilfe zurückzugeben.

Diese Hausrathilfe wird auf etwaige spätere Bewilligungen dieser Art angerechnet.

Mißbrauch der gewährten Beihilfe oder des Verwendungsnachweises hat grundsätzlich Ausschluß von weiteren Hausrathilfen zur Folge. Ferner kann von der Gewährung weiterer Hausrathilfen ausgeschlossen werden, wer ohne triftigen Grund den Verwendungsnachweis nicht rechtzeitig zurückgibt.

(Stempel des Amtes
für Soforthilfe)

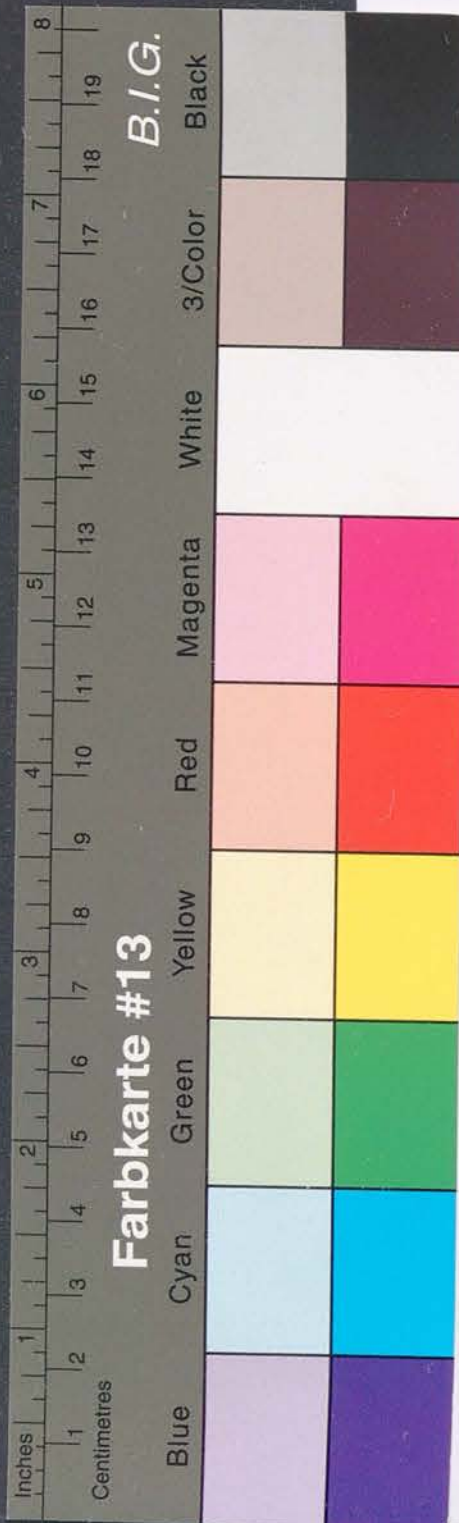
(Unterschrift)

*) Nichtzutreffendes ist zu streichen.

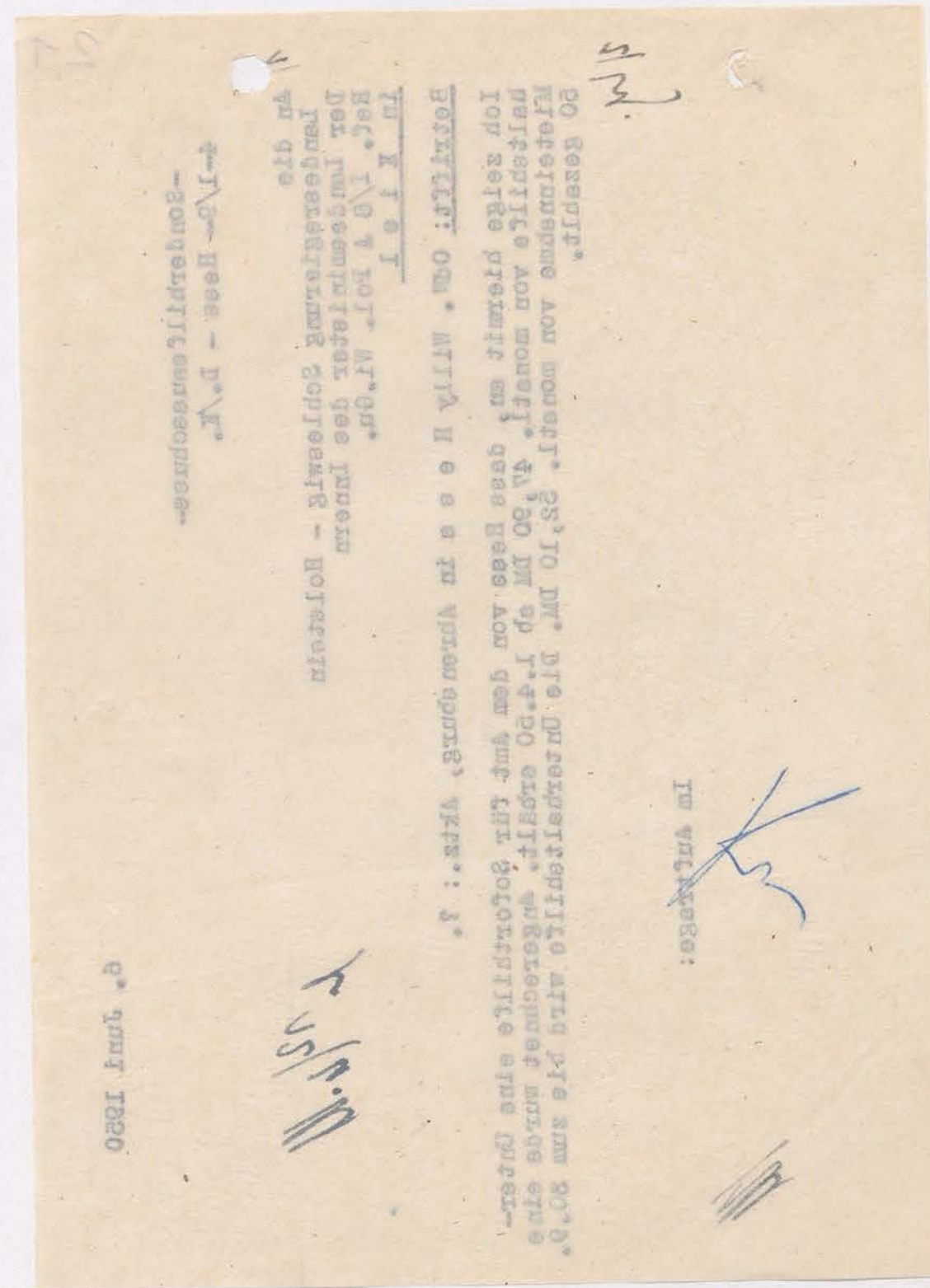
Form. 14a Formularverlag G. Christiansen, Itzehoe DQ 257 9. 49 Kl. A

Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2



Landesregierung Schleswig-Holstein Kiel, den 29. Juli 1950
Der Landesminister des Innern
Ref. I/8 A - pol. Wi. Gu. -

Aktenzeichen: Be/ 1568 Pr./Be.

An
die ~~Stadtkreis~~ Landkreis-Verwaltung
- Kreissonderhilfsausschuß für OdN -

in Bad Oldesloe

Betr.: OdN - Beschädigtenrente für Willy Hess
In seiner Sitzung am 27.7.1950 hat der Landesrentenausschuß
über obigen Rentenanspruch wie folgt Beschluß gefaßt:

| | | |
|--|--------------|----|
|30.....%ige Beschädigtenrente | 70.- | DM |
| Kinderzuschlag für | Kinder | DM |
| geb. am | | |
| geb. am | | |
| geb. am | | |
| geb. am | | |

| | | |
|----------------|------|----|
| Zulagen: | 70.- | DM |
| | DM | |
| | DM | |
| | 70.- | DM |

Hierauf anzurechnen Leistungen anderer Versiche-
rungsträger auf Grund des gleichen Schadensfalls

Monatsrente: ..70.-.....DM

Rentenanspruch beginnt mit dem 1.1.48

Besondere Maßnahmen:

Der Kreissonderhilfsausschuß erhält davon Mitteilung mit der
Bitte, die bisher gezahlten Rentenvorschüsse hierauf zu über-
prüfen und etwaige kleinere Differenzbeträge bei der nächsten
Zahlung auszugleichen.
Größere Differenzbeträge werden von hier ausgeglichen.
Zugleich werden 2 Vordrucke zur Abrechnung der bis zum 30.9.1950
gezahlten Vorschüsse beigelegt mit der Bitte, einen Vordruck nach
sorgfältiger Ausfüllung und nach Beifügung der darin geforderten
sowie der hierunter besonders angeführten Unterlagen sofort wieder
hierher zurückzugeben.

Termin: 15.8.50

Ein rechtsfähiger Bescheid wird dem Antragsteller von hier er-
teilt werden. Die geringen Kosten werden unter Umständen entzogen.
Im Auftrage:

44
11.8.50
12.8.50
W. M. W.

23

Ab s c h r i f t

Einkommen 1949 aus meinem Haus Hagener Allee 40

| | | | |
|-------|----------------|-----------|-------------|
| | Mieteeinnahmen | | DM 1 080,-- |
| Abz.: | Grundsteuern | DM 425,52 | |
| | Reparaturen | " 409,05 | |
| | Langesbr.kasse | " 29,80 | |
| | Schönst.feger | " 22,15 | |
| | | | " 886,52 |
| | | | DM 193,48 |

Ahrensburg, den 22. März 1950

gez. Willy Hess

Kreisarchiv Stormarn B2





24.

A b s c h r i f t

Amt für Soforthilfe
Az. 4 - 4/1

Bad Oldesloe, den 13. Juni 1950

V e r m e r k

1. Betr. Unterhaltshilfe i./Sa. Willi H e s s, wohnhaft in Ahrensburg,
Hagener-Allee 40.

DerVorgenannte teilt heute telefonisch mit, dass die Unterhaltshilfe vom Amt für Soforthilfe wohl bewilligt, aber von der Stadtverwaltung Ahrensburg noch nicht ausgezahlt worden ist. Er gibt an, dass er im Besitze von Wertpapieren (Aktien in Höhe von 12.000,— DM) ist und das dieses Vermögen im Antrag auf Unterhaltshilfe s. Zt. nicht angegeben wurde, weil angeblich eine Verwertung nicht möglich war. Ausserdem erklärte Herr H., dass ein Grundstück in Höhe von 18.000,— DM Einheitswert vorhanden ist. H. wurde telefonisch aufgefordert, sofort eine spezifizierte Aufstellung über die vorgenannten Aktien einzureichen.

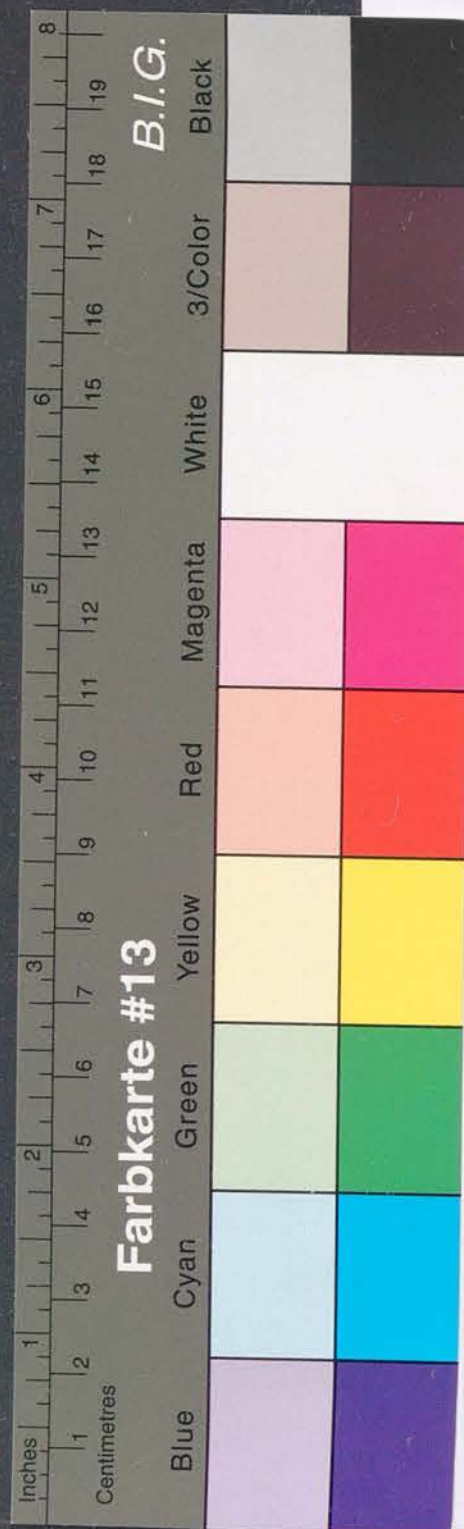
2. Wv. sofort (Evtl. Rücksprache mit der Stadtverwaltung Ahrensburg).

I. A.
gez. Schmiat.

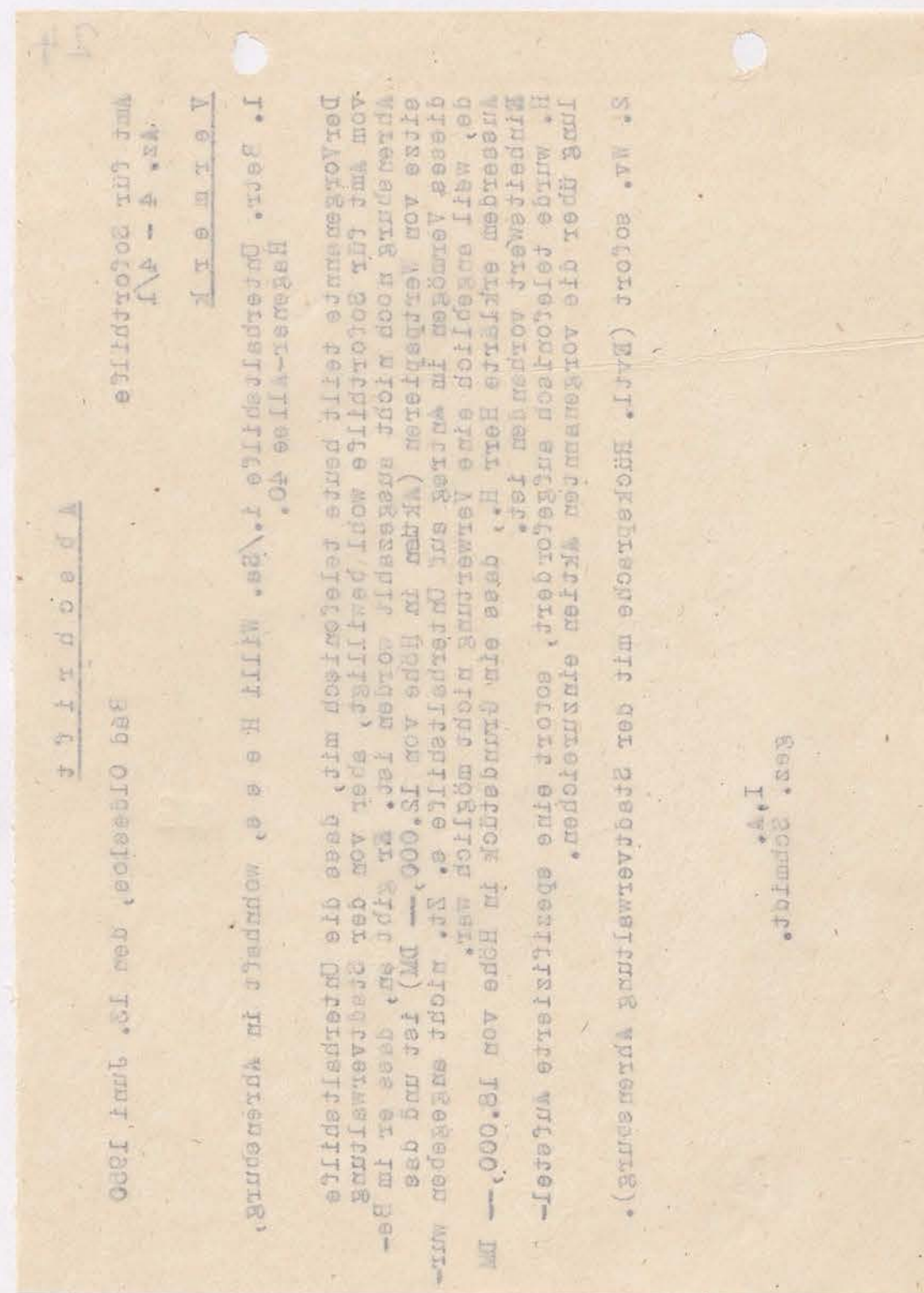
Res. Willi Hesse
Ahrensburg, den 13. Juni 1950

| | | | |
|--------------------|----|--------|-------------|
| | | DM | 122'48 |
| Besonderer. Leber | " | 55'12 | 882'28 |
| Grundbesitz. Kasse | " | 55'80 | |
| Geheirten | " | 403'02 | |
| Grundbesitz | DM | 452'28 | |
| Interessengewinn | | | DM 1 080'-- |

A b s c h r i f t



Kreisarchiv Stormarn B2



Willy Hess
Ahrensburg/Holst.
Hagener Allee 40
Fernspr. 686

Ahrensburg, den 12. August 1950

25

Verwaltung des Kreises Stormarn
- Kreissonderhilfsausschuss -
4-1/9-
Bad Oldesloe

175

Die mir vorgelegten Fragen beantwortete ich wie folgt:

1. Nein
2. Nein
3. Keinen, weder zu a) noch zu b)
4. Nein
5. und 6. Mein Nettoeinkommen aus meinem Einfamilienhaus (Nutzungswert abzgl. Werbekosten) habe ich bei der jetzigen Steuerklärung mit DM 309.- angegeben. Darin ist meine Wohnung eingeschlossen. Mein Einkommen 1949 beträgt unter Berücksichtigung der Abzüge DM 126.-

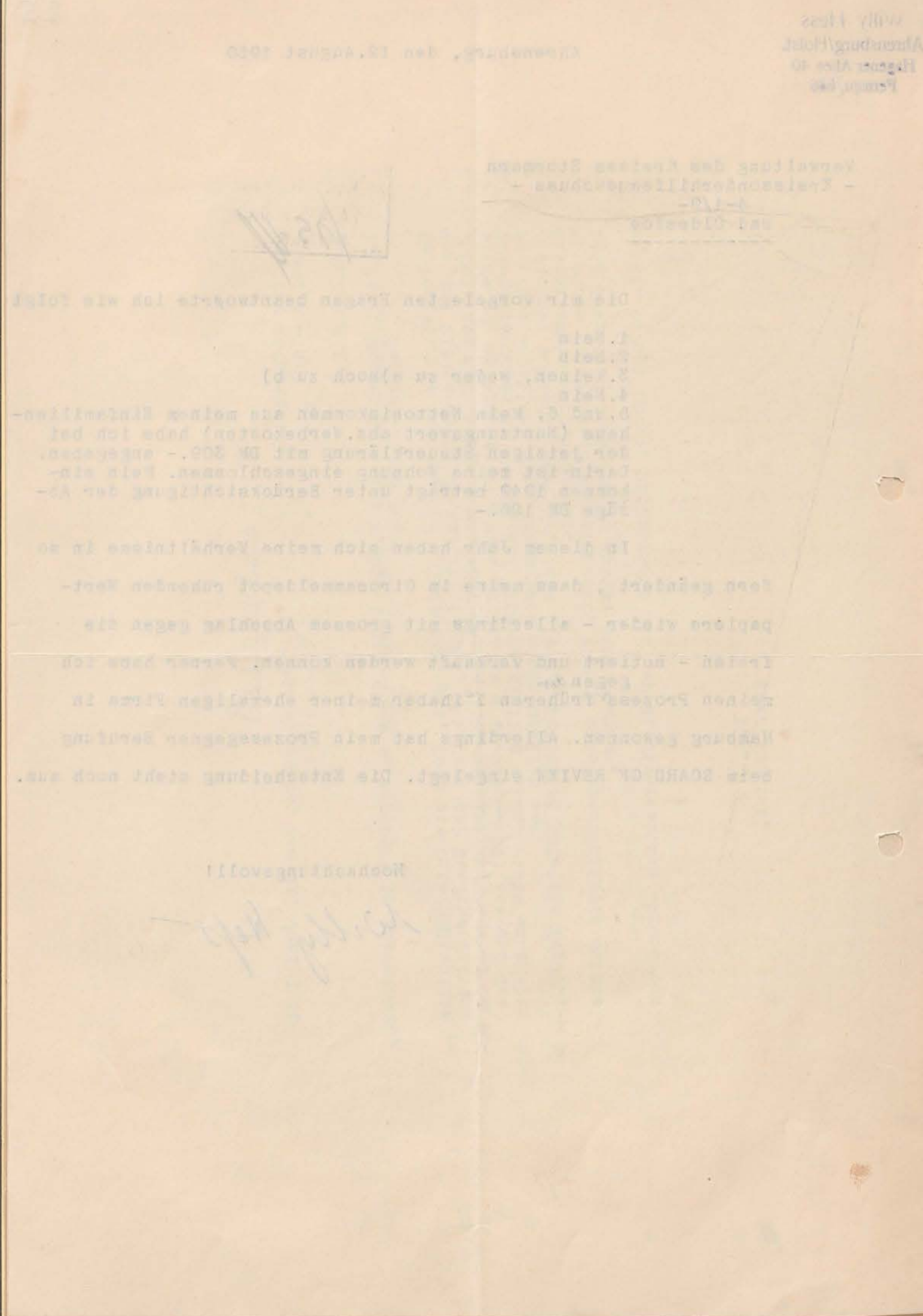
In diesem Jahr haben sich meine Verhältnisse in so fern geändert, dass meine im Girosammeldepot ruhenden Wertpapiere wieder - allerdings mit grossem Abschlag gegen die freien - notiert und verkauft werden können. Ferner habe ich gegen den meinen Prozessfrüheren T'haber meiner ehemaligen Firma in Hamburg gewonnen. Allerdings hat mein Prozessgegner Berufung beim BOARD OF REVIEW eingelegt. Die Entscheidung steht noch aus.

Hochachtungsvoll!

Willy Hess



Kreisarchiv Stormarn B2



26

Rentenzeichen: _____ Name: _____
Wohnort: _____
u. Wohnung: _____

A b r e c h n u n g

Über die Rentenbeträge und Erstattungsbeträge
für die Zeit vom 1.7.48 bis 31.10.50

Die Rente beträgt auf Grund der bisherigen Vorbescheide
vom 1.7.48 bis 30.6.48 monatlich 7.- DM
vom 1.7.48 bis 31.3.50 monatlich 7.- DM
seit dem 1.4.1950 monatlich 7.- DM

A. Rentenansprüche:
vom 1.1.1948 bis 30.6.1948 (abgew. 1:10) = 42.- DM
vom 1.7.48 bis 31.3.49 = 630.- DM
vom 1.4.49 bis 31.3.50 = 840.- DM
vom 1.4.50 bis 31.10.50 = 490.- DM 2.002.- DM

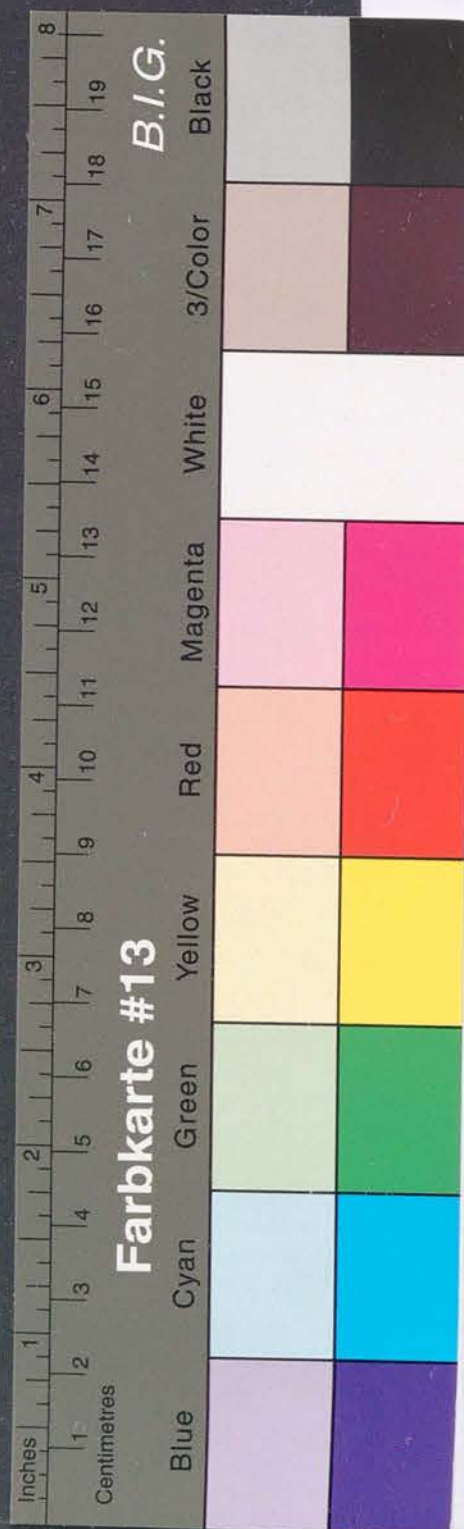
B. Erstattungen:
a) Beträge, die aus Mitteln der öffentlichen Fürsorge
gezahlt sind:
Hierzu ist der Erlass vom 8.3.1950
(A21-Sch1) genauestens zu beachten!
Die Zeiträume (Daten) müssen genau
festgestellt und ebenso genau ange-
geben werden.)
vom 1.1.1948 bis 30.6.1948 (abgew. 1:10) = DM
vom bis = DM
vom bis = DM

b) Rentenvorschüsse:
Vom 1.1.1948 bis 30.6.1948 (abgew. 1:10) = DM
vom 1.7.48 bis 31.3.50 = DM
vom 1.4.50 bis 31.10.50 = 140.- DM 140.- DM

C. Stand des Rentenkontos: Überzahlt - Nachzuzahlen 1.862.- DM

D. Welche anderen Renten werden noch bezogen?
a) Art zahlende Stelle
Rentenzeichen
b) Art zahlende Stelle
Rentenzeichen

Wie hoch sind die monatlichen Rentenbeträge?
zu a) bis zum DM bis zum DM ab DM
zu b) bis zum DM bis zum DM ab DM
welche von diesen Beträgen sind in Abschnitt A u.B. angerechnet?
..... wann



Kreisarchiv Stormarn B2

Wann und für welchen Zeitraum sind diese Renten erstmalig gezahlt worden (wenn dieser Zeitraum später liegt, als der Beginn der OdN-Rente)?

E. Welches sonstige monatl. Nettoeinkommen ist vorhanden?

- a) Arbeitsverdienst (selbständig, unselbständig)DM
b) Arbeitslosenunterstützung, ArbeitslosenfürsorgeDM
c) Vermietungen, Verpachtungen u. dergl.DM
d) Freie Wohnung, Verpflegung, Naturalien, AltenteilDM

Welche Beträge von Abschnitt E.a) bis d) sind in Abschnitt A.u.

B. bereits angerechnet?

Wird Rentenvorschuss noch weitergezahlt? In welcher Höhe?
Oder warum nicht?

.....ja.....nein.....70,-- DM.....

Bemerkungen der Abrechnungsstelle:
(Bei Überzahlung evtl. Erläuterungen dazu u. Vorschläge für deren Wiedereinzug.)

.....den
Sachlich richtig Geschäftsführer Kreisdirektor
und festgestellt: des K. S. H.A.

Zur genauesten Beachtung:

- Die Abschnitte A und B sollen nur den tatsächlichen Rentenanspruch und die darauf anzurechnenden Zahlungen enthalten, so dass daraus sich unmißverständlich in Abschnitt C entweder der noch bestehende Nachzahlungsanspruch oder die Höhe der bereits erfolgten Überzahlung ergibt.
- Die Angaben in Abschnitt D und E müssen voll und ganz zuverlässig sein. Zu E a) sind sie durch Bescheinigungen des Arbeitgebers oder des zuständigen Finanzamts zu belegen. Das gilt für den gesamten Zeitraum, für den der Rentenvorschuss rückwirkend gezahlt wird oder wurde. Zu E c und d sind Abschriften der betr. Rechtsverträge und eine amtliche Bewertung der Leistungen (Kreisbauernverband) beizufügen.
Hat eine verheiratete Frau Anspruch auf OdN-Beschädigtenrente, so ist das Einkommen des Mannes festzustellen und, zusammen mit den erforderlichen Unterlagen ein besonderer Beigleitbericht zu stellen.
- Während einer Kur oder eines Krankenhausaufenthalts darf die Rente nicht weitergezahlt werden. Wenn die Voraussetzungen für die Gewährung von Taschen- oder Hausgeld für diesen Zeitraum erfüllt sind, ist dieses gesondert hier zu beantragen.
Auf keinen Fall darf eine Verrechnung über das Rentenkonto erfolgen.
Soweit bereits geschehen, ist die Abrechnung trotzdem richtig aufzustellen, auch wenn dadurch ein Überzahlungsbetrag erscheint.
- Würden sich unter C (Stand des Rentenkontos) kleinere Differenzbeträge (etwa bis 20,-- DM) sowohl nach der Plus- wie nach der Minusseite ergeben, dann sind diese tunlichst bei der nächsten Rentenvorschusszahlung innerhalb des Abrechnungszeitraumes auszugleichen und eine ausgeglichene Abrechnung herzugeben.

Be./1568

H e e s, Willy
Ahrensburg, Hagenerallee 40

1.1.48 31.10.50

1.1.48 30. 6.48 7,--
1.7.48 31. 3.50 70,--
1.4.50 70,--

42,--
1.7.48 31. 3.49 630,--
1.4.49 31. 3.50 840,--
1.4.50 31.10.50 490,-- 2.002,--

1.7.48 31.3.50
1.4.50 31.10.50 140,-- 140,--
1.862,--



28

25. August 1950

- Hess - D./K.

An die
Landesregierung Schleswig - Holstein
Der Landesminister des Innern
Ref. 1/8 & 101. 1. 3u.

in 1. 1. 1

Betr.: Odv. Willi H e s s in Ahrensburg.
Bezug: Erlaß vom 29.7.50, Akts.: Pa./1588.

Unter Bezugnahme auf den o.g. Erlaß überreiche ich anlegend die Abrechnung für die Zeit vom 1.1.48 - 31.10.50 und bitte um Ausfertigung des Feststellungsbescheides.
Eine Abschrift des Schreibens des Herrn Hess vom 12. d. Mts. füge ich bei.
Bei dem Antrag auf Unterhaltsilfe hat Herr Hess folgende Angaben gemacht:

| | | |
|----------------------|-----------|-----------------------|
| Mieteinnahmen | | DM 1.080,-- |
| Abzüge: Grundsteuern | DM 425,52 | |
| Reparaturen | " 409,05 | |
| Landesbrandkasse | " 29,30 | |
| Schornsteinteger | " 22,15 | |
| | | DM 866,52 |
| | | DM 193,48 |
| | | <u>Unterhaltsilfe</u> |

24/8

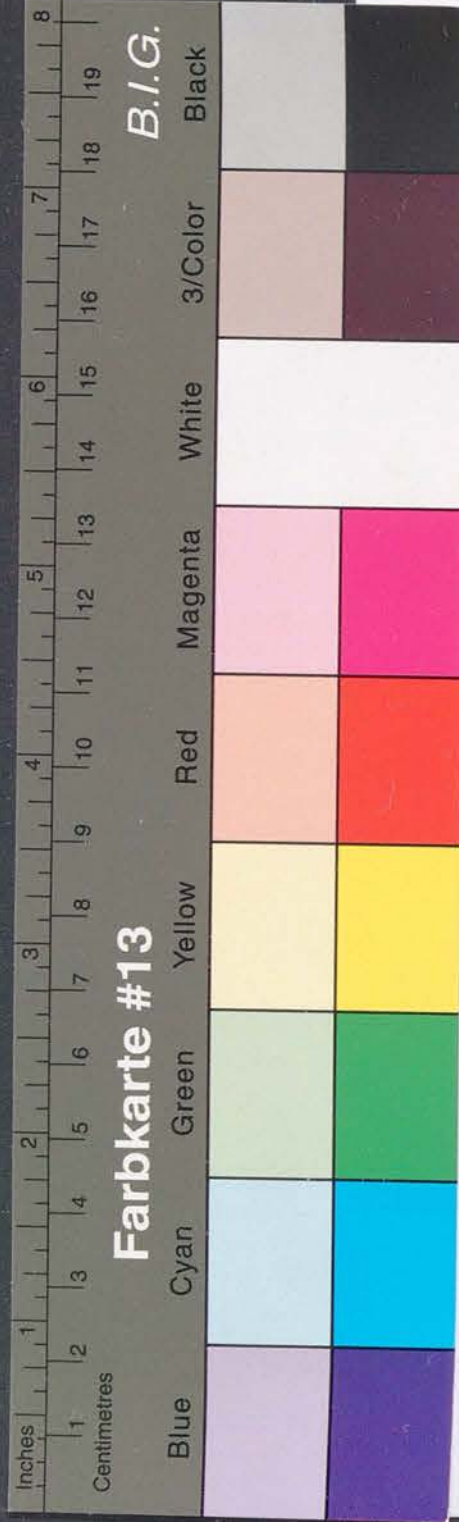
siehe Anlage

In Vertretung:
XXXXXXXXXXXX

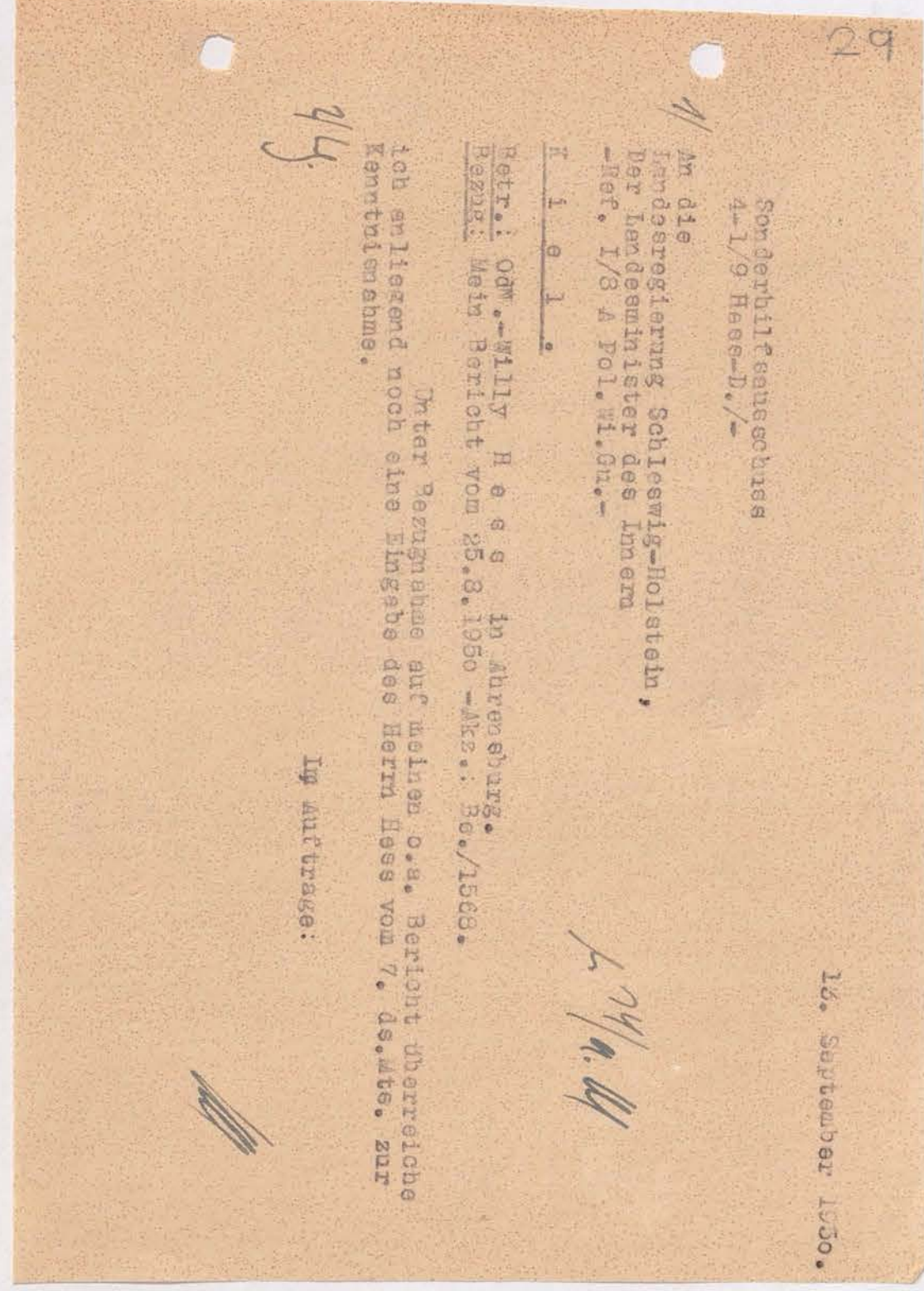
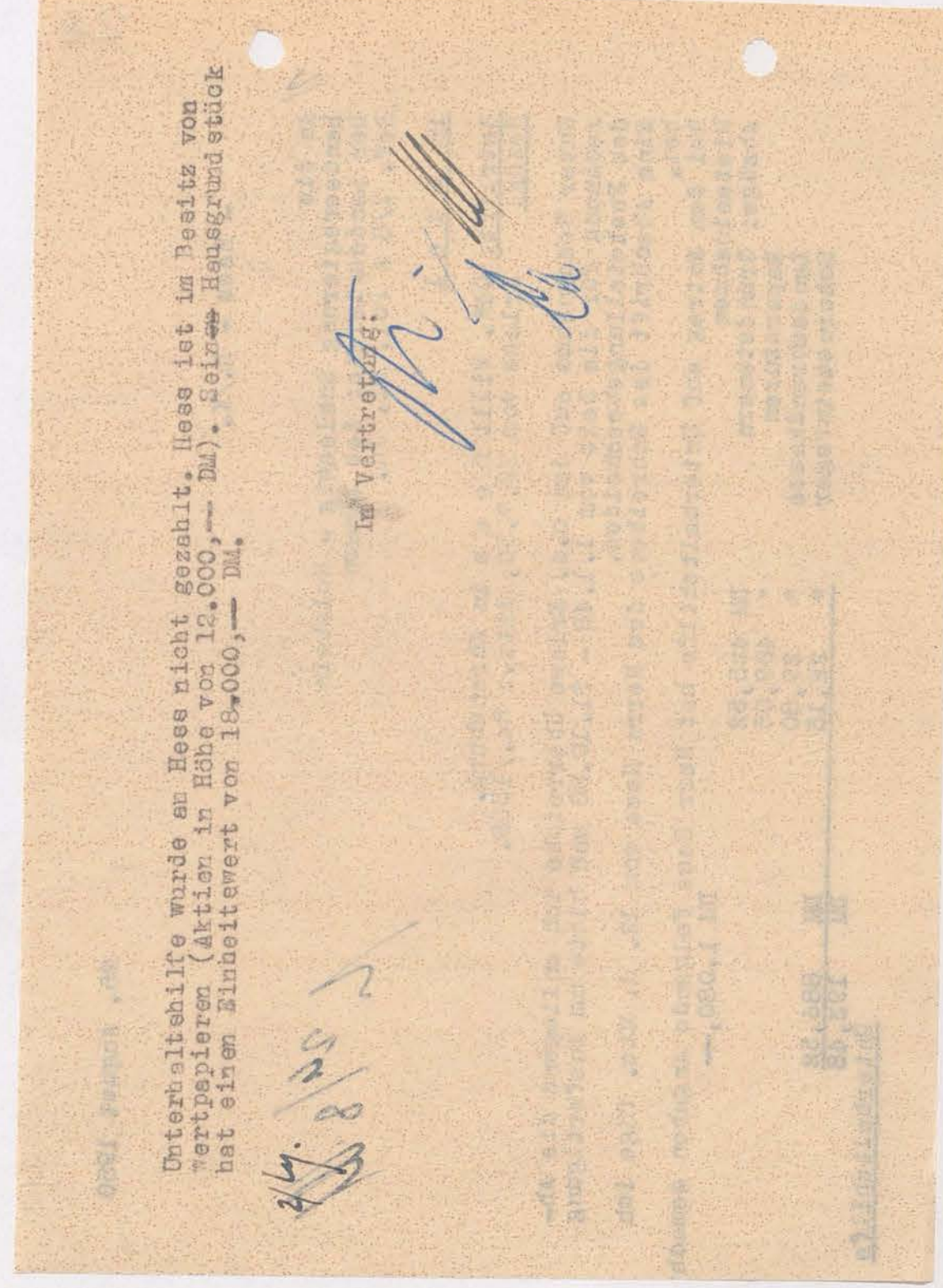
ja, mit monatl. 70,-- DM

26. August 1950

Bed Oldesloe

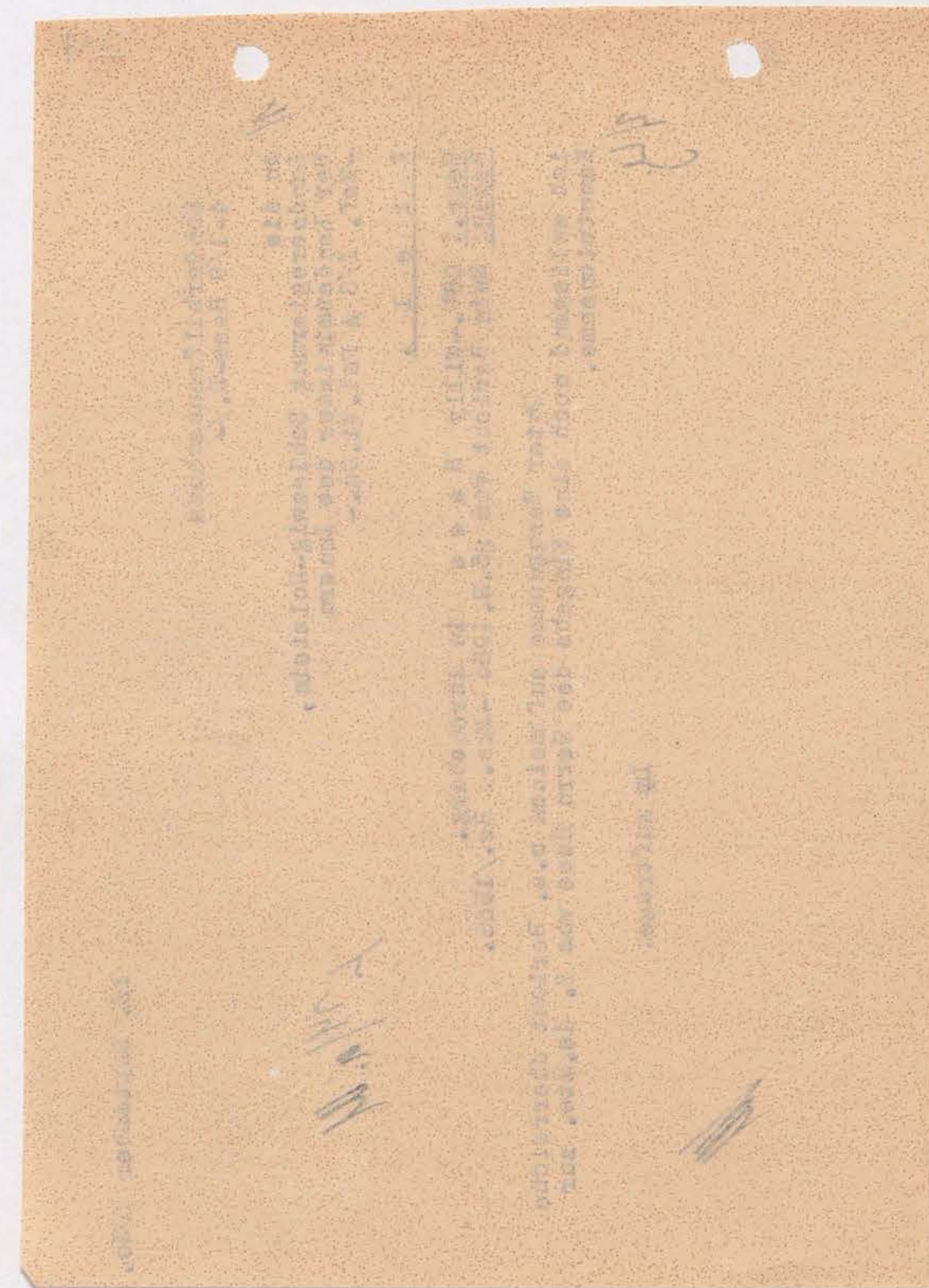


Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2



Landesregierung Schleswig-Holstein

Der Landesminister des Innern

Ref. 16.4 - Pol.Wi.Gu. -

Rentenz. 39 a | H 058

OdN | 1568

(bei allen Eingaben Rentenz. anzugeben)

Abschrift

Kiel, den 13. Oktober 1950

Gegen Postzustellungsurkunde

An Herrn Willy H e s s

in Ahrensburg Krs.Stormarn

Hagener Allee 40

Feststellungsbescheid

über die Gewährung einer Beschädigtenrente auf Grund des Gesetzes vom 4. März 1948 und des Gesetzes vom 3. Mai 1950 über die Gewährung von Renten an die Opfer des Nationalsozialismus und deren Hinterbliebene.

Auf Ihren Antrag vom 17. November 1948 hat der Rentenausschuß des Landes in seiner Sitzung vom 27. Juli 1950 auf Grund der vertrauensärztlichen Gutachten als Verfolgungsleiden folgende Gesundheitsstörungen bzw. Körperschäden anerkannt: eine Erwerbsminderung von 30 v.H. festgesetzt. Begründung: Durch die ärztlichen Gutachten sind die folgenden Körperschäden als wahrscheinlich mit der Verfolgung in Zusammenhang stehend festgestellt: - Dekompensiert, Herzklappenfehler mit Hochdruck im Sinne der Verschlimmerung. -

Der Grad Ihrer hierdurch verursachten Erwerbsminderung ist auf 30 v.H. festgesetzt worden.

Demzufolge wird Ihnen ab 1. Januar 1948 eine OdN.-Beschädigtenrente von monatlich 70,-- DM und bei einer Erwerbsminderung von 50% oder mehr Kinderzuschläge gemäß § 559 b RVO für

geb. DM
geb. DM
geb. DM
geb. DM
geb. DM

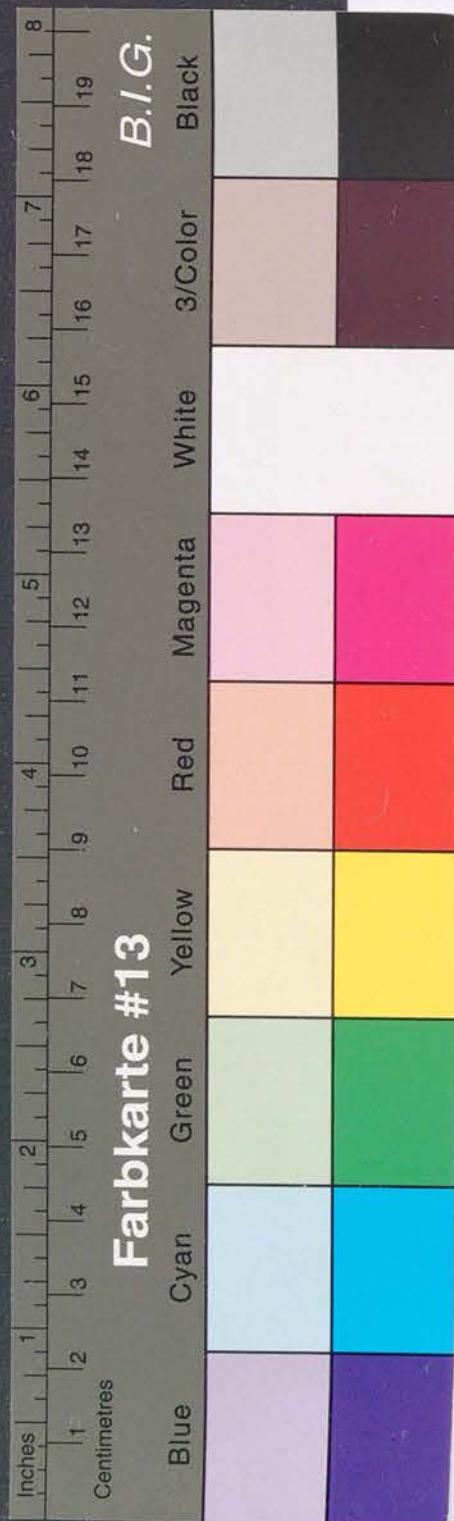
zus. 70,-- DM

in Worten: Siebzig Deutsche Mark zuerkannt.

Der Kinderzuschlag wird bis zum Ablauf des 16. Lebensjahres gewährt. Nach Vollendung des 16. Lebensjahres erfolgt Weitergewährung nur bei voller Berufs- oder Schul- ausbildung. Anträge auf Weitergewährung von Kinderzuschlag über das 25. Lebensjahr hinaus bedürfen der Genehmigung durch den Landesminister des Innern.

LD. 10000. 0. 40

Wenden!



Kreisarchiv Stormarn B2

Die Berechnung der Rente, sowie die Abrechnung für die rückliegende Zeit, geht aus der Anlage hervor, die einen Bestandteil dieses Rentenfeststellungsbescheides bildet.

Der Rentenberechnung ist der in dem Gesetz vom 4. März 1948 § 5 Abs. 2 festgesetzte Jahresverdienst von 4 200,— DM zu Grunde gelegt. Die Vollrente beträgt $\frac{2}{3}$ dieses Betrages, die Teilrente den Teil der Vollrente, der dem Grad der Erwerbsminderung entspricht (§ 559 a Abs. 1 u. 2 RVO).

Soweit wegen der in diesem Bescheid genannten Verfolgungsleiden ärztliche Behandlung erforderlich wird und die Kosten dafür nicht von einer Krankenkasse übernommen werden, übernimmt sie die Landesregierung Schleswig-Holstein, Ministerium des Innern, nach vertrauensärztlicher Stellungnahme. Die Behandlung erfolgt nach den Mindestsätzen der Preugo.

Von dieser Regelung sind ausgenommen die Behandlung von Zahnschäden und die Beschaffung von orthopädischen Hilfsmitteln. Diese müssen jeweils gesondert über den Vertrauensarzt vorher bei dem Ministerium des Innern beantragt werden.

Für die Zeit, während der sich der Beschädigte in Heilanstaltspflege befindet, fällt gemäß § 559 e RVO die Rente weg.

Gemäß § 10, Absatz 2 des Gesetzes vom 4. 3. 1948 in Verbindung mit § 1542 RVO wird Ihnen hiermit aufgegeben, sofern Sie Mitglied der Invaliden- oder Angestelltenversicherung, der Knappschaft oder eines anderen öffentlich-rechtlichen Versicherungsträgers sind, dortselbst ebenfalls Ihre Rentenansprüche auf Grund der eingangs bezeichneten Leiden geltend zu machen, sofern das nicht bereits geschehen sein sollte.

Bis zum 15.12.1950 haben Sie entweder durch eine Bescheinigung der für die Entgegennahme Ihres Antrages zuständigen Dienststelle (Gemeindeamt, Bürgermeister usw.) den Nachweis zu erbringen, daß Sie einen solchen Antrag gestellt haben, oder Sie haben zum gleichen Termin eine schriftliche Versicherung abzugeben, daß Sie in keinem Mitgliedsverhältnis zu einem öffentlich-rechtlichen Versicherungsträger stehen. Kommen Sie dieser Aufforderung in der gesetzten Frist nicht nach, dann wird ohne eine weitere Erinnerung die Zahlung der OdN.-Rente gesperrt.

Dieser Bescheid wird gemäß §§ 1583, 1569 a der Reichsversicherungsordnung erteilt. Er wird nach § 1590 RVO rechtskräftig, wenn Sie nicht binnen einem Monat, vom Tage seiner Zustellung an gerechnet, Berufung bei dem Obergerichtsamt, Sonderkammer für OdN., Schleswig, einlegen. Die Berufung ist zu begründen und in doppelter Ausfertigung einzureichen.

An den
Herrn Landrat
- Kreissonderhilfsausschuss für OdN.-

Bad Oldesloe.

Vorstehende Abschrift wird mit der Bitte um Kenntnisnahme übersandt.

Im Auftrage:
gez. Wolters



Im Auftrage:
Wolters

Anlage zum Renten-Feststellungsbescheid vom 13. Oktober 1950

Rentenzeichen: OdN-/ 1568

Name: Hees, Willy,
Ahrensburg / Stormarn
Hagener Allee 40

A. Berechnung

Die Berechnung des Rentenbetrages in dem beigelegten Feststellungsbescheid ergibt sich wie folgt:

| | vom | vom | ab |
|--|-----|-----|---------------|
| | bis | bis | |
| I. Rentenanspruch: | | | <u>1.1.48</u> |
| 1. <u>30%</u> ige Beschädigtenrente — Witwenrente — Elternrente — monatl. DM | | | <u>70,—</u> |
| 2. Kinderzuschlag — Waisenrente — für Kinder = „ DM | | | <u>—</u> |
| zus.: = „ DM | | | <u>70,—</u> |
| 3. Zulagen: a) <u>—</u> = „ DM | | | <u>—</u> |
| b) <u>—</u> = „ DM | | | <u>—</u> |
| insgesamt: = „ DM | | | <u>70,—</u> |
| 4. Abzüge: a) Beschädigtenrente gemäß Anmerkung 1, Rentenzeichen: <u>—</u> = „ DM | | | <u>—</u> |
| b) Hinterbliebenenrente gem. Anmerkung 1, Rentenzeichen: <u>—</u> = „ DM | | | <u>—</u> |
| verbleiben: = „ DM | | | <u>70,—</u> |
| II. Unter Berücksichtigung des monatlichen Gesamteinkommens aus | | | |
| 1. Arbeit oder sonstigem Einkommen DM <u>—</u> | | | |
| 2. <u>—</u> Rente, Ruhegehalt DM <u>—</u> | | | |
| DM <u>—</u> | | | |
| davon (gemäß Anmerkung 2) anzurechnen DM | | | <u>—</u> |
| erhalten Sie | | | <u>70,—</u> |
| ab <u>1. Januar 1948</u> eine Rente von monatlich DM | | | |

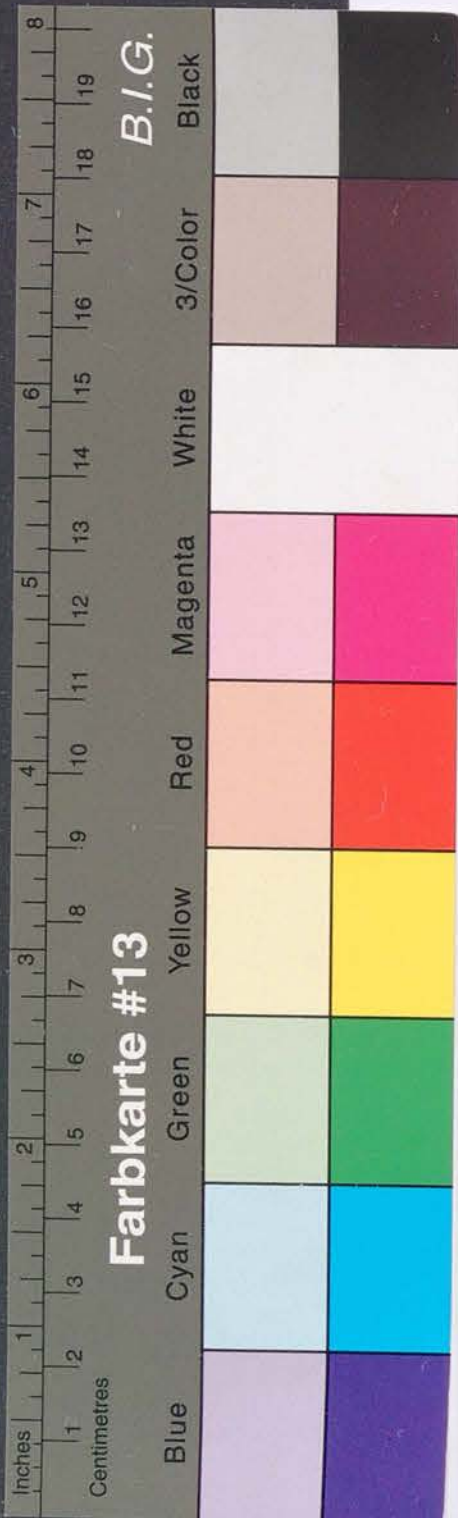
B. Abrechnung

| | | | | |
|---|--|--|--|---------------|
| I. Gesamtrentenansprüche: | | | | |
| vom 1. 1. 1948 bis 30. 6. 1948 = 6 Monate zu je RM <u>70,—</u> = RM <u>420,—</u> | | | | |
| abgewertet im Verhältnis 1:10 = DM <u>42,—</u> | | | | |
| vom <u>1.7.1948</u> bis <u>30.6.1950</u> = <u>24</u> Monate zu je DM <u>70,—</u> = DM <u>1680,—</u> | | | | |
| vom <u>1.7.1950</u> bis <u>30.11.1950</u> = <u>5</u> Monate zu je DM <u>70,—</u> = DM <u>350,—</u> | | | | |
| | | | | <u>2072,—</u> |

| | | | | |
|---|--|--|--|--|
| II. Rückerstattungen: | | | | |
| 1. Unterstützungen aus öffentlichen Mitteln, die im Hinblick auf die Rente gezahlt sind | | | | |
| vom <u>—</u> bis <u>—</u> = DM <u>—</u> | | | | |
| 2. Rentenvorschüsse | | | | |
| vom <u>1.4.1950</u> bis <u>31.10.1950</u> = DM <u>140,—</u> | | | | |
| 3. Ihre <u>—</u> Rente (gemäß Anmerkung 3) | | | | |
| Rentenzeichen: <u>—</u> = DM <u>—</u> = DM <u>140,—</u> | | | | |
| Mithin sind <u>—</u> überzahlt — noch nachzuzahlen = DM <u>1932,—</u> | | | | |

Den nachzuzahlenden Betrag erhalten Sie bei der nächsten Zahlung Ihrer Rente

durch besondere Anweisung. Bitte wenden!



Kreisarchiv Stormarn B2

Der überzahlte Betrag wird wie folgt von Ihrer laufenden OdN-Rente in Abzug gebracht werden.

Die Weiterzahlung Ihrer Rente erfolgt vom 1. Dezember 1950 ab durch die Landesbezirkskasse in Bad Oldesloe (Auflagen und weitere Mitteilungen für den Rentenempfänger)

Sachlich richtig und festgestellt:

Angestellter
a.p. Reg. Insp.

Sachlich richtig
im Auftrage:

Anmerkungen:

(Die Ziffern 5 und 6 sind besonders genau zu beachten!)

- Ziffer 1 Gemäß Artikel 4 der I. Durchführungsverordnung vom 15. 5. 1948 sind unter Hinweis auf Paragraph 6 des Gesetzes vom 4. 3. 1948 alle Renten anzurechnen, die von anderen öffentlichen Versicherungsträgern für den gleichen Schadensfall gewährt werden.
- Ziffer 2 Gemäß Gesetz vom 4. 3. 1948 (siehe Durchführungsverordnung vom 15. 5. 1948 Artikel 1, Abs. 1) darf das monatliche Einkommen einschl. Rente den 10fachen monatlichen Höchsttrichsatz der öffentlichen Fürsorge (d. s. z. Zt. 365,— DM) nicht übersteigen. Die Gesamtrente für Hinterbliebene darf nach dem Gesetz vom 4. März 1948 $\frac{1}{2}$ des angenommenen Jahresarbeitsverdienstes von 4 200,— DM, also DM 280,— mtl., nicht übersteigen.
- Ziffer 3 Die Rückerstattungen gemäß Ziff. B. II 3 der Abrechnung beziehen sich auf alle Renten anderer öffentlicher Versicherungsträger, die gemäß Ziff. 1 der Anmerkung auf die OdN-Rente anzurechnen sind und für die lt. Sozialversicherungsanpassungsgesetz ab 1. 6. 1949 eine Erhöhung erfolgte und die Differenz (zwischen alter und neuer Rente) noch zu verrechnen ist. Bei den bisherigen Rentenfestsetzungen liegen noch die alten Rentensätze der anderen Versicherungsträger zugrunde.
- Ziffer 4 Die Rente kann weder abgetreten noch gepfändet werden.
- Ziffer 5 Alle Veränderungen, die auf die Rentenzahlung Einfluß haben, wie: Einkommensverhältnisse (gem. Ziff. 2 der vorstehenden Anmerkung) Geburten, Todesfälle, Wohnungswechsel usw. sind **sofort** dem Ministerium des Innern — Politische Wiedergutmachung — anzuzeigen. Wenn Sie diese Mitteilungen unterlassen, kann die Zahlung der Rente eingestellt werden, Überzahlungen werden zurückgefordert. Darüber hinaus ist **bis zum 1. Oktober eines jeden Jahres** dem Ministerium des Innern, Ref. Politische Wiedergutmachung, schriftlich anzuzeigen, ob sich irgendwelche Veränderungen ergeben haben oder nicht. **Eine Benachrichtigung hat in jedem Falle zu diesem Termin zu erfolgen.**
- Ziffer 6 Bei allen Eingaben ist **unbedingt** das oben angegebene Rentenzeichen zu vermerken.

BdO, 23. 10. 50 L 23/10
1/ Empt. Best. zu I/74 zurück
44.

33

- HOLSTEIN

den 18. Mai 1951
haus, Düsternbrooker Weg 70-90
21481-86
zeiten:
ntags, dienstags,
ttags und freitags
1900-1909 Uhr
21. MAI 1951
1951

32

Ahrensburg .

Kreis Stormarn
Der Kreisausschuß
Sozial- und Jugendamt
Fonsterhilsausschuß 4-1/9-

ung, ob die
ss in
lebt hat.
nscheines,
ichtlich
eschusses,
Landesregie-
geben, aus
sowie in den
och nicht
en, ob die
sind, d.h.
ie Mutter,
urzeit seines
t haben.
Kreises über-

Bad Oldesloe, den 1. November 1950

13/11. 11

Landesregierung Schleswig
Der Landesminister der
Ref. I 16. Pol.
Be. 1568.

An den Herrn Lun-
-Kreissonderamt
in
Betreff: Be. 15
Nach Abschluss d
hiermit die Krei

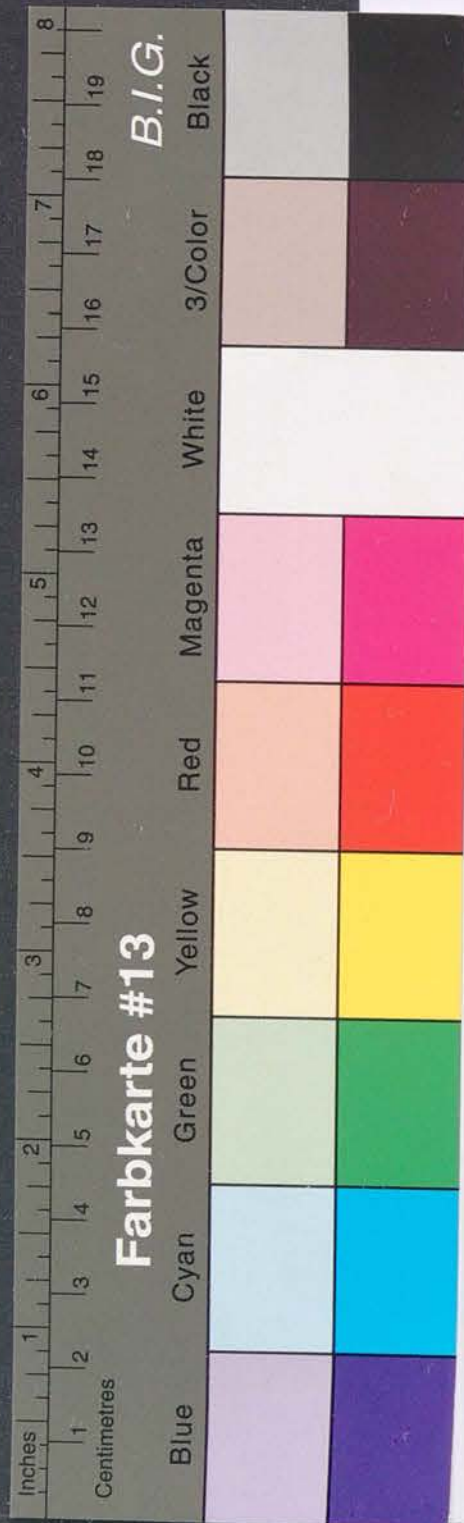
Anl. - 1 Akte -

Im Auftrage:

Bei dieser Gelegenheit möchte ich Sie nochmals darauf hinweisen, daß Sie nur hinsichtlich der in dem Feststellungsbescheid angegebenen Krankheiten krankenversichert sind. Für alle übrigen Leiden sind Sie nicht versichert und müssen Sie im Falle solcher Erkrankungen die Arzt- bzw. Krankenhauskosten selbst zahlen, falls Sie eine zusätzliche freiwillige Krankenversicherung nicht abgeschlossen haben. Aus öffentlichen Fürsorgemitteln werden solche Kosten nur in aussergewöhnlichen Fällen gedeckt werden können. Es liegt daher in Ihrem eigenen Interesse, Mitglied einer Krankenkasse zu werden. Die Beiträge müssen von Ihnen selbst entrichtet werden.

Von größter Wichtigkeit ist noch der Hinweis hinsichtlich der Inanspruchnahme eines Zahnarztes. Wenn Sie Zahnarzt benötigen, ist mir ein Kostenvoranschlag eines Zahnarztes einzureichen. Ich werde alsdann die weiteren Schritte unternehmen und eine Entscheidung des Landesausschusses herbeiführen.

In Ihrer Rentenangelegenheit nehme ich Bezug auf den Ihnen von der Landesregierung Schleswig - Holstein zugesendeten Feststellungsbescheid hinsichtlich Ihrer OdN-Rente und übersende Ihnen anliegend ein Merkblatt zu Ihrer Beachtung. Sie wollen sich das Merkblatt genau durchsehen und hiernach bei der Inanspruchnahme eines Arztes verfahren. Bei jeder Inanspruchnahme eines Arztes wollen Sie Ihren Rentenfeststellungsbescheid und das Merkblatt vorlegen, damit der Arzt prüfen kann, bei welcher Stelle er seine Kosten anfordern kann.



Kreisarchiv Stormarn B2

Der überzahlte Betrag wird wie folgt von Ihrer laufenden OdN-Rente in Abzug gebracht werden.

Die Weiterzah
Landesbezirks
(Auflagen und

Ziffer 1 Gemä
graph
sicher
Ziffer 2 Gemä
darf
öffnen
Die (
Jahre
Ziffer 3 Die F
öffnen
nen :
und :
Rente
Ziffer 4 Die F
Ziffer 5 Alle
Ziff.
Minis
unter
dert.
Politi
haben
Ziffer 6 Bei :

Sec

a.p

45

4

Anl. - 1 Arte -

20.10.51.
Zum Vorzug

Im Auftrage:

Wessner

Betriff: Be. 1568. - Hilpe Hess, Ahrensburg -
Nach Abschluss des Rentenverfahrens erhalten Sie
hiermit die Kreiskarte zurück.

An den Herrn Landrat
-Kreisordnungs-
in
Hess, Ahrensburg

des Kreises Stormarn
-5.10.1951
Hess, Ahrensburg

Landesregierung Schleswig-Holstein
Der Landesminister des Innern
Ref. I 16 Pol. Wi. G.
Be. 1568.

Kiel, den 3. Januar 1951

- HOLSTEIN

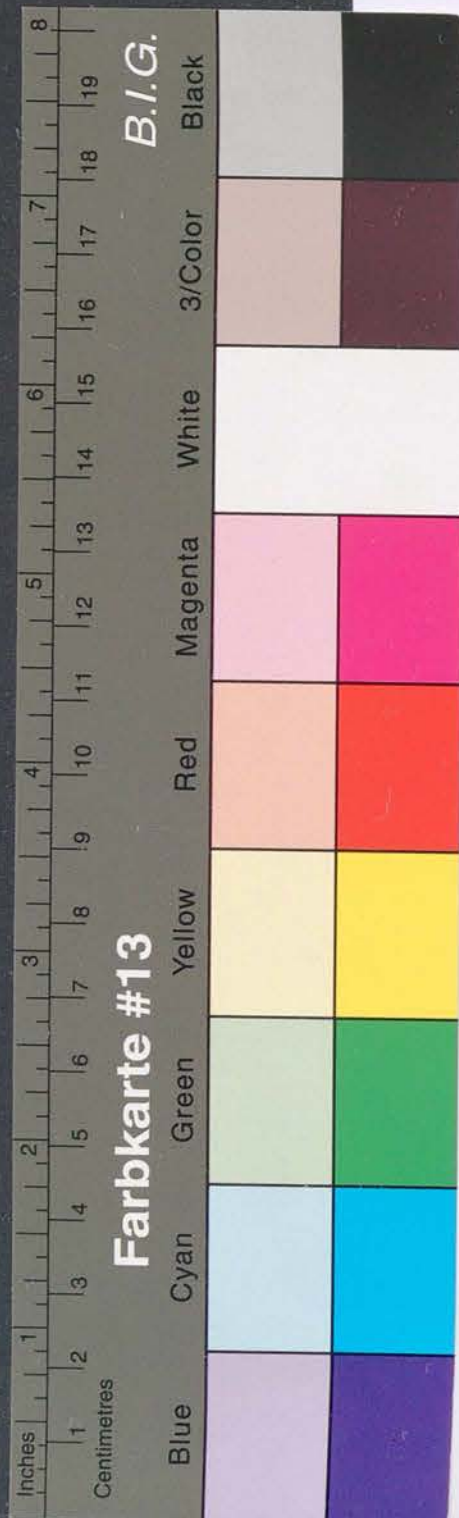
den 18. Mai 1951
haus, Düsterbrookter Weg 70-90
21481-86
zeiten:
ntags, dienstags,
tags und freitags
900-1300 Uhr
21. MAI 1951
Hess, Ahrensburg

s, Ahrensburg.
teilung, ob die
y Hess in
m gelebt hat.
Totenscheines,
ersichtlich

fsausschusses,
die Landesregie-
in zu geben, aus
ist sowie in den
eid noch nicht
treffen, ob die
eben sind, d.h.
er, die Mutter,
ten zurzeit seines
gelebt haben.
des Kreises über-

raße:

14



Kreisarchiv Stormarn B2

Der überzahlte Betrag wird wie folgt von Ihrer laufenden OdN-Rente in Abzug gebracht werden.

Die Weiterzahl
Landesbezirks
(Auflagen und

Ziffer 1 Gem
graph
sicher
Ziffer 2 Gemä
darf
öffnen
Die (Jahre
Ziffer 3 Die I
öffnen
nen
und
Rente
Ziffer 4 Die F
Ziffer 5 Alle
Ziff.
Minis
unter
dert.
Politi
haben
Ziffer 6 Bei

Sac

a.p

49

49



LANDESREGIERUNG SCHLESWIG-HOLSTEIN DER LANDESMINISTER DES INNERN

Geschäftszeichen: Ref. I 16 - i - Be.1568
(Im Antwortschreiben anzugeben) Bt./Cb.

(24b) Kiel, den 18. Mai 1951
Landeshaus, Düsterbrookweg 70-90
Telefon 21481-86

Besuchszeiten:
auf montags, dienstags,
donnerstags und freitags
von 0900-1300 Uhr

An den Herrn Landrat
für den Kreis Stormarn
-Kreissonderhilfsausschuss-
Bad Oldesloe

21. MAI 1951
12.00 Uhr

Betrifft: Be. 1568 - Willy Hess, Ahrensburg.

Ich bitte um Feststellung und Mitteilung, ob die Ehefrau des verstorbenen OdN Willy Hess in häuslicher Gemeinschaft mit diesem gelebt hat. Ferner bitte ich um Hergabe eines Totenscheines, aus welchem die Ursache des Todes ersichtlich ist.

Es ist Aufgabe des Kreissonderhilfsausschusses, in jedem Todesfalle eines OdN an die Landesregierung unverzüglich einen Totenschein zu geben, aus dem die Todesursache ersichtlich ist sowie in den Fällen, wo ein Feststellungsbescheid noch nicht erteilt ist, die Feststellung zu treffen, ob die Voraussetzungen des § 614 RVO gegeben sind, d.h. der Ehegatte, die Kinder, der Vater, die Mutter, die Geschwister mit dem Berechtigten zurzeit seines Todes in häuslicher Gemeinschaft gelebt haben. Im vorgenannten Falle ist seitens des Kreises überhaupt keine Meldung erfolgt.

Im Auftrage:

h.



1.0
42

36

quar 1954

Stormarn

- Hesse -

An die
Stadtverwaltung
in Ahrensburg

Die Landesregierung Schlesw
des OdW. Willy H e s s e in A
Mir war bisher von dem Able
Die Landesregierung fordert
Ehefrau des Willy Hess mit
lebt hat. Ferner bittet die
unter gleichzeitiger Angabe
Ich bitte, die erforderlichen
zu berichten.

- Hesse -

D./K.

24. Mai 1951

An die
Landesregierung Schleswig - Holstein
Der Landesminister des Innern
Ref. I 16 i - Pol. Wi. Gu. -
in K i e l

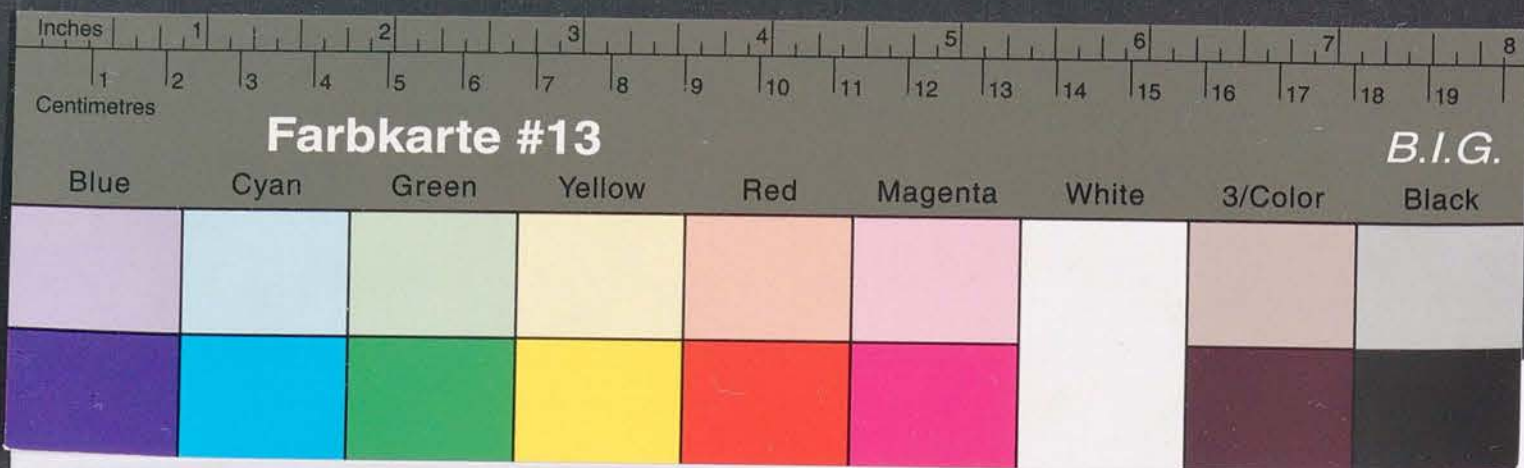
Betrifft: OdW. Willy H e s s e in Ahrensburg.
Bezug: Erlasse vom 18.5.51, Aktz.: Be./1568.

Unter Bezugnahme auf den o.a. Erlass berichte ich, dass mir bisher von
dem Ableben des Willy Hess nichts bekannt war. Ich konnte daher auch
das Ableben nicht mitteilen.
Gemäße dem o.a. Erlass habe ich nunmehr die erforderlichen Ermittlungen
angestellt und komme nach Abschluss derselben auf die Angelegenheit zu-
rück.

Im Auftrage des Landrats:

26/5. 11

, Vollmacht füge ich
terzeichneten Entschä-
eptember 1953 und er-
Hess, Herrn Willy Hess,
nummer 6/132 eine
setzt worden. Ab-
irn vom 19. Dezember
ge ich bei in
Überweisung von dem
nk in Hamburg seiner-
anzent Stormarn die
nd darauf den Bescheid
Insassant Stormarn
uf die Judenvermögens-
anspruch auf Erstattung



Kreisarchiv Stormarn B2

Kreis Stormarn
- Der Kreisausschuss -
Sonderhilfsausschuss
4-1/9

Bad Oldesloe, den 16. Januar 1951

Herrn/Frau/Fräulein

Marien Ströhl.

in Bad Oldesloe

Schickung

In Ihrer OdN.-Rentensache nehme ich Bezug auf den von Ihnen gestellten Rentenanspruch und teile Ihnen mit, dass der Landesrentenausschuss bei mir eine Abrechnung angefordert hat, um eine Entscheidung über den Rentenanspruch treffen zu können.

Um diese Angaben machen zu können, bitte ich Sie, die nachstehend aufgeführten Fragen zu beantworten und mir den ausgefüllten Fragebogen postwendend zurückzusenden. Die Angaben wollen Sie so gewissenhaft machen, dass keine Rückfragen usw. erforderlich sind. Erforderlich ist, dass Sie die Angaben hinsichtlich Ihres Einkommens durch Unterlagen nachweisen. Bei dem Bezug einer Rente wollen Sie Ihren Rentenbescheid einsenden, der Ihnen alsdann nach Einsichtnahme zurückgesandt wird. Sollten Sie in Arbeit stehen, ist erforderlich, dass Sie eine Verdienstbescheinigung über Ihr gegenwärtiges Einkommen beifügen, und zwar sowohl hinsichtlich Ihres Brutto- und Netto-Einkommens.

1. Sind Sie verheiratet?
2. Anzahl Ihrer Kinder unter gleichzeitiger Angabe des Geburtsdatums
3. Sind Sie arbeitsunfähig und ggf. um wieviel %?

Im Auftrage des Landrats:

Se des Landrats:

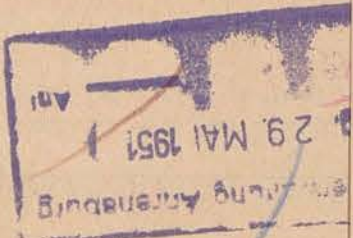
Die Landesregierung Schleswig-Holstein in Kiel hat mir mitgeteilt, dass das OdN. Willy Hesse in Ahrensburg, Hegewer Allee 40 verstorben ist. Mir war bisher von dem Ableben nicht bekannt. Die Landesregierung fordert jetzt von mir eine Mitteilung darüber, ob die Ehefrau des Willy Hesse mit ihrem Namen in bürgerlicher Gemeinschaft gelebt hat. Ferner bittet die Landesregierung um Herabgabe einer Sterbepflicht unter gleichzeitiger Angabe der Todesursache. Ich bitte, die erforderlichen Ermittlungen anzustellen und mir umgehend zu berichten.

An die
Stadtverwaltung
in Ahrensburg

Bad Oldesloe, den 24. Mai 1951
D./K.

- Hesse -

Bad Oldesloe, den 24. Mai 1951

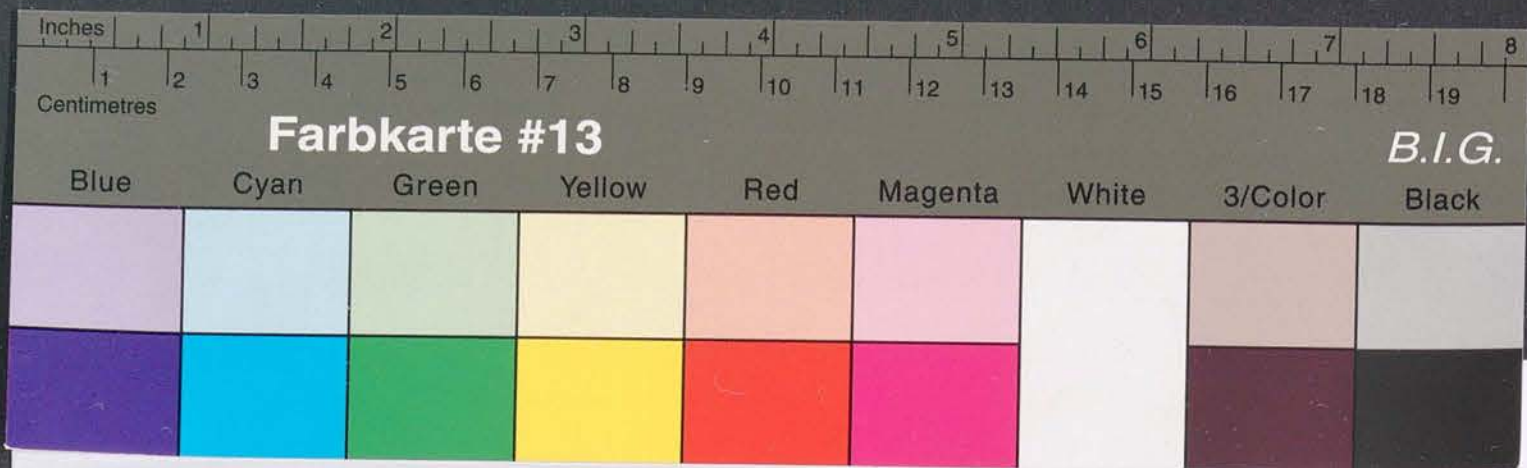


5.25/5.

36

42

Am 19. Dezember 1950, Vollmacht füge ich
hergeleiteten Entschä-
September 1953 und er-
esse, Herrn Willy Hesse,
nummer 6/132 eine
setzt worden. Ab-
am vom 19. Dezember
ge ich bei in
Überweisung von dem
ank in Hamburg seiner-
hant Stormarn die
und darauf den Bescheid
Finanzamt Stormarn
auf die Judenvermögens-
anspruch auf Erstattung



Kreisarchiv Stormarn B2

Kreis Stormarn
- Der Kreisausschuss -
Sonderhilfsausschuss
4-1/9

Bad Oldesloe, den 16. Januar 1951

Herrn/Frau/Fräulein

Maria S. Stöhl

in Bad Oldesloe

Schickensstr.

In Ihrer OdN.-Rentensache nehme ich Bezug auf den von Ihnen gestellten Rentenanspruch und teile Ihnen mit, dass der Landesrentenausschuss bei mir eine Abrechnung angefordert hat, um eine Entscheidung über den Rentenanspruch treffen zu können.

Um diese Angaben machen zu können, bitte ich Sie, die nachstehend aufgeführten Fragen zu beantworten und mir den ausgefüllten Fragebogen postwendend zurückzusenden. Die Angaben wollen Sie so gewissenhaft machen, dass keine Rückfragen usw. erforderlich sind. Erforderlich ist, dass Sie die Angaben hinsichtlich Ihres Einkommens durch Unterlagen nachweisen. Bei dem Bezug einer Rente wollen Sie Ihren Rentenbescheid einsenden, der Ihnen alsdann nach Einsichtnahme zurückgesandt wird. Sollten Sie in Arbeit stehen, ist erforderlich, dass Sie eine Verdienstbescheinigung über Ihr gegenwärtiges Einkommen beifügen, und zwar sowohl hinsichtlich Ihres Brutto- und Netto-Einkommens.

1. Sind Sie verheiratet?
2. Anzahl Ihrer Kinder unter gleichzeitiger Angabe des Geburtsdatums

Im Auftrag des Landrats:
(Dobelein)

In Abrechnung

Stadtverwaltung

- Heese -

Kreis Stormarn
- Der Kreisausschuss
Sozial- u. Jugendamt
Sonderhilfsausschuss - 4-1/9 -

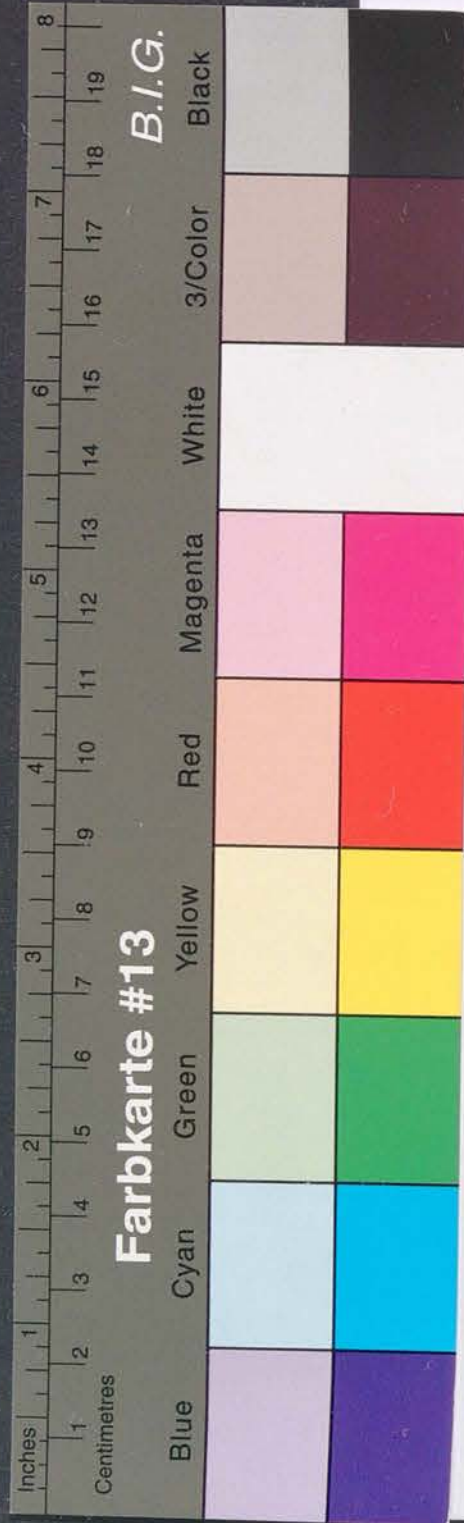
Urschr. mit 2
dem Kreisausschuss
- Sonderhilfe
Bad Old
zurückgesandt.
Wie festgesetzt
bis zu seinem
Gemeinschafts-
Todesursache:

STADT AHRENBURG
DER MAGISTRAT
FÜR SORGEAMT

Bad Oldesloe, den 24. Mai 1951

Stadtverwaltung Ahrenburg
Eng. 29 Mai 1951

... Vollmacht füge ich
... bezeichneten Entschä-
... September 1953 und er-
... es, Herrn Willy Heese,
... Nummer 6/132 eine
... setzt worden. Ab-
... am vom 19. Dezember
... lge ich bei in
... Überweisung von dem
... ank in Hamburg seiner-
... nanzamt Stormarn die
... und darauf den Bescheid
... Finanzamt Stormarn
... auf die Judenvermögens-
... spruch auf Bretzung



Kreisarchiv Stormarn B2

STADT AHRENSBURG
DER MAGISTRAT
FÜRSORGEAMT
III/Wo

Ahrensburg 31. MAI 1951

Fürsorgerin Frl. Reichel

mit der Bitte um Feststellung, ob Frau Heß mit ihrem verstorbenen
Ehemann in häuslicher Gemeinschaft gelebt hat.

I. A. *J. Müller*

*Frau Heß hat 61 Jahre
mit ihrem verstorbenen
Ehemann in häuslicher Gemeinschaft gelebt.*

Reichel

A. d. 20. 5. 51

• a. Klasse über welche ich
vom Standesamt Ahrensburg,
dort verstorben ist.
erfahren, dass Heß bis zu
der Gemeinschaft gelebt hat.
e des Landrates;

zurückgesandt.
Wie festgestellt, hat der verstorbene
Willy Heß
bis zu seinem Tode mit der Ehefrau in häuslicher
Gemeinschaft gelebt.
Todesursache: Lungenentzündung.



D. 1/1

20. Juli 1951.

STADT AHRENSBURG
DER MAGISTRAT
FÜRSORGEAMT

Ahrensburg, den 6.7.51

1. 1. 1954

Stormarn

1. Vollmacht füge ich
unterzeichneten Entschä-
September 1953 und er-

ess, Herrn Willy Hess,
nummer 6/132 eine
setzt worden. Ab-
arn vom 19. Dezember
üge ich bei in

Überweisung von dem
ank in Hamburg seiner-

finanzamt Stormarn die
und darauf den Bescheid

Finanzamt Stormarn

auf die Judenvermögens-

spruch auf Erstattung

39

20. Juli 1951.

Sonderhilfsausschuss
4-1/9 Hess

D./-

// An die
Landesregierung Schleswig-Holstein
Der Landesminister des Innern
-Ref. I 16 -i -

K i c l .

Betr.: Odn. Willy H e s s in Ahrensburg.
Bezug: Erlass vom 18.5.1951 -Aktz. Be./1568.

Unter Bezugnahme auf den o.a. Erlass überreiche ich
anliegend eine Sterbeurkunde, ausgestellt vom Standesamt Ahrensburg,
wonach Hess am 18.10.1950 an Lungenentzündung verstorben ist.

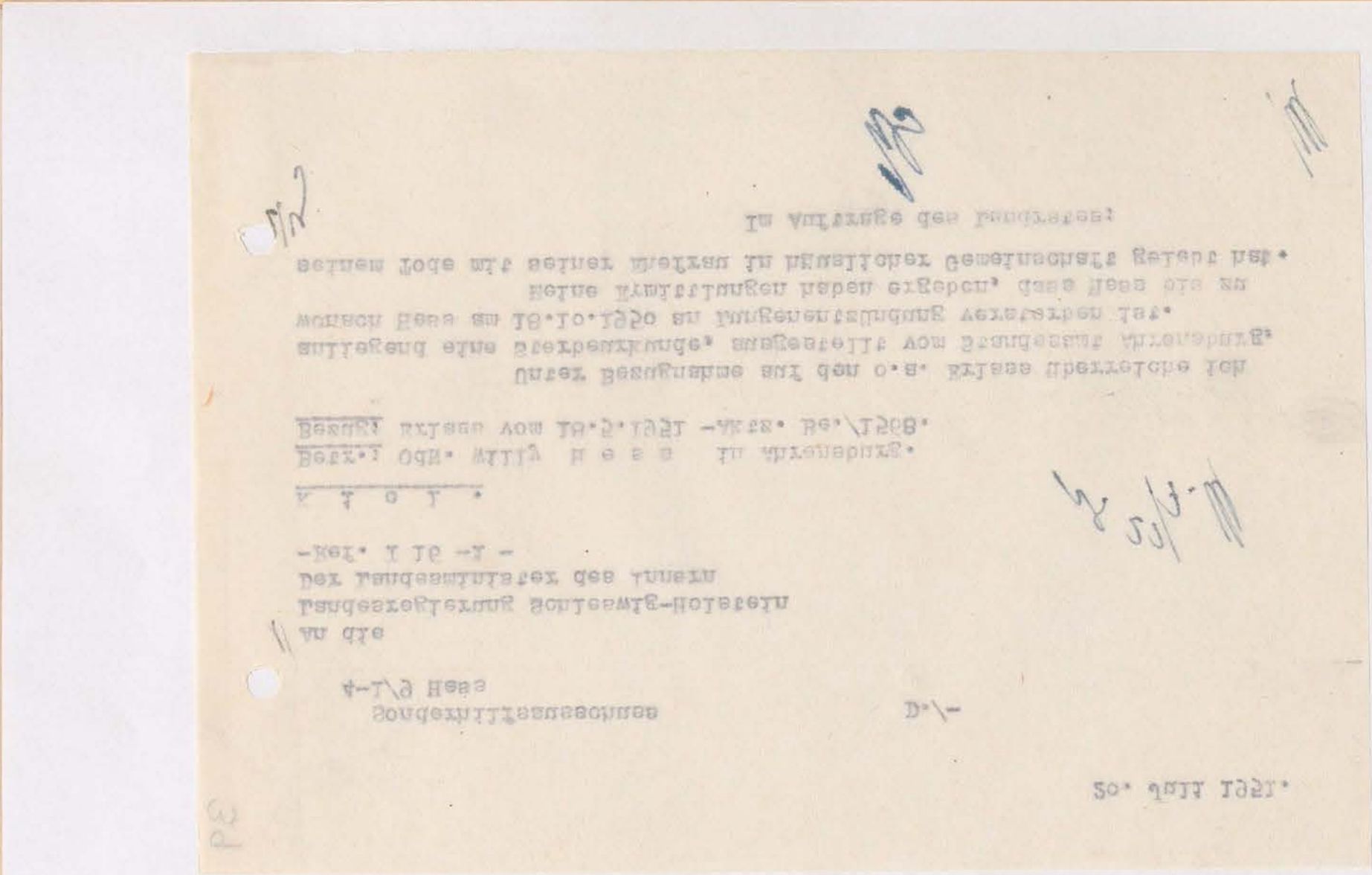
Meine Ermittlungen haben ergeben, dass Hess bis zu
seinem Tode mit seiner Ehefrau in häuslicher Gemeinschaft gelebt hat.

Im Auftrage des Landrates;

Kreisarchiv Stormarn B2



Kreisarchiv Stormarn B2



40

1.1.1954

Stormarn

Vollmacht füge ich
terzeichneten Entschä-
September 1953 und er-
Hess, Herrn Willy Hess,
nummer 6/152 eine
setzt worden. Ab-
ern vom 19. Dezember
füge ich bei in
Überweisung von dem
ank in Hamburg seiner-
samt Stormarn die
und darauf den Bescheid
Finanzamt Stormarn
auf die Judenvermögens-
anspruch auf Erstattung

Kennkarte Nr.:
Registrierschein Nr.:

| Serie (Serial) | Einzelheiten (Detail) | Stempel d. V. (Committee Stp.) |
|---|--|-----------------------------------|
| 1 Betr.: Kreisernährungsamt (Apply to Kreis-Food Office) | Mittelschwere Arbeiter (Medium Heavy Workers) Rationen (Ration Cards) von bis (from) (to) | |
| 2 Betr.: Kreis-Wohnungsamt (Apply to Kreis- Wohnungsamt) | Wohnungsvorrecht (Housing Priority) für Personen (for) | |
| 3 Betr.: Kreis-Arbeitsamt (Apply to Arbeitsamt) | Anstellungsvorrecht (Priority Employment) | |
| 4 Betr.: Kreis-Wohlfahrtsamt (Apply to Kreis-Wohlfahrts- amt) | Besondere öffentliche Unterstützung (Special Public Assistance) a) für Wochen (for) (weeks) b) erneuert für Wochen (renewed) (for) (weeks) c) dauernd (permanent) | |

Lichtbild
(Photo)

Unterschrift
(Signature)

Vor- und Zuname:
(Christian name Family name)

Wohnort:
(permanent)

Straße:
(address)

Der Obengenannte ist zur Sonderhilfe berechtigt vom Sonder-
hilfsausschuß
(The above mentioned is entitled to special benefits on the authority of Special
Assistance Committees)

Datum:
(Date)

Vorstand
(Chairman)

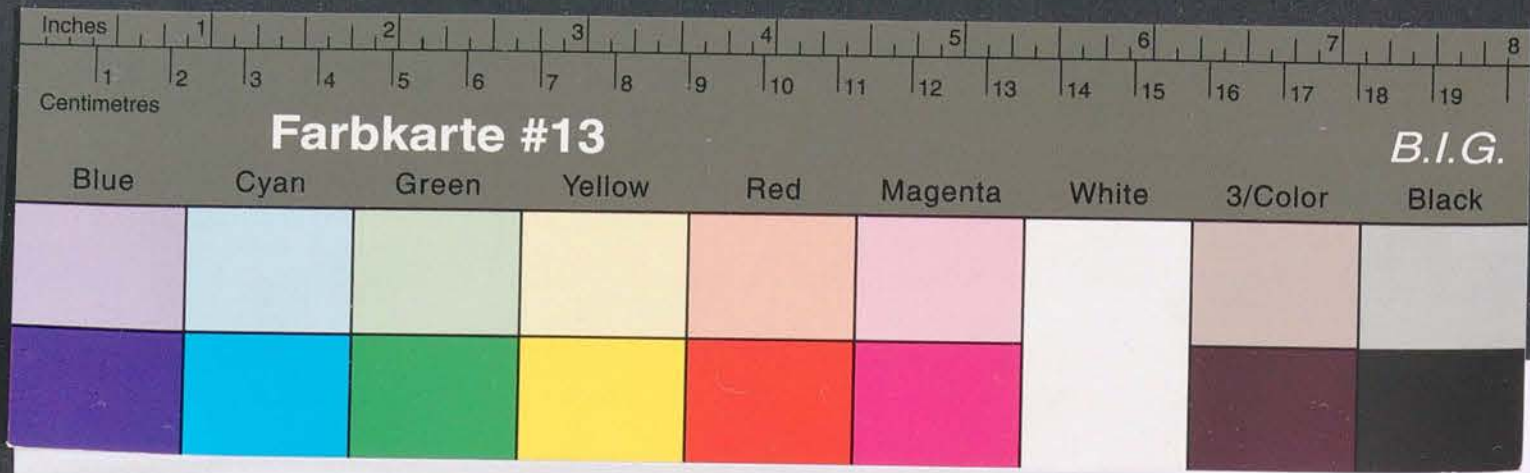
Mitglieder
(Members)

desloe, den 28. Januar 1954

29/1

verstorbenen Willi H e s s in
um Erteilung einer Meldebe-
woraus ersichtlich ist, seit
zeitlich gemeldet war.

es Landrates:



Kreisarchiv Stormarn B2

| Serie (Serial) | Einzelheiten (Detail) | Stempel d. V. (Committee Stp.) |
|-------------------|--------------------------|-----------------------------------|
| | | |
| | | |
| | | |
| | | |

Sonderausweis
(Special Identity Card)
für
(for)
politisch, rassisch und religiös Verfolgte
(Persecutees on political,
racial and religious grounds)

Nr. 258
(No.)

Ausgehändigt durch den Sonderhilfsausschuß
des Stadt-Landkreises
(Issued by Special Assistance
Committees of Stadt-Landkreis)

Diese Karte muß **persönlich** vorgezeigt werden
(This card must be presented **personally** by the
person in whose favour it is issued)

Landesdruckerei, Kiel, 766/10000. 7. 48.

*) Kinder unter einem Jahr zählen nicht
(Children under one year do not count)
Kinder zwischen einem Jahr u. 14 Jahren zählen als halbe Person
(Children between one year and fourteen years count as half person)

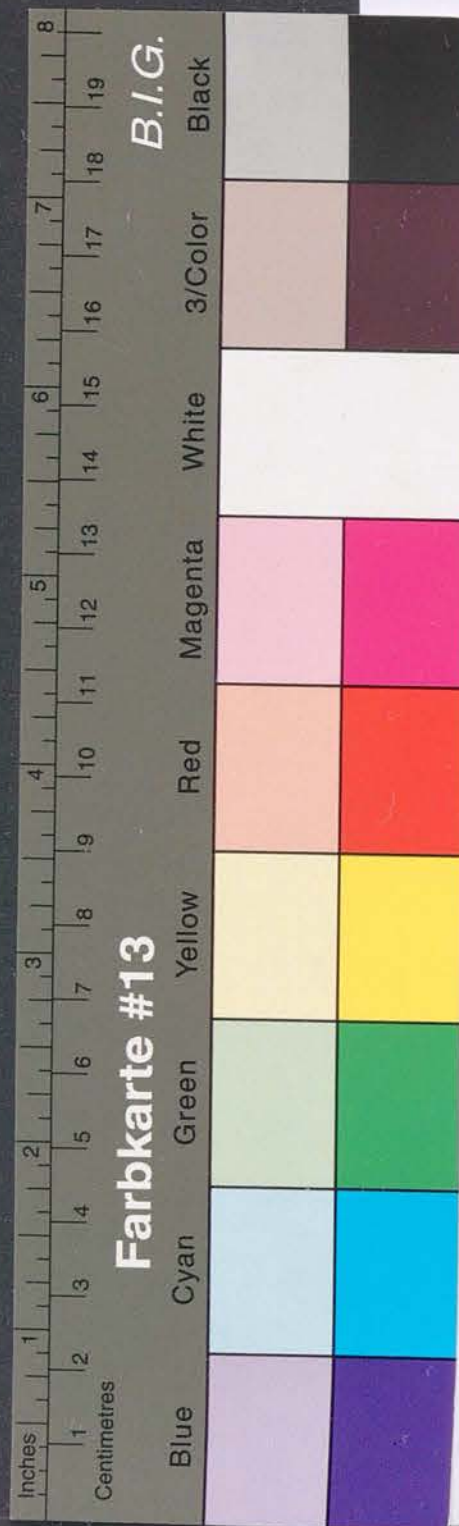
Bad Oldesloe, den 28. Januar 1954
D./Rt.

An die
Stadtverwaltung
- Einwohnermeldeamt -
in Ahrensburg

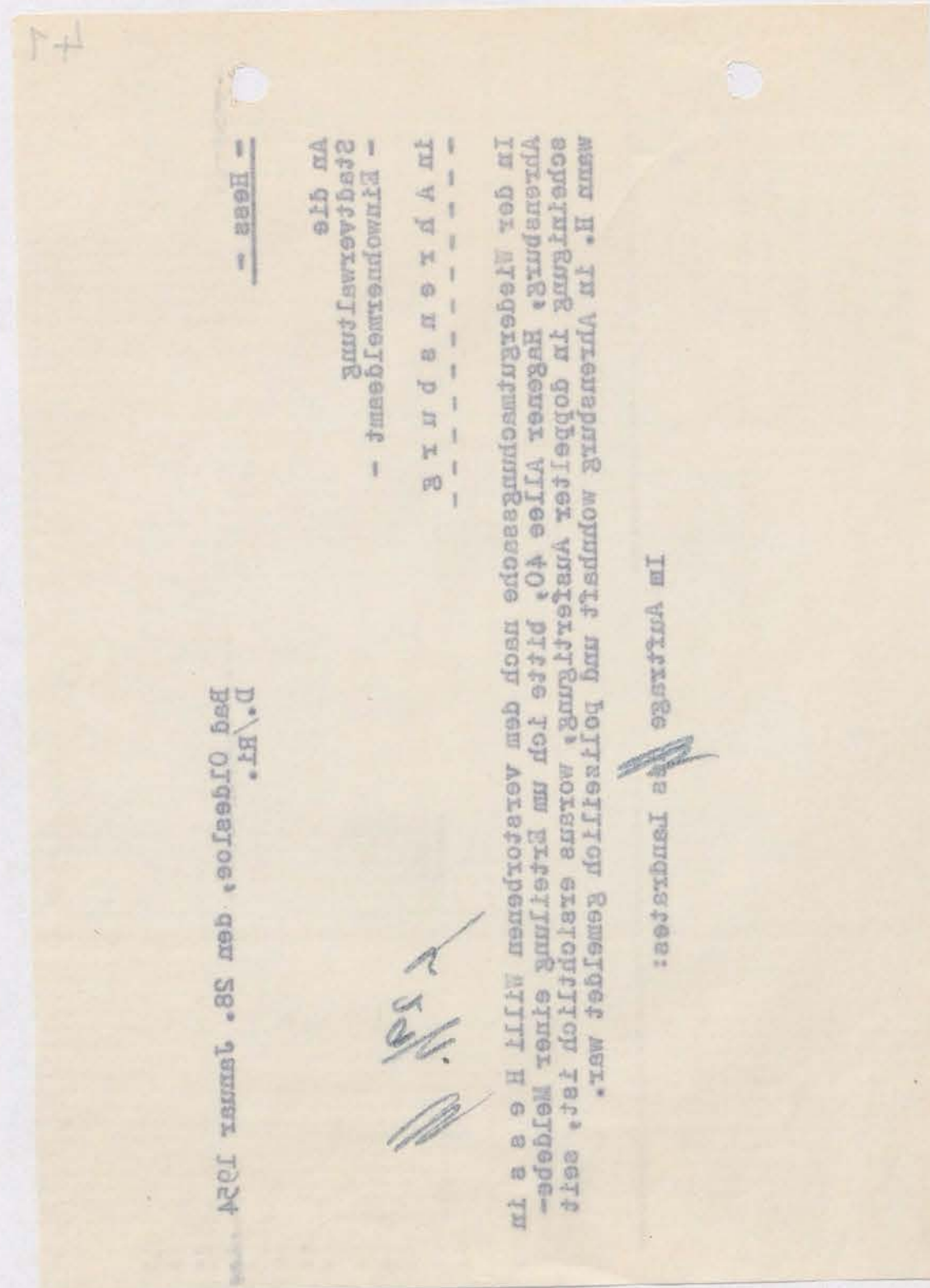
In der Wiedergutmachungssache nach dem verstorbenen Willh H e s s in
Ahrensburg, Hagener Allee 40, bitte ich um Erteilung einer Meldebe-
scheinung in doppelter Ausfertigung, woraus ersichtlich ist, seit
wann H. in Ahrensburg wohnhaft und polizeilich gemeldet war.

Im Auftrage des Landrates:

41



Kreisarchiv Stormarn B2



Dres. Dormann, von Döhren
Rechtsanwälte
Hamburg 1, Ballindamm (Alsterdamm) 15, I
Fernsprecher: 32 47 21 u. 33 21 85
Postscheckkonto Hamburg 121 06
Bankkonto Vereinsbank Hamburg

42

Hamburg, den 15. Januar 1954

An die
Sozialbehörde des Landkreises Stormarn
(Amt für Wiedergutmachung).

in Bad Oldesloe

In Vollmacht von Frau Charlotte Hess, Vollmacht füge ich
bei, überreiche ich anbei den von Frau Hess unterzeichneten Entschä-
digungsantrag auf Grund des Gesetzes vom 18. September 1953 und er-
laube mir, hierzu folgendes auszuführen:

Gegen den verstorbenen Ehemann von Frau Hess, Herrn Willy Hess,
war von dem Finanzamt Stormarn unter der Steuernummer 6/132 eine
Judenvermögensabgabe von RM 14 000,== festgesetzt worden. Ab-
schrift der Veranlagungen des Finanzamts Stormarn vom 19. Dezember
1938, 8. Februar 1939 und 11. November 1939 füge ich bei in

Anlage A.

Die Zahlung der Judenvermögensabgabe ist durch Überweisung von dem
Konto des Herrn Willy Hess bei der Deutschen Bank in Hamburg seiner-
zeit erfolgt.

Am 2. Juli 1945 hat Willy Hess bei dem Finanzamt Stormarn die
Erstattung der Judenvermögensabgabe beantragt und darauf den Bescheid
vom 5. Juli 1945

Anlage B

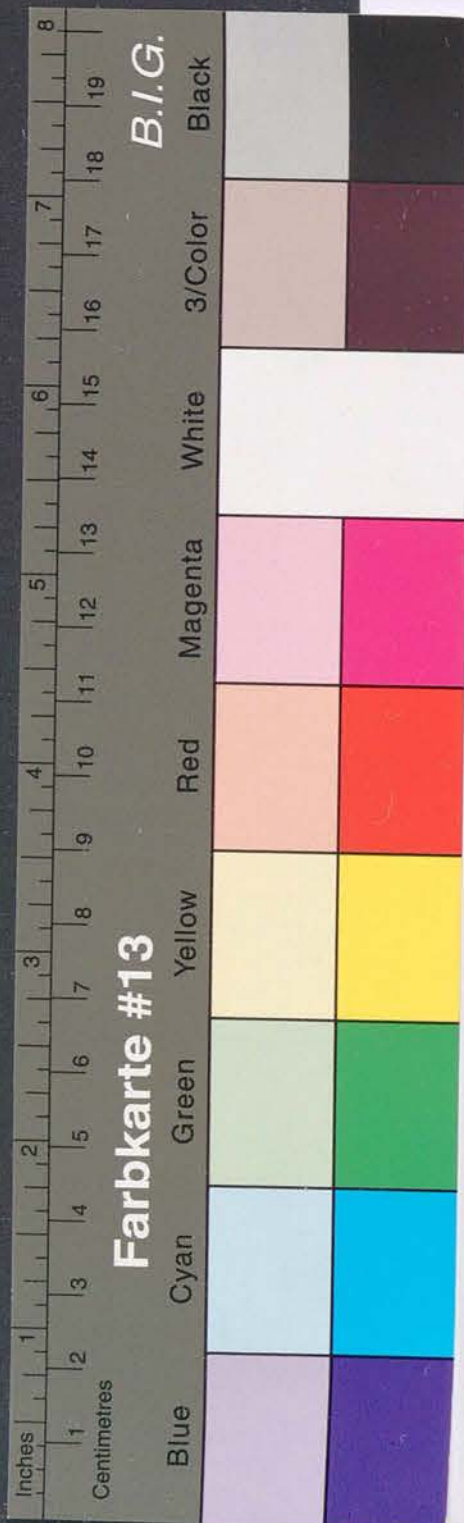
erhalten.

Am 16. Juli 1945 ist sein Antrag von dem Finanzamt Stormarn
abgelehnt worden laut

Anlage C,

weil noch keine Anweisung zur Rückzahlung der auf die Judenvermögens-
abgabe gezahlten Beträge ergangen sei.

Am 8. März 1948 hat dann Willy Hess den Anspruch auf Erstattung



Kreisarchiv Stormarn B2

der Judenvermögensabgabe bei dem Wiedergutmachungsamt bei dem Landgericht Lübeck angemeldet. Das dortige Aktenzeichen ist: I.R. 54/49. In diesem Wiedergutmachungsverfahren hat das Wiedergutmachungsamt am 16. September 1953 an den Unterzeichneten laut

Anlage D

geschrieben. Ich habe gebeten, die Sache zunächst bis zum Inkrafttreten des Bundesentschädigungsgesetzes ruhen zu lassen, und

melde nunmehr, nachdem das Bundesentschädigungsgesetz in Kraft getreten und nach diesem die Judenvermögensabgabe zu erstatten ist, diesen Anspruch hiermit an.

Ich bitte um:

bevorzugte Bearbeitung gemäß § 85 des Bundesentschädigungsgesetzes,

da Antragstellerin das 85. Lebensjahr bereits vollendet hat und eine schnelle Auszahlung daher erforderlich ist, wenn Antragstellerin überhaupt noch etwas von dieser Entschädigung haben soll.

Der Rechtsanwalt

(gez.) Dr. Dormann

Für richtige Abschrift

Dr.D/Fr.

Der Rechtsanwalt

Abschrift der Anlage A.

Finanzamt Stormarn Hamburg-Wandsbek 1, 19.Dez.38.
St.N.6/132.

Bescheid über die Judenvermögensabgabe.

auf Grund der Durchführungsverordnung über die Stilleistung der Juden vom 21.November 1938 (Reichsgesetzbl. I S 1638) wird die von Ihnen zu entrichtende Abgabe festgesetzt auf 14.800,-- RM.
Die Abgabe ist zu entrichten in 4 Teilbeträgen von je 3.750,-- RM.

Hamburg Wandsbek 8.2.39.

Berichtigung der Judenvermögensabgabe

Vermögenssteuerbescheid

A Vermögensermittlung und Freibeträge

56.000,--

Die Abgabe beträgt 20.v.H. des Vermögens

11.200,-- RM.

zahlbar in 4 Raten zu 2.800,-- RM.

Hamburg-Wandsbek, 11.Nov.39.

Bescheid über einen weiteren Teilbetrag an Judenvermögensabgabe Durch die zweite Durchführungsverordnung über die Stilleistung der Juden vom 19.Oktober 1939 (Reichsgesetzbl. I S.2059) ist die Judenvermögensabgabe von 20 v.H. des abgabepflichtigen Vermögens erhöht worden. Der von Ihnen zu entrichtende weitere Teilbetrag an Judenvermögensabgabe berechnet sich auf

2.800,-- RM.

etc etc.

Abschrift der Anlage B.

Finanzamt Stormarn Bad Oldesloe, 5.Juli 1945
B 1 - 6/132 Lübeckerstr.18.

Herrn

Dan Hess,

Ahrensburg,

Hagener Allee 40.

Ihr Antrag vom 2.7.1945 auf Erstattung der von Ihnen unrechtmäßig erhobenen Judenvermögensabgabe in Höhe von 14.000,-- RM. ist eingegangen.

Ein gleicher Fall liegt dem Herrn Oberfinanzpräsidenten bereits zur Entscheidung vor.



Kreisarchiv Stormarn B2

- 2 -

Bis zum Eingang entsprechender Weisung stelle ich Ihren Antrag deshalb zurück.

Mit der Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt
gez. Hornmann

Beglaubigt
L.S. gez. Boldt
Steuersekretär

Abschrift der Anlage C.

Finanzamt Stormarn Bad Oldesloe, 16. Juli 1945
Lilbeckerstr. 18.

B 1 - 6/132.

Herrn
Dan Hess,
Ahrensburg,
Hagener Allee 40.

Ihren Antrag auf Erstattung der Judenvermögensabgabe kann zzt. nicht entsprechen werden.

Nach Artikel II des Gesetzes Nr. 1 zur Aufhebung nationalsozialistischer Gesetze darf noch rückständige Judenvermögensabgabe nicht mehr eingezogen werden. Dagegen fehlt es bisher an einer gesetzlichen Grundlage für die Erstattung bereits gezahlter Judenvermögensabgabe. Ob eine Anweisung zur Erstattung der Abgabe - etwa im Zuge einer allgemeinen Entschädigung - erwartet werden kann, ist heute noch nicht abzusehen.

Mit der Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt
gez. Hornmann

Beglaubigt
L.S. gez. Boldt
Steuersekretär.

Abschrift der Anlage D.

Wiedergutmachungsamt
bei dem Landgericht in Lübeck

Lübeck, den 16. September 1953.

- J.R. 65/49 -

An Herren Rechtsanwälte
Dres. Dormann, Voss, von Bühren, Rampe,
Hamburg 1,
Ballindamm (Alsterdamm) 15.

In der Rückerstattungsache

Hess ./. Deutsches Reich

werden Sie auf folgendes hingewiesen:

Im vorliegenden Fall hat der Erblasser der jetzigen Antragsteller die Judenvermögensabgabe in bar gezahlt, bzw. von

- 3 -

seinem Konto an das Finanzamt überwiesen. In beiden Fällen besteht die Vermögenseinbusse, die die ungerechtfertigte Entziehung im Sinne des REG darstellen soll, in einer Veräusserung oder Aufgabe von Geld. Nach der ständigen Rechtsprechung des Board of Review, der höchsten englischen Nachprüfungsinstanz in Rückerstattungsachen, fällt die Rückerstattung von Geld aber grundsätzlich nicht unter das REG, weil es an dem Erfordernis der Feststellbarkeit fehlt. Geld soll vielmehr nur dann ein feststellbarer Vermögensgegenstand im Sinne des REG sein, wenn es aus seiner Identität nach noch feststellbaren Münzen oder Noten besteht. Das Wiedergutmachungsamt nimmt insoweit auf die Entscheidungen des Board of Review vom 28. 1. 1952 (BoR 51/131), vom 4. 2. 1952 (BoR 50/17) und vom 19. 5. 52 (BoR 51/262) Bezug. Diese Entscheidungen werden Sie sicher beim Wiedergutmachungsamt Hamburg einsehen können. Da im vorliegenden Fall nach dem Gesagten der für die Judenvermögensabgabe aufgewandte Geldebtrag von 14.000,- RM. zweifellos kein feststellbarer Vermögensgegenstand im Sinne des REG ist, besteht auch kein RE-Anspruch bezüglich dieser Summe. Die Erben des Antragstellers werden ihre Ansprüche daher nach dem in Kürze erwarteten Entschädigungsgesetz geltend machen müssen. Mit Rücksicht hierauf wird angefragt, ob Sie den vorliegenden RE-Anspruch namens der Erben des Antragstellers wieder zurücknehmen. Sie können den Erben hierbei die Geltendmachung ihrer Rechte nach dem Entschädigungsgesetz vorbehalten. Sollten die Erben zur Rücknahme des Anspruchs nicht bereit sein, müsste der Anspruch voraussichtlich als unachlässig zurückgewiesen werden, es sei denn, Sie tragen für die Erben Tatsachen vor, die eine andere rechtliche Beurteilung des Falles zulassen.

gez. Bramstedt
Amtsgerichtsrat

L.S. Beglaubigt:
gez. Unterschrift
Justizsekretär.

Ka.

44

Gebührenfrei

II. Ausfertigung

B e s c h e

Kreis Stormarn
Der Kreisausschuß
Sozial- u. Jugendamt
- Sonderhillsausschuß - 4 - 1 / 9 -

- Hess -

An die
Stadtverwaltung
- Einwohnermeldeamt -

in A h r e n s b u r g

In der Wiedergutmachungssache nach dem verstorbenen Willi H e s s in Ahrensburg, Hagener Allee 40, bitte ich um Erteilung einer Meldebescheinigung in doppelter Ausfertigung, woraus ersichtlich ist, seit wann H. in Ahrensburg wohnhaft und polizeilich gemeldet war.

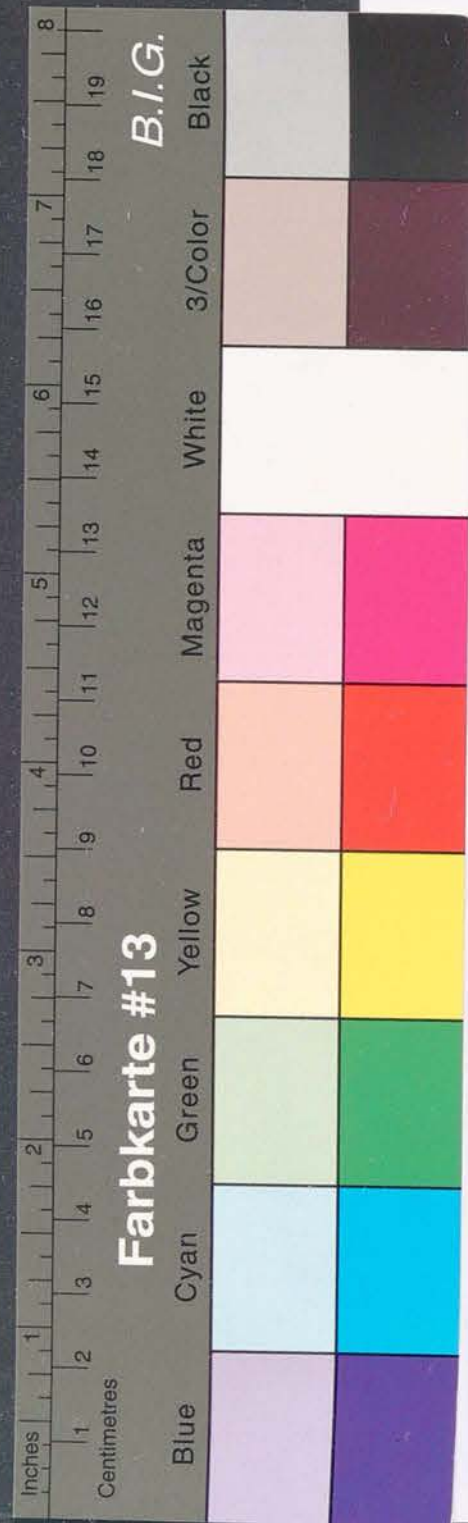
Im Auftrage des Landrates:
(Nebelstein)
Sachbearbeiter:

Bad Oldesloe, den 28. Januar 1954
D./Ri.

Stadt Arensburg

END 29. JAN. 1954

| | | |
|---|--|-----|
| 4 | | Am. |
|---|--|-----|



Kreisarchiv Stormarn B2

Stadt Ahrensburg
Der Bürgermeister

Ur,
dem Herrn Landrat
des Kreises Stormarn
-Sonderhilfsausschuss-
in Bad O l d e s l o e

unter Beifügung der Bescheinigungen zurückgereicht.



Einwohnermeldeamt
I.A.

Summ

Gebührenfrei



Ahrensburg, den 2.2.1954
Der Bürgermeister
Einwohnermeldeamt
I.A.

Summ

Zur Vorlage bei dem Sonderhilfsausschuss Stormarn in Bad Oldesloe,
wird hiermit bescheinigt, dass der am 18.10.1950 in Ahrensburg verstorbene
Kaufmann Willy H e s e, seit Jahrzehnten für Ahrensburg, Hagener Allee 40
ordnungsbehördlich gemeldet war.

29. Nov. 2
11. Februar 1954

46

52

gungsbehörde auszufüllen:
gsstempel)

folgung (Bundesentschädigungs-
sch

(Kreis, Land):
Holstein)
und Haus-Nr.)

ja / nein
Gründen der Rasse oder des

ja / nein
in allgemeiner
ftliches Testament
in Anlage 1 bei.
g eines anderen [s. Abschnitt

(Kreis, Land):
Holstein)
und Haus-Nr.)

ch

den der Rasse oder des Glau-

Kreisarchiv Stormarn B2



11. Februar 1954
29. März

Kreisentschädigungsamt
4-1/9 - Hess -

D./Ri.

An den
Herrn Innenminister
des Landes Schleswig - Holstein
- Ref. I 16 -
in K i e l

Betrifft: Wiedergutmachung nach dem BEG.
hier: Willy H e s s in Ahrensburg.

In der Anlage überreiche ich den Wiedergutmachungsantrag des inzwischen verstorbenen Willi Hess unter Beifügung meiner Handakte mit der Bitte um die dortige Entscheidung.

21/3 -

Im Auftrage:

48

Dres. Dormann, von Döhren
Rechtsanwälte
Fachanwälte für Steuerrecht

HAMBURG 1, den 24. April 1957
Ballindamm (Alsterdamm) 15, I.
Fernsprecher: 32 47 21 und 33 21 85

17. Mai 1957

An die
Sozialbehörde des Landkreises Stormarn
Amt für Wiedergutmachung in
Bad Oldesloe

Ich bin von Frau Charlotte H e s s in Ahrensbürg beauftragt,
auf Grund des Bundesentschädigungsgesetzes einen Antrag
auf die Entschädigung gemäss § 66 Bundesentschädigungs-
gesetzes zu stellen. Soweit ich weiss, sind für diese
Anträge besondere Formulare herausgegeben. Ich bitte Sie,
mir 3 Exemplare dieser Formulare freundlichst zu übersenden.

Hochachtungsvoll

Dr.D/Ka

Da/Rg

Frau Charlotte H e s s in

3 Exemplare des Antrages
Ihrer Bedienung.
mir den Antrag in doppelter
rden.
age des Landrates:

Bürostunden: 9—12 Uhr, sonnabends 9—12 Uhr
Sprechzeit: nach Vereinbarung und 16—17 Uhr, ausser sonnabends

Bankkonto: Vereinsbank in Hamburg
Postsparkonto: Hamburg Nr. 121 06

beides unter Dres. Dormann, von Döhren

11-13 - Hesse -
Kleinschreibungsamt

Kreisarchiv Stormarn B2



50

52

49

Dres. Dormann, von Döhren
Rechtsanwälte
Fachanwälte für Steuerrecht

17. Mai 1957

Kreisentschädigungsamt
4 - 1/9 - H e s s -

Da/Rg

Herrn
Dres. Dormann und von Döhren
- Rechtsanwälte -

H a m b u r g 1
Ballindamm (Alsterdamm) 15

Betr.: Wiedergutmachungsantrag der Frau Charlotte H e s s in Ahrensburg

An den
Kreis Stormarn
Der Landrat
Kreisentschädigung
Bad O l d e s l o

G.-Z. 4 - 1/9 - He
Betr.: Wiedergutmachung
in Ahrensburg

Anbei überreiche ich
Frau Charlotte H e s s
Vollmacht auf mich
Erstschrift.

Ich bitte zu berücksichtigen.
ds.Js. 89 Jahre alt
bevorzugt zu bearbeiten.

Anlagen !
Dr.D/ka

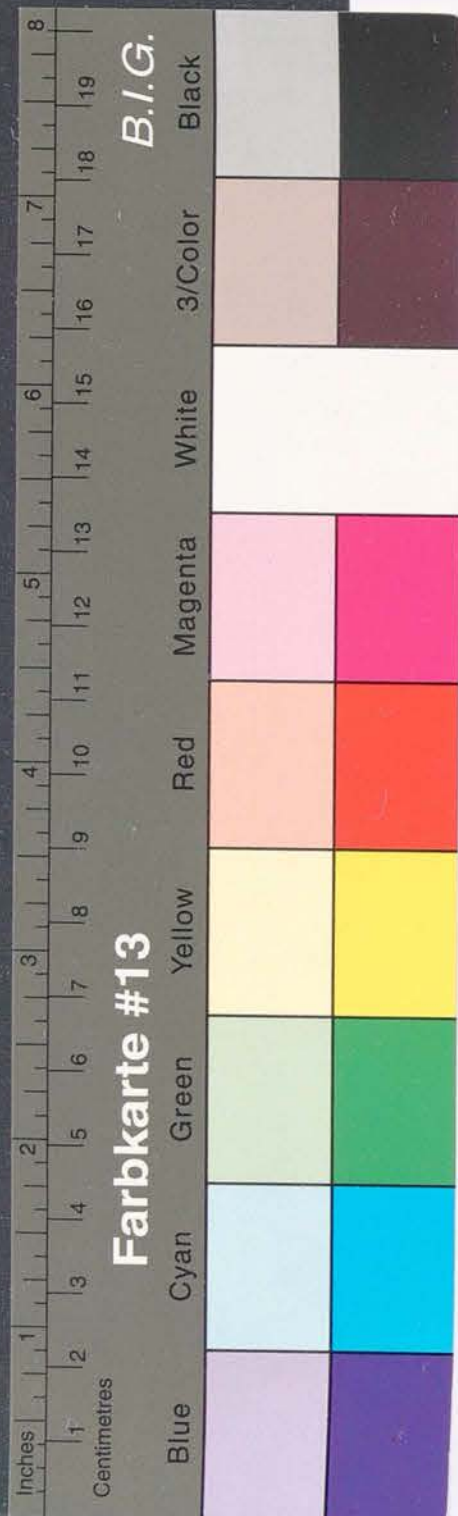
Bürostunden: 9-17 Uhr, sonabends 9-13 Uhr
Sprechzeit: nach Vereinbarung und 16-17 Uhr, außer sonabends

Im Auftrage des Landrates:

in allgemeiner
öffentliches Testament
in Anlage 1 bei.
ng eines anderen (s. Abschnitt

(Kreis, Land):
Stormarn
und Haus-Nr.)
49

iden der Rasse oder des Glau



Kreisarchiv Stormarn B2

52

Im Auftrage:

Nur von der Entschädigungsbehörde auszufüllen:

(Eingangsstempel)

Vor Ausfüllung Anleitung lesen!
In Maschinen- oder Blockschrift ausfüllen!
Nichtzutreffendes streichen!

mit _____ Anlagen

Nr. _____

Empfangsbestätigung erteilt am _____

51

4g

Kreisentschädigungsausschuss
4-1/9 Hess

An die
Stadtverwaltung,
Einwohnermeldeamt-
Abrechnungsbüro.

In einer Wiedergutmachungssache bitte ich um die
Erteilung einer kostenlosen Meldebescheinigung in doppelter Ausfer-
tigung für Frau Charlotte H e s s , geb. 1.9.1868.

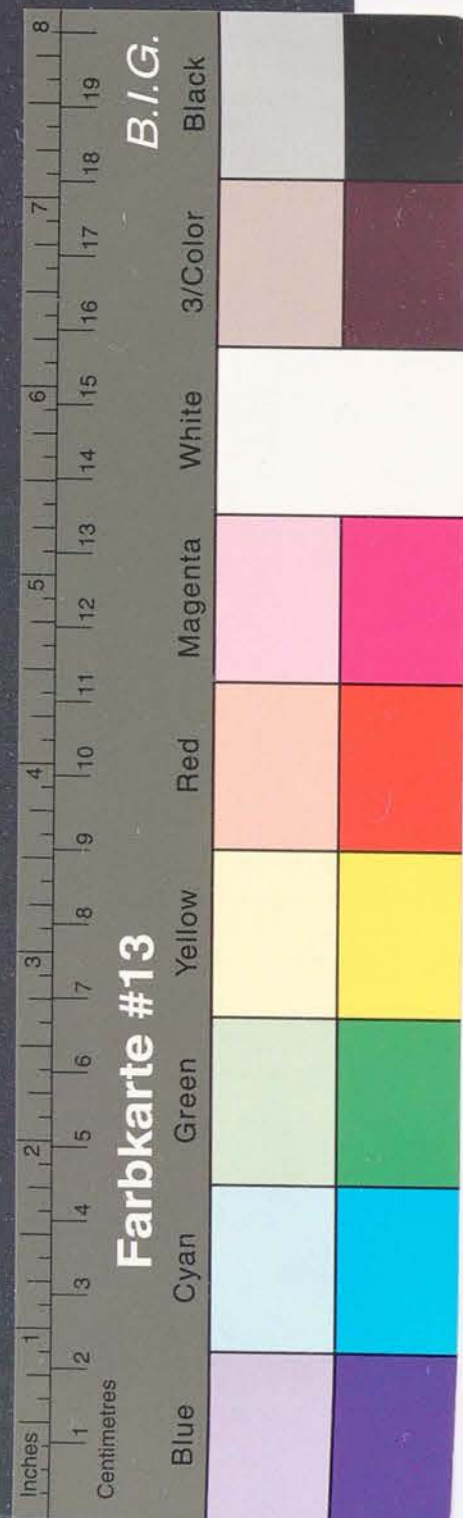
Im Auftrage:

24. Juni 1957.

D./-

1.2.57/6.44

erfolgung (Bundesentschädigungs-
z (Kreis, Land):
Holstein)
40
und Haus-Nr.)
7
tsch
ja / nein
s Gründen der Rasse oder des
ja / nein
in allgemeiner
ftliches Testament
in Anlage 1 bei.
ng eines anderen [s. Abschnitt
(Kreis, Land):
olstein)
40
und Haus-Nr.)
sch
nden der Rasse oder des Glau-



Kreisarchiv Stormarn B2

52

Juni 1956

Nur von der Entschädigungsbehörde auszufüllen:

(Eingangsstempel)

Vor Ausfüllung Anleitung lesen!
In Maschinen- oder Blockschrift ausfüllen!
Nichtzutreffendes streichen!

mit _____ Anlagen
Nr. _____
Empfangsbestätigung erteilt am _____

Antrag
auf Grund des Bundesgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (Bundesentschädigungsgesetz — BEG) vom 29. Juni 1956 (BGBl. I S. 359)

I. Berechtigte(r)
A

1. Name: **H E S S**
Vornamen: **Charlotte Caroline Christine**
Geburtsort und -ort (Kreis, Land): **Hamburg**
Jetziger Wohnort / Sitz (Kreis, Land): **Ahrensburg (Holstein)**
Hagener Allee 40
(Straße und Haus-Nr.)
Familienstand: **verh.** / verw. **gesch.**
Anzahl der Kinder: **4** Alter der Kinder: **65, 63, 58, 57**
Staatsangehörigkeit: frühere: **und** jetzige: **deutsch**

2. Beruf:
Erlernter Beruf: **./.**
Jetzige berufliche Tätigkeit: **Kein Beruf**

3. Sind Sie selbst verfolgt worden? **ja / nein**
Wenn ja: **xxx**
Aus Gründen der politischen Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus oder aus Gründen der Rasse oder des Glaubens oder der Weltanschauung?

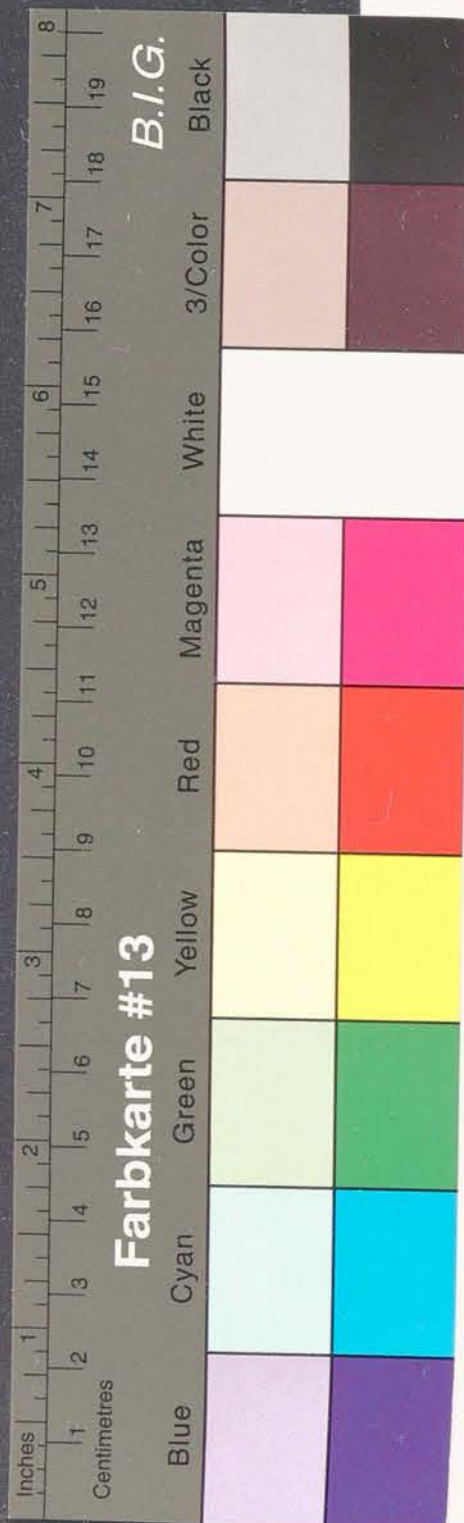
4. Leiten Sie Ihre Ansprüche aus der Verfolgung eines anderen ab? **ja / nein**
Ihr Familien- oder Rechtsverhältnis zum Verfolgten: **xxx**
Ehefrau des verstorbenen Willy Hess, mit dem ich in allgemeiner Gütergemeinschaft gelebt habe. Vergl. gemeinschaftliches Testament vom 20. XI. 48. Ablichtung des Testaments füge ich in Anlage 1 bei.

II. Verfolgte(r)
(Nur auszufüllen, wenn Berechtigte(r) [s. Abschnitt A I, 1] Ansprüche aus der Verfolgung eines anderen [s. Abschnitt A I, 4] ableitet)

1. Name: **H E S S**
Vornamen: **Wolff Willy Jacob**
Geburtsort und -ort (Kreis, Land): **18. III. 1865**
Letzter Wohnort / Sitz (Kreis, Land): **Ahrensburg (Holstein)**
Hagener Allee 40
(Straße und Haus-Nr.)
gestorben am **18. X. 1950**
in (Kreis, Land): **Ahrensburg (Holst)**
Staatsangehörigkeit: frühere: **und** letzte: **deutsch**

2. Beruf:
Erlernter Beruf: **Kaufmann (Kaffeemakler)**
Letzte berufliche Tätigkeit: **" "**

3. Verfolgt aus Gründen der Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus oder aus Gründen der Rasse oder des Glaubens oder der Weltanschauung? **als Jude.**
Vgl. Bescheinigung v. 22. III. 46, Anlage 2.



Kreisarchiv Stormarn B2

-4-

B

Dem Antrag sollen beigelegt werden:

1. Eine Schilderung des Verfolgungsvorganges unter Angabe der Tatsachen, die zur Verfolgung geführt haben
2. Eine Erläuterung der Schadensfälle und der Höhe der erlittenen Schäden sowie Angaben über die Art der beanspruchten Entschädigungsleistungen
3. Beweismittel (Originale, beglaubigte Abschriften oder beglaubigte Fotokopien)

Zum Beispiel: Aufenthaltsbescheinigungen, Geburts-, Sterbe- und Heiratsurkunden sowie Erbnachweise (wenn der Berechtigte nicht der Verfolgte ist), Nachweis der Eigenschaft als Heimkehrer, Vertriebener, Sowjetzonenflüchtling, heimatloser Ausländer oder politischer Flüchtling, Nachweis der Aufhebung oder Änderung einer strafgerichtlichen Verurteilung sowie sonstige dem Beweis der Ansprüche dienende Unterlagen.

Folgende Beweismittel

Anlagen 1 - 3

wurden bereits an das Landesentschädigungsamt Schleswig-Holstein ~~XXXX~~

(Behörde)

W 3 a - H 224 e -

(Gericht)

(Aktenzeichen)

~~XXXX~~ ~~XXXX~~ eingereicht.

C

Ich versichere, daß die vorstehenden und in den beigelegten Anlagen enthaltenen Angaben richtig sind. Mir ist bekannt, daß nach § 7 des Gesetzes der Anspruch auf Entschädigung ganz oder teilweise versagt werden kann, wenn der Berechtigte sich, um Entschädigung zu erlangen, vor oder nach Inkrafttreten des Gesetzes unlauterer Mittel bedient oder wissenlich oder grobfahrlässig unrichtige oder irreführende Angaben über Grund oder Höhe des Schadens gemacht, veranlaßt oder zugelassen hat.

Nachträgliche Veränderungen, die sich auf diesen Antrag beziehen, werde ich der Entschädigungsbehörde bzw. dem Entschädigungsgericht unverzüglich anzeigen.

Stromarn
(Ort)

den 11. III. 1957
(Datum)

Frau Charlotte Hess
(Unterschrift)

Dem Antrag sind Anlagen beigelegt, und zwar:

1. Testament
2. Bescheinigung vom 22. III. 46
3. Vergleich vom 2. XI. 50
4. Schreiben " 27. XII. 51
5. Darstellung zu B 1 - 2.
6. Beschluss d. Wiedergutmachg.-Kammer 11. III. 54
7. Beschluss d. OLG Hamburg v. 9. VI. 50
8. Vollmacht von Frau Hess
9.
10.

Abschrift

Paul A.

54

Testament

§ 1

Wir, die Eheleute

Wolff Willy Jacob Hess

und

Frau Charlotte Christina Caroline Hess
geb. Reinwein

haben am 12. November 1899 geheiratet und haben zunächst in allgemeiner Gütergemeinschaft des alten hamburgischen Rechts gelebt. Durch Vertrag vom 16. Januar 1939 haben wir Gütertrennung miteinander vereinbart. Durch Ehevertrag vom 22. Febr. 1946 haben wir vereinbart, dass für unser Ehe die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches über die allgemeine Gütergemeinschaft gelten sollen.

Aus unserer Ehe sind vier Töchter hervorgegangen:

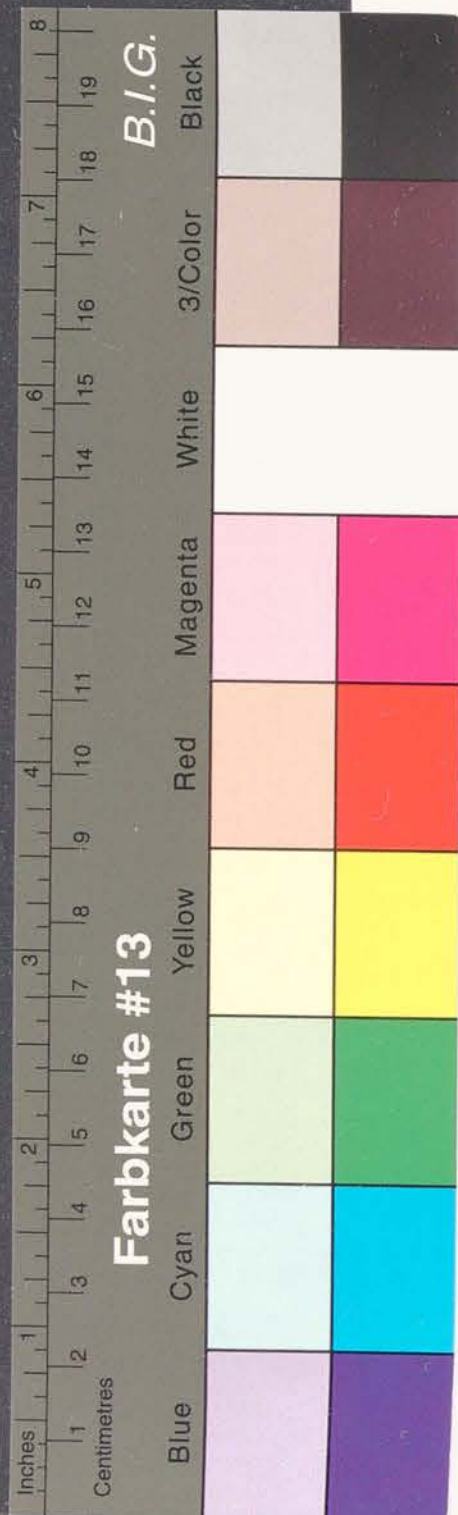
- 1.) Edith Frieda, verh. Gieseler
- 2.) Margarete Julie, verh. Grinpe
- 3.) Annemarie Dorothea, verh. Klutmann
- 4.) Ilse Paula, gesch. Wandorf.

Nach dem Tode des Erstversterbenden von uns tritt die fortgesetzte Gütergemeinschaft des Überlebenden Teiles mit unseren Töchtern ein. Da der Überlebende Teil die Stellung des Mannes bei der allgemeinen Gütergemeinschaft hat, behält der Überlebende Teil die freie Verfügung über das Gesamtgut. Der Überlebende Teil von uns ist also nicht verpflichtet, irgend jemandem über seinen Verbrauch, Anlage und Verwendung des Vermögens Rechenschaft zu geben. Vorbehaltsgut oder Sondergut ist nicht vorhanden. Soweit solches am Todestage des Erstversterbenden vorhanden sein sollte, setzt der Erstversterbende von uns den Überlebenden zum alleinigen Erben bezüglich des Vorbehalts- und Sonderguts ein.

§ 2

Für den Fall des Todes des Überlebenden von uns treffen wir folgende Bestimmungen: Der Anteil des Überlebenden an der fortgesetzten Gütergemeinschaft fällt zu gleichen Teilen an unsere vier Kinder bzw. stammweise an deren Abkömmlinge. Das gleiche gilt vom etwaigen Vorbehalts- oder Sondergut.

Für die Auseinandersetzung des Gesamtguts der fortgesetzten Gütergemeinschaft und für die Auseinandersetzung der unseren Kindern bzw. deren Abkömmlingen zufallenden Erbschaft nach dem Überlebenden treffen wir folgende Bestimmungen:



Kreisarchiv Stormarn B2

Die Anteile an dem Gesamtgut der fortgesetzten Gütergemeinschaft und die Erbteile nach dem Überlebenden sollen als einheitliche Masse der durch unsere Testamentsvollstrecker vorzunehmenden Verteilung zugrunde gelegt werden. Alles, was unseren Töchtern oder Enkelinnen aus dem Gesamtgut oder unserem Nachlass zufällt, soll ihr Vorbehalts- oder Sondergut sein und in dem zwischen ihnen und ihren Ehegatten bestehenden Güterrecht Vorbehaltsqualität haben.

§ 3

Unsere Tochter Ilse soll mit Rücksicht auf die Opfer, die sie für uns und unsere ganze Familie gebracht hat, ein Vorausvermächtnis in Höhe von 5 % der gesamten zur Verteilung kommenden Masse erhalten. Dieses Vermächtnis gilt als Vermächtnis des Überlebenden von uns.

§ 4

Unsere Tochter Edith hat bei Lebzeiten von uns das Bau land Vossberg, eingetragen im Grundbuch von Ahrensburg Bd. 62 Bl. 1977 geschenkt erhalten. Die Schenkungssteuer ist laut Steuerbescheid des Finanzamts Kiel vom 31. Juli 1939, Aktenzeichen Liste 22 E/S Nr. 53 1939, beglichen. Hiermit sind alle früheren Zuwendungen, die Edith von uns erhalten hat, versteuert worden. Wir bestimmen, dass der Wert dieses Grundstücks unserer Tochter Edith auf den ihr zufallenden Anteil an dem Gesamtgut und an dem Nachlass des Überlebenden angerechnet werden soll. Bei Bemessung des Wertes ist von unseren Testamentsvollstreckern ein fairer Massstab unter Berücksichtigung der etwa durch Lastenausgleich oder ähnliche Massnahmen herbeigeführten Wertminderung anzulegen. Alle sonstigen Zuwendungen die wir einer unserer Töchter zu unseren Lebzeiten gemacht haben oder noch machen werden, sollen bei der Verteilung des Gesamtguts und der Erbschaft nicht zur Anrechnung gebracht werden, es sei denn, dass wir dies ausdrücklich schriftlich anordnen.

§ 5

Wir hatten während der Naziherrschaft unser Vermögen an unsere Tochter Edith übertragen. Die Rückübertragung ist erfolgt mit Ausnahme von Mk. 1 000 7 4 Deutsche Sparkassen- und Giroverband Bonds per 1947 und Mk. 1 000 6 1/2 % Preussische Staatsanleihe von 1920, beide bei der Reichsbankstelle Hamburg ruhend, die durch die Militärregierung beschlagnahmt wurden und nach deren Bestimmungen nicht übertragen werden dürfen. Eine eventuelle Entschädigung hat Edith uns abredemässig zu überweisen. Nach dem Ableben des Langstlebenden von uns hat Edith eine solche Entschädigung unseren Testamentsvollstreckern zur Verteilung zur Verfügung zu stellen.

- 3 -

§ 6

Das zum Gesamtgut und zum Nachlass nach dem Tode des Langstlebenden gehörende Grundstück Hagener Allee 40 darf von unseren Testamentsvollstreckern nur dann verkauft werden, wenn unsere Töchter mit Stimmenmehrheit einem solchen Verkauf zustimmen. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme von Edith. Während der Abwesenheit von Ilse steht ferner Edith das Stimmrecht von Ilse zu. Solange das Grundstück unverkauft ist, steht das Wohnrecht an dem Hause gegen Zahlung einer angemessenen Miete an die Testamentsvollstrecker unseren Töchtern Marga und, falls Ilse nach Ahrensburg übersiedeln sollte, auch Ilse zu. Bei besuchsweissem Aufenthalt von Ilse erwarten wir eine gastliche Aufnahme unserer Tochter in ihrem elterlichen Hause, ohne dass dadurch eine Pflicht zur Mietzahlung für Ilse entsteht.

§ 7

Da Edith und Annemarie ihren Haushalt besitzen, sollen Marga und Ilse unseren Haushalt erben, Marge unter Anrechnung auf ihren Anteil an Gesamtgut und dem Nachlass des Überlebenden. Dagegen kann Marga Ilse Anteil am Haushalt solange benutzen, bis Ilse über ihn verfügt. Die übrigen Sachen, insbesondere Wäsche, Silberzeug, Leuchter, Bronzen, Bilder, Teppiche und Bücher mit ihren Schränken sowie die Gegenstände unseres persönlichen Gebrauchs sollen unter unsere vier Töchter gleichmässig verteilt werden. Soweit unsere Töchter sich nicht einigen, haben unsere Testamentsvollstrecker die Entscheidung über die Verteilung zu treffen.

§ 8

Soweit eine unserer Töchter oder deren Abkömmlinge unsere Anordnungen über die Verteilung unseres hinterlassenen Vermögens nicht anerkennen sollte, sollen sie aus dem Nachlass des Überlebenden nur den Pflichtteil erhalten.

§ 9

Zu unseren Testamentsvollstreckern ernennen wir die Herren

- 1.) Rechtsanwalt Dr. Alfred D o r m a n n, Hamburg 1, Ballindamm 15,
- 2.) Albert B a y, Hamburg, Sierichstr. 64,
- 3.) Dipl.-Ing. Heinrich P l a g e l, Ahrensburg, Waldstr. 9.

Sollte einer unserer Testamentsvollstrecker fortfallen, soll der Überlebende von uns und nach seinem Tode unsere Tochter Edith einen Ersatzvollstrecker für den fortgefallenen Testamentsvollstrecker ernennen. Wir hi



56

Abschrift von Abschrift

Notgemeinschaft der durch die Nürnberger Gesetze Betroffenen

Fotokopien sind ungültig.

Certificate.

This is to certify, that the bearer of this document

Mr. Willy Hess

born 18.3.65 in Hamburg

has submitted to our examination the necessary documents which prove him to be full-jewish origin

Hamburg, March 22nd 1946

Union of People persecuted by the Nuremberg Racial Laws.

gez.: 2 Unterschriften

Valid only in conjunction with the bearer's identity card and duly provided with the stamp of the Union of People persecuted by the Nuremberg Racial Laws.

(L.S.)

F.
Fr.

Anlage 2

No. 5658

Bescheinigung.

Hiermit wird bescheinigt, dass der Inhaber dieses Ausweises

Herr Willy Hess

geb. 18. 3. 65 in Hamburg

die nötigen Abstammungsnachweise beigebracht hat, die ihn ausweisen als volljüdischer Abstammung

Hamburg, 22. März 1946


Notgemeinschaft der durch die Nürnberger Gesetze Betroffenen.

gez.: 2 Unterschriften

Nur gültig in Verbindung mit dem Personalausweis des Inhabers und wenn mit dem Dienststempel der Notgemeinschaft der durch die Nürnberger Gesetze Betroffenen versehen.

Die richtige Abschrift

Der Rechtsanwalt



= 4 =

ten unsere Testamentsvollstrecker, falls ich, der Ehefrau, zu- erst versterben sollte, meiner Ehefrau auch schon während des Bestehens der fortgesetzten Gütergemeinschaft mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

§ 11

Alle von uns früher getroffenen letztwilligen Verfügungen werden hiermit ausdrücklich aufgehoben.

In § 8 sind 23 Worte als ungültig gestrichen.

Ahrensburg, den 20. November 1943

(gez.) Wolff Willy Jacob Hess

Das vorstehende Testament von meinem Ehepaar geschrie- ben soll auch mein Testament sein.


Ahrensburg, den 20. November 1943

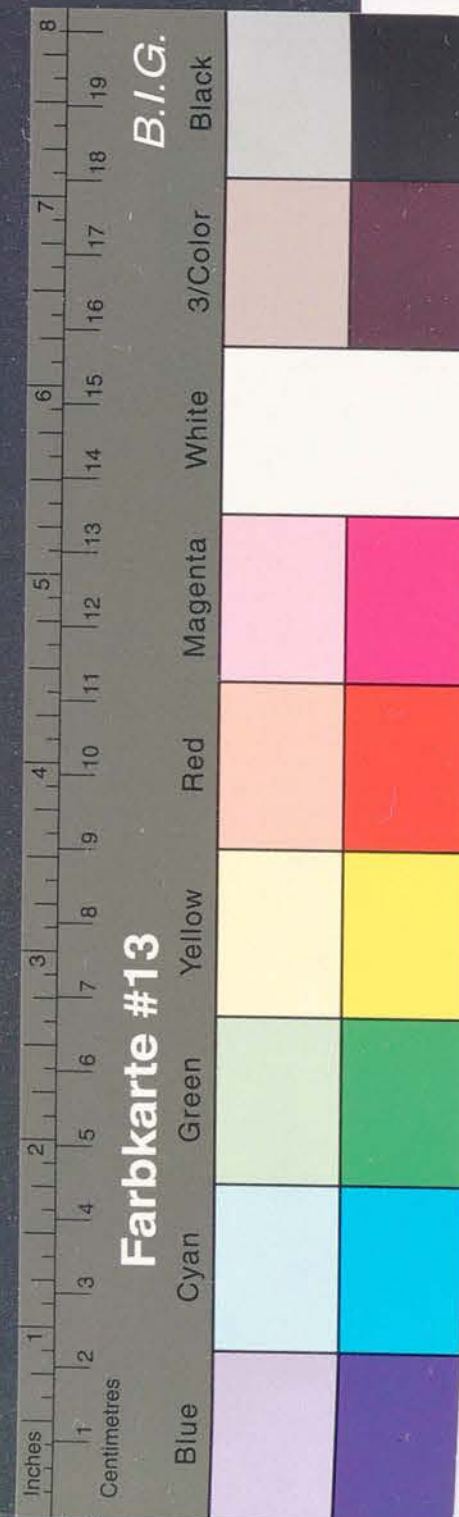
(gez.) Charlotte Christine Caroline Hess geb. Reinwein

L.S.

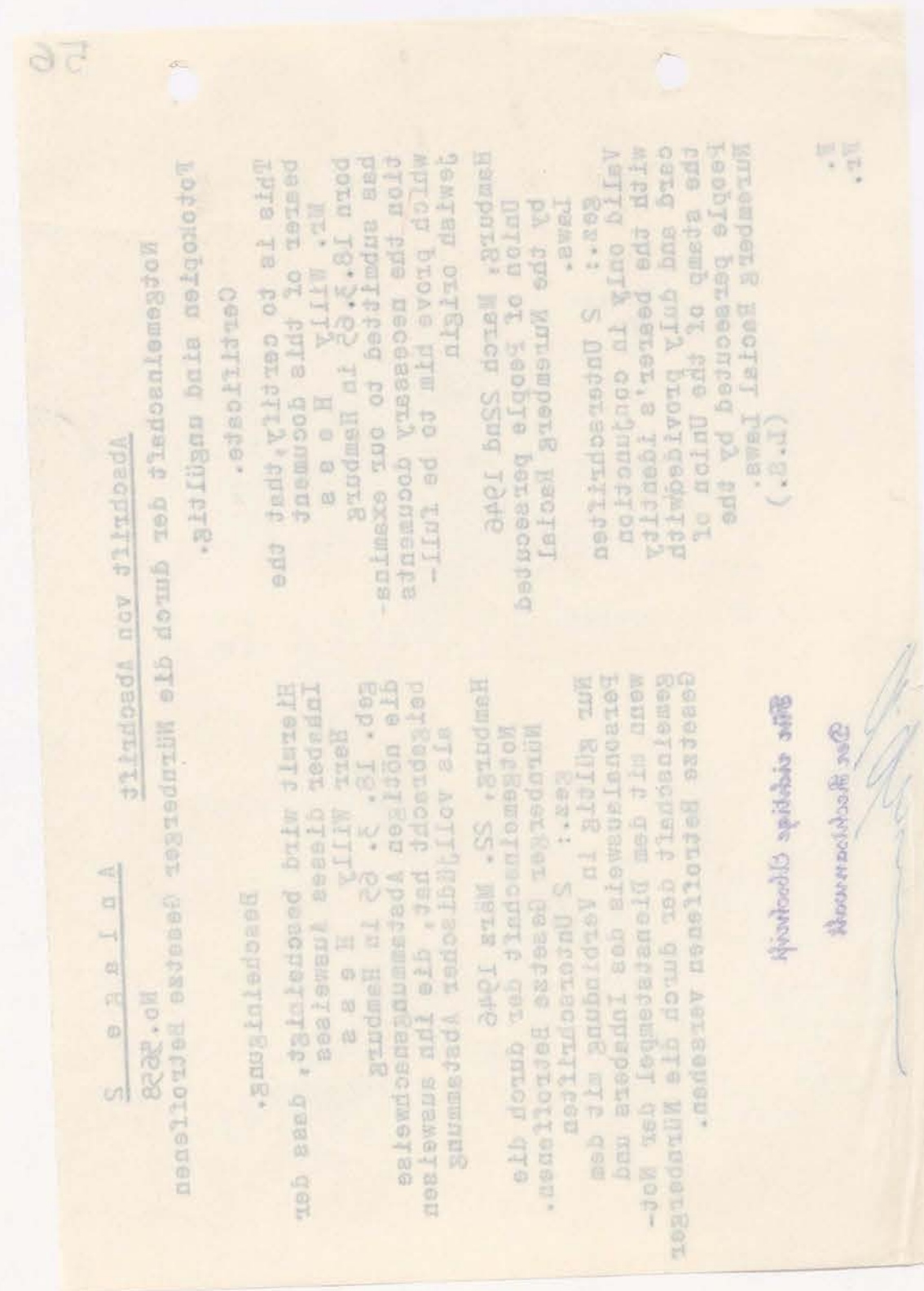
Die richtige Abschrift

Der Rechtsanwalt





Kreisarchiv Stormarn B2



Anlage 3

57

Abschrift von Abschrift

Vergleich

Zwischen

Frau Charlotte Hess
vertreten durch Rechtsanwalt Dr. A. Dormann,

welche nach dem am 18. Oktober 1950 erfolgten Tode ihres Ehemannes, Willy Hess, mit ihren vier Töchtern die zwischen ihr und ihrem Ehemann bestehende allgemeine Gütergemeinschaft fortsetzt, und

Herrn Wilhelm Nienstedt,
vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Werner John,

wird zur vollständigen Abfindung aller von Herrn Hess vor der Wiedergutmachungskammer des Landgerichts Hamburg geltend gemachten Rückerstattungsansprüche aus dem Gesetz Nr. 59 der Militärregierung folgender Vergleich geschlossen:

Herr Wilhelm Nienstedt zahlt eine einmalige Abfindungssumme von DM.50.000,--. Vertragsschliessende sind darüber einig, dass hierauf DM.40.000,-- bereits gezahlt worden sind. Die restlichen DM.10.000,-- werden nach Unterzeichnung dieses Vertrages gezahlt.

Herr Nienstedt verpflichtet sich ferner, Frau Charlotte Hess bis zu deren Lebensende monatlich DM. 500,--, die erste Rate am 1. Nov. 1950, zu zahlen. Die Pflicht zur Zahlung dieser Rente erlischt mit dem Tode des Herrn Nienstedt.

Herr Nienstedt nimmt seine bei dem Board of Review eingelegte Petition for Review unter Anzeige von dem geschlossenen Vergleich zurück.

Kostenerstattung findet beiderseits nicht statt.

Hamburg, den 2. November 1950.

Für Frau Charlotte Hess: gez.: Dr. Dormann

Für W. Nienstedt: gez.: Dr. John.

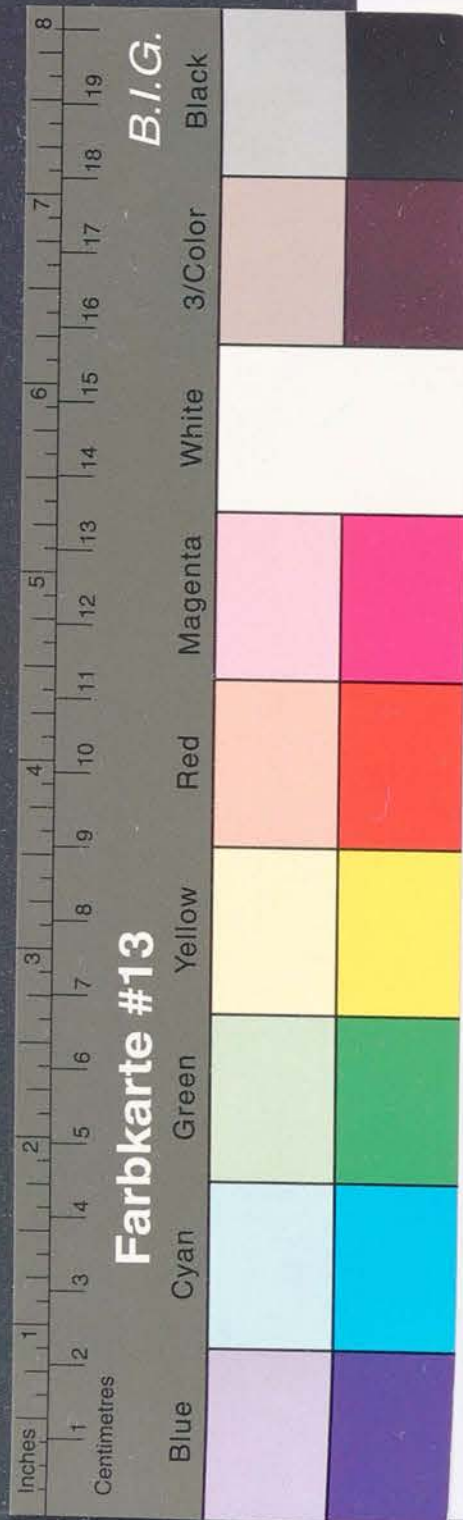
Ka.

Fr.

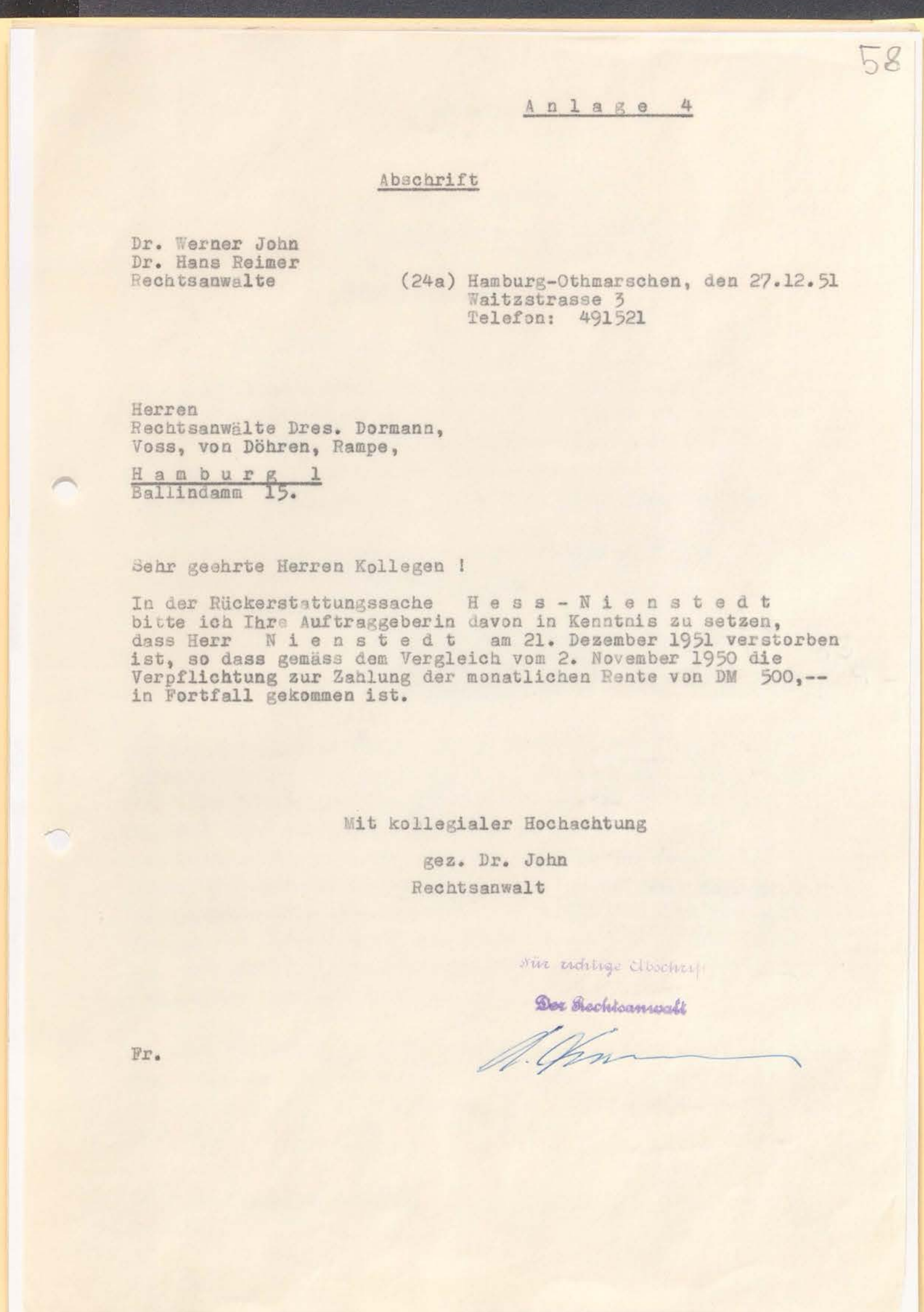
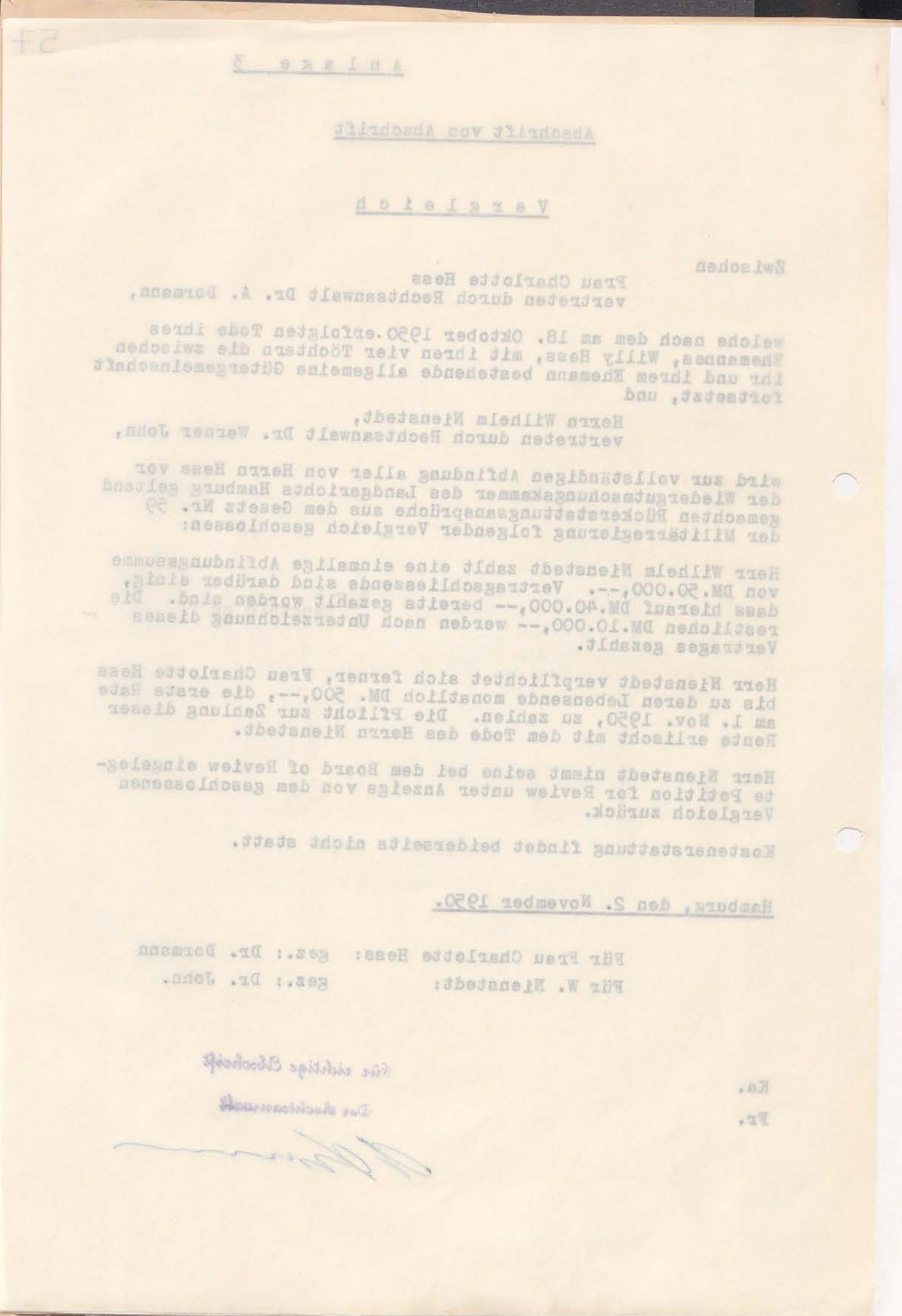
Für richtige Abschrift

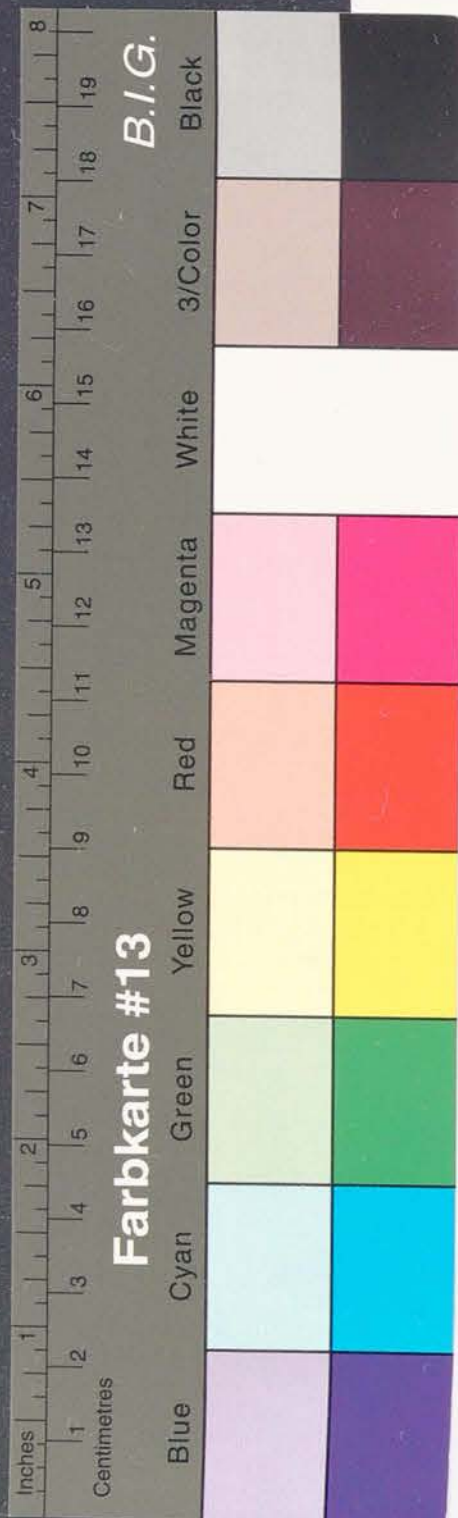
Der Rechtsanwalt

[Handwritten signature]



Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2

58

Anlage 4

Abtschiff

(Sas) Hamburg-Othmarschen, den 27.12.57
Witznass 3
Telefon: 491221

Dr. Werner John
Dr. Hans Reimer
Rechtsanwalt

Herrn
Rechtsanwalte Pres. Hermann
Voss, von Dörren, Ränge,
Hamburg 12.
Hollmann 12.

Sehr geehrte Herren Kollegen!

In der Rückerstattungsanfrage Hess - Nienstedt
bitte ich Ihre Aufmerksamkeit auf den in Kenntnis zu setzen,
dass Herr Nienstedt am 21. Dezember 1951 verstorben
ist, so dass gemäss dem Vergleich vom 2. November 1950 die
Verpflichtung zur Zahlung der monatlichen Rente von DM 500,--
in Vorfall gekommen ist.

Mit kollegialer Hochachtung

Res. Dr. John
Rechtsanwalt

Herrn Nienstedt
Herrn Nienstedt

Herrn Nienstedt

Dr.

59

Anlage 5

Ergänzung zum Formular
und
Stellungnahme zu den Ziffern
1 - 2 von B des Formulars
sowie
Entschädigungsantrag

Der in der Beantwortung der Fragen des Formulars schon kurz ange-
schnittene Sachverhalt ergibt sich des näheren aus den im Rücker-
stattungsverfahren ergangenen Entscheidungen der Wiedergutmachungs-
kammer vom 11. 2. 50 und des Oberlandesgerichts Hamburg vom 9. 6. 50,
die ich in Anlage 6 und 7 in einer Ablichtung beifüge.

Ich beantrage auf Grund dieses Sachverhalts in Vollmacht von Frau
Charlotte Hess - Vollmacht füge ich bei - ,

der Antragstellerin als weitere Entschädi-
gung gemäss §§ 65 - 125 Bundesentschädigungs-
gesetz eine monatliche Rente von DM 500,--,
rückwirkend ab 1. 1. 52, zu bewilligen.

Durch den Vergleich vom 2. 11. 50 hatte in dem Rückerstattungsver-
fahren Wilhelm Nienstedt sich verpflichtet, abgesehen
von einer einmaligen Zahlung, der Antragstellerin bis zu ihrem Le-
bensende eine monatliche Rente von DM 500,-- zu zahlen. In dem
Vergleich war vorgesehen, dass die Pflicht zur Zahlung dieser Ren-
te mit dem Tode des Herrn Nienstedt erlischt, weil Herr Nienstedt
seine Erben nicht mit dieser Rückerstattungspflicht belasten wollte.
Infolge der durch den Tod von Herrn Nienstedt fortgefallenen Rente
ist also insoweit eine Entschädigung von Frau Charlotte Hess durch
Rückerstattung nicht erfolgt.

Da durch das Bundesentschädigungsgesetz, Titel 7, für derartige
Fälle nunmehr die Zahlung einer Entschädigung nach diesem Gesetz
vorgesehen ist, ist der von Frau Hess geltend gemachte Anspruch
berechtigt.

Hamburg, den 12. Juni 1957
Dr.D/Er.

Herrn Nienstedt



Kreisarchiv Stormarn B2

29

Anlage 2

Entscheidung des Landgerichts Hamburg
Wiedergutmachungskammer.
WiK 3/50

Hamburg, den 11. März 1950

Beschluss.

In der Sache
des Willy Hess,
Hamburg-Ahrensburg, Hagener Allee 40,
Berechtigten,
Bevollmächtigte, Rechtsanwälte
Dres. Dormann, Voss, von Döhren, Rampe, Hamburg 1,
Ballindamm 15,
gegen
Wilhelm Nienstedt,
Hamburg, Sandtorquai 14,
Rückerstattungs-pflichtigen,
Bevollmächtigte, Rechtsanwalt
Dr. Werner John, Hamburg-Gr.-Flottbek, Lüdemannstr. 4,

beschließt das Landgericht Hamburg, Wiedergutmachungskammer, auf
Grund der mündlichen Verhandlung vom 10. März 1950, durch folgen-
de Richter:

1. Landgerichtsdirektor Dr. Joost,
2. Landgerichtsrat Dr. Warmbrunn,
3. Amtsgerichtsrat Ehrhardt.

I. Die Rückerstattung des Gesellschafteranteils des Be-
rechtigten an der Firma Max Kroymann nach Massgabe des
Vertrages vom 27. Dezember 1934 wird angeordnet.

II. Der Verpflichtete wird verurteilt, die zur Wiederein-
tragung des Berechtigten im Handelsregister erforder-
lichen Erklärungen abzugeben.

III. Der Antrag auf vorläufige Anordnung wird zurückgewiesen.

Gründe:

Der Berechtigte, der Jude ist und heute im 85. Lebensjahr
steht, war Alleininhaber der Kaffeemaklerfirma Max Kroymann.
Durch Vertrag vom 6. Juli 1927 nahm er den Rückerstattungs-pflich-
tigen und einen Herrn Markmann als Teilhaber in seine Firma auf.
Der Gesellschafter Markmann schied am 1. Oktober 1928 aus der Ge-
sellschaft wieder aus. Gesellschafter blieben der Berechtigte
und der Rückerstattungs-pflichtige zu gleichen Teilen. Durch Ver-
trag vom 27. Dezember 1934 vereinbarten die Gesellschafter, nach-
dem der Berechtigte fast das siebzigste Lebensjahr erreicht hat-
te, dass dieser mit Ablauf des Jahres 1934 in den Ruhestand
tritt. Es wurde ferner vereinbart, dass die Pensionierung des
Berechtigten in der Form vorgenommen werden sollte, dass die Ver-
teilung des Reingewinns aus der Firma ab 1. Juli 1935 mit 2/3 für
den Rückerstattungs-pflichtigen und 1/3 für den Berechtigten er-
folgen sollte. Die Abmachungen der Gesellschafter, die diese für
den Fall ihres Todes zu Gunsten ihrer Ehefrauen getroffen hatten,
sollten beibehalten werden.

Hamburg, den 12. Juni 1950
Dr. D. Tr.

60

Anlage 2

Entscheidung des Landgerichts Hamburg
Wiedergutmachungskammer.
WiK 3/50

Hamburg, den 11. März 1950

Beschluss.

In der Sache
des Willy Hess,
Hamburg-Ahrensburg, Hagener Allee 40,
Berechtigten,
Bevollmächtigte, Rechtsanwälte
Dres. Dormann, Voss, von Döhren, Rampe, Hamburg 1,
Ballindamm 15,
gegen
Wilhelm Nienstedt,
Hamburg, Sandtorquai 14,
Rückerstattungs-pflichtigen,
Bevollmächtigte, Rechtsanwalt
Dr. Werner John, Hamburg-Gr.-Flottbek, Lüdemannstr. 4,

beschließt das Landgericht Hamburg, Wiedergutmachungskammer, auf
Grund der mündlichen Verhandlung vom 10. März 1950, durch folgen-
de Richter:

1. Landgerichtsdirektor Dr. Joost,
2. Landgerichtsrat Dr. Warmbrunn,
3. Amtsgerichtsrat Ehrhardt.

I. Die Rückerstattung des Gesellschafteranteils des Be-
rechtigten an der Firma Max Kroymann nach Massgabe des
Vertrages vom 27. Dezember 1934 wird angeordnet.

II. Der Verpflichtete wird verurteilt, die zur Wiederein-
tragung des Berechtigten im Handelsregister erforder-
lichen Erklärungen abzugeben.

III. Der Antrag auf vorläufige Anordnung wird zurückgewiesen.

Gründe:

Der Berechtigte, der Jude ist und heute im 85. Lebensjahr
steht, war Alleininhaber der Kaffeemaklerfirma Max Kroymann.
Durch Vertrag vom 6. Juli 1927 nahm er den Rückerstattungs-pflich-
tigen und einen Herrn Markmann als Teilhaber in seine Firma auf.
Der Gesellschafter Markmann schied am 1. Oktober 1928 aus der Ge-
sellschaft wieder aus. Gesellschafter blieben der Berechtigte
und der Rückerstattungs-pflichtige zu gleichen Teilen. Durch Ver-
trag vom 27. Dezember 1934 vereinbarten die Gesellschafter, nach-
dem der Berechtigte fast das siebzigste Lebensjahr erreicht hat-
te, dass dieser mit Ablauf des Jahres 1934 in den Ruhestand
tritt. Es wurde ferner vereinbart, dass die Pensionierung des
Berechtigten in der Form vorgenommen werden sollte, dass die Ver-
teilung des Reingewinns aus der Firma ab 1. Juli 1935 mit 2/3 für
den Rückerstattungs-pflichtigen und 1/3 für den Berechtigten er-
folgen sollte. Die Abmachungen der Gesellschafter, die diese für
den Fall ihres Todes zu Gunsten ihrer Ehefrauen getroffen hatten,
sollten beibehalten werden.



Kreisarchiv Stormarn B2

Am 21. August 1937 wurde zwischen dem Berechtigten und dem Rückerstattungspflichtigen eine Vereinbarung getroffen, derzufolge der Berechtigte mit dem 31. August 1937 aus der Firma austrat. Für den Berechtigten wurde eine Versorgungsrente von jährlich RM 15.000.- für die Dauer von 10 Jahren festgesetzt. Der Rentenanspruch sollte nach seinem Tode auf seine Witwe und nach deren Tode auf die gemeinschaftlichen Abkömmlinge übergehen. Nachdem eine Jahresrente gezahlt worden war, trat der Rückerstattungspflichtige im Jahre 1939 erneut an den Berechtigten heran mit dem Ziele, eine Änderung der getroffenen Vereinbarung herbeizuführen. Der Berechtigte hatte, um seinen Anspruch auf die Rente sicher zu stellen, mit seiner Ehefrau, die Arierin ist, Gütertrennung vereinbart und den Rentenanspruch seiner Ehefrau zugewiesen. Durch Vertrag vom 28. Februar 1939 vereinbarten die Ehefrau des Berechtigten und der Rückerstattungspflichtige die Aufhebung der Rentenverpflichtung gegen Zahlung einer einmaligen Abfindung in Höhe von RM 27.500.- an die Ehefrau des Berechtigten. Durch die Zahlung der Abfindungssumme sollten sämtliche gegenseitigen Ansprüche zwischen dem Rückerstattungspflichtigen und dem Berechtigten und dessen Ehefrau erledigt sein.

Der Berechtigte hat beantragt,

die Rückerstattung seines Gesellschafteranteils an der offenen Handelsgesellschaft in Firma Max Kroymann nach Massgabe des Abkommens vom 27. Dezember 1934 anzuordnen.

Er hat ferner beantragt,

den Rückerstattungspflichtigen im Wege der vorläufigen Anordnung zur Zahlung von monatlich DM 500.- ab 1. Januar 1950 zu verurteilen.

Der Rückerstattungspflichtige hat

Abweisung

beantragt.

Er macht geltend, da eine Verfolgungsmassnahme habe überhaupt nicht vorgelegen. Wenn er die damaligen politischen Verhältnisse hätte ausnutzen wollen, so hätte er von seinem Kündigungsrecht Gebrauch machen können, sodass der Berechtigte heute überhaupt keine Ansprüche mehr stellen können. Im übrigen habe er, der Rückerstattungspflichtige, nachdem die Firma in den Jahren 1940 bis 1945 geruht habe, ein völlig neues Unternehmen unter Anknüpfung gänzlich anderer Geschäftsbeziehungen aufgebaut, an das der Berechtigte keine Ansprüche mehr stellen könne.

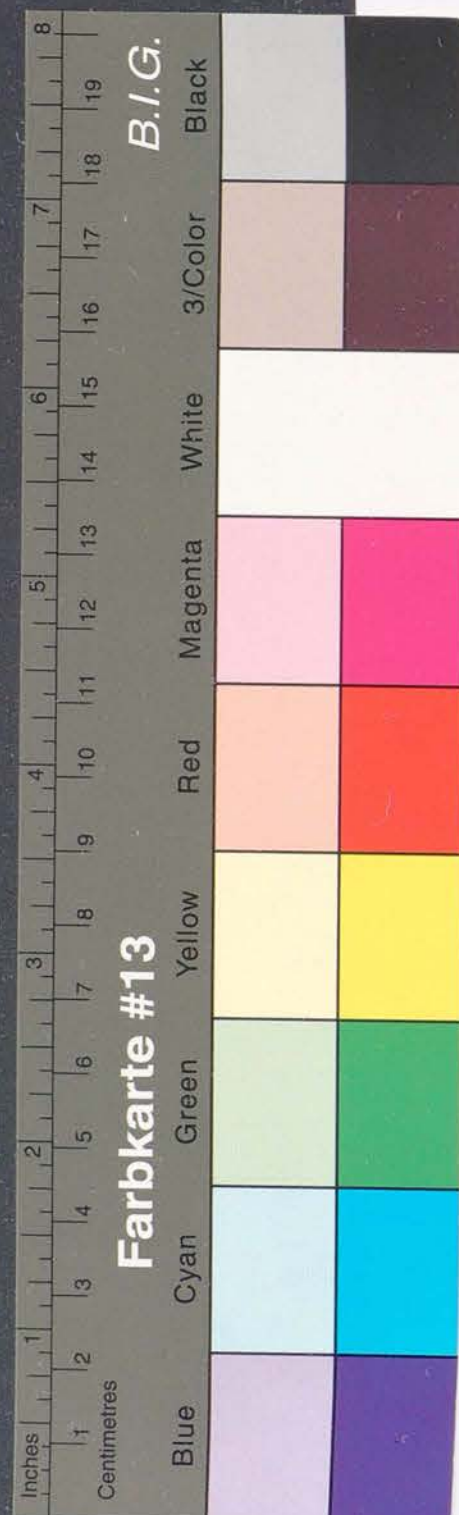
Dem Antrag des Berechtigten auf Rückerstattung seines Gesellschafteranteils war stattzugeben. Der Berechtigte gehört als Jude zu dem Kreis von Personen, die auf Grund des Gesetzes Nr. 59 der Militärregierung zur Rückerstattung entzogener Vermögensgegenstände berechtigt ist. Zu seinen Gunsten gilt gemäss Art. 3 REG die Vermutung, dass die von ihm in der Zeit vom 30. Januar 1933 bis 8. Mai 1945 abgeschlossenen Rechtsgeschäfte, soweit sie die Veräusserung oder Aufgabe von Vermögensgegenständen betreffen,

ungerechtfertigte Entziehung i.S. des Art. 2 REG sind. Dass die von dem Berechtigten bzw. seiner Ehefrau abgeschlossenen Verträge vom 27. Dezember 1934, 21. August 1937 und 28. Februar 1939 die Aufgabe von Vermögensgegenständen betreffen, liegt auf der Hand. Demgegenüber muss der Rückerstattungspflichtige beweisen, dass der Veräusserer einen angemessenen Kaufpreis erhalten hat, über den er frei verfügen konnte und ferner, soweit die Verträge nach dem 15. September 1935 abgeschlossen worden sind, dass das Rechtsgeschäft seinem wesentlichen Inhalte nach auch ohne die Herrschaft des Nationalsozialismus abgeschlossen worden wäre, oder dass der Erwerber in besonderer Weise und mit wesentlichen Erfolg den Schutz der Vermögensinteressen des Berechtigten wahrgenommen hat (Art. 3 Abs. 2 und 3 REG).

Es kann zweifelhaft sein, ob schon der Vertrag vom 27. Dezember 1934 unter Zwang abgeschlossen worden ist. Dieser Vertrag beruht im wesentlichen auf der Tatsache, dass der Berechtigte infolge seines hohen Alters nicht mehr aktiv in den Geschäften der Firma teilhaben konnte und in den Ruhestand treten wollte. Unter diesen Umständen erscheint die Verminderung der Gewinnbeteiligung des Berechtigten von 1/2 und 1/3 immerhin wirtschaftlich berechtigt, da von diesem Zeitpunkt an der Rückerstattungspflichtige allein die Geschäfte der Firma betrieb und daher auch einen höheren Gewinnanteil für sich in Anspruch nehmen konnte als der nicht mehr tätige Berechtigte. Insoweit wird man daher davon ausgehen können, dass dieser Vertrag seinen wesentlichen Inhalte nach auch ohne die Herrschaft des Nationalsozialismus abgeschlossen wäre. Anders liegt es dagegen bei den Verträgen vom 21. August 1937 und 28. Februar 1939. Diese Verträge sind offensichtlich unter dem Zwang abgeschlossen, unter dem der Berechtigte, wie alle Juden seit 1933 in Deutschland lebte. Dies ergibt sich insbesondere aus dem Vertrag vom 28. Februar 1939, in welchem ausdrücklich aufgenommen wurde, dass der Berechtigte Jude sei und dass die Auszahlung der vereinbarten Abfindungssumme abhängig sei von der Genehmigung des Reichsstatthalters auf Grund der Verordnung über die Anmeldung jüdischer Vermögen vom 28. April 1938, nachdem bereits durch den Oberfinanzpräsidenten Nordmark, Devilsenstelle Kiel, eine Sicherungsmassnahme hinsichtlich des Vermögens des Berechtigten ergangen war.

Demgegenüber kann die Einrede des Rückerstattungspflichtigen, er habe den Gesellschaftsvertrag kündigen können, keine Beachtung finden. Abgesehen davon, ob eine solche Kündigung überhaupt nach dem Gesellschaftsvertrag möglich gewesen wäre, steht fest, dass eine Kündigung nicht ausgesprochen ist, so dass damit jede Erörterung über die etwaigen Folgen einer derartigen Kündigung theoretisch ist. Ferner kann sich der Rückerstattungspflichtige auch nicht darauf berufen, dass er völlig neue Geschäftsverbindungen angeknüpft habe, die mit den ursprünglichen Geschäftsverbindungen der Firma in keiner Beziehung mehr ständen. Diese neuen Geschäfte sind zwar nur auf Grund der persönlichen Tätigkeit des Rückerstattungspflichtigen zustande gekommen, können aber zu einer Schmälerung des Gewinnanteils des Berechtigten nicht führen. Da die Geschäfte im übrigen im Rahmen des bisherigen Aufgabengebietes der Firma liegen, kommt auch eine wesentliche Änderung und eine damit zusammenhängende Steigerung des entzogenen Vermögensgegenstandes, d.h., ein Fall des Art. 22 REG nicht in Betracht.

Die Wiedergutmachungskammer ist daher zu dem Ergebnis gekommen dass die Verträge vom 21. August 1937 und 28. Februar 1939 als ungerechtfertigte Entziehung anzusehen sind. Der Berechtigte war d-



Kreisarchiv Stormarn B2

her in seine Rechte als Gesellschafter an der Firma Max Kroymann nach Massgabe des Vertrages vom 27.12.1934 wieder einzusetzen und der Verpflichtete zu verurteilen, die zur Wiedereintragung des Berechtigten im Handelsregister erforderlichen Erklärungen abzugeben.

Die Auseinandersetzung zwischen den Gesellschaftern über Gewinn und Verlust während der Dauer des Gesellschaftsverhältnisses obliegt nunmehr den Gesellschaftern untereinander. Die sich aus dieser Auseinandersetzung ergebenden Forderungen sind keine Rückerstattungsforderungen, sondern unterliegen, soweit darüber Streit besteht, dem ordentlichen Rechtsweg. Infolgedessen musste auch der Antrag des Berechtigten auf vorläufige Zahlung eines Geldbetrages aus seinem Gesellschafteranteil zurückgewiesen werden, da der Berechtigte durch eine solche vorläufige Anordnung die teilweise Vorwegnahme der Auseinandersetzung erreichen würde, für die aber die Wiedergutmachungskammer nicht zuständig ist.

(Unterzeichnet:)

Joost, Dr. Dr. Warmbrunn Ehrhardt

Für richtige Ausfertigung:

L.S. gez. Unterschrift, Justizinspektor
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle.

Für richtige Abschrift

Der Rechtsanwalt

[Signature]

Hanseatisches Oberlandesgericht

5. Zivilsenat

B e s c h l u s s .

5 W 12/50
WiK 3/50

In der Wiedergutmachungssache

des Willy H e s s ,
Hamburg-Ahrensburg, Hagener Allee 40,

Prozessbevollmächtigte: Rechtsanwälte
Dres. Dormann, Voss, von Döhren, Rampe,
Hamburg,

gegen

Berechtigten,

Wilhelm N i e n s t e d t ,
Hamburg, Sandtorquai 14,

Prozessbevollmächtigte: Rechtsanwälte
Dres. John und Reimer,
Hamburg-Gr. Flottbek,

Rückerstattungspflichtigen,
Beschwerdeführer,

beschliesst das Hanseatische Oberlandesgericht zu Hamburg,
5. Zivilsenat, durch folgende Richter:

1. Senatspräsident Willers,
2. Oberlandesgerichtsrat Dr. König,
3. Oberlandesgerichtsrat Dr. Clemens

am 9. Juni 1950:

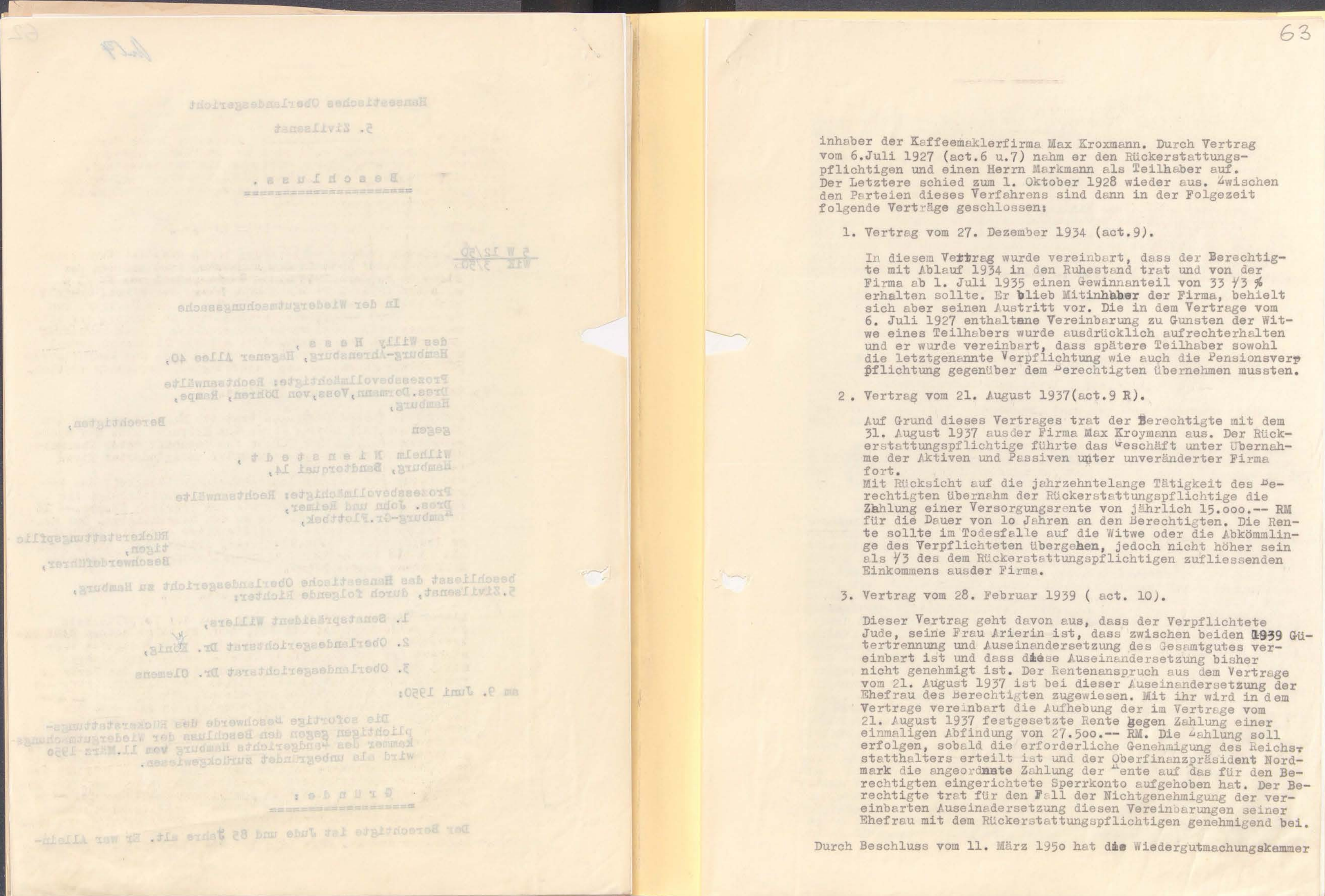
Die sofortige Beschwerde des Rückerstattungspflichtigen gegen den Beschluss der Wiedergutmachungskammer des Landgerichts Hamburg vom 11. März 1950 wird als unbegründet zurückgewiesen.

G r ü n d e :

Der Berechtigte ist Jude und 85 Jahre alt. Er war Allein-



Kreisarchiv Stormarn B2



inhaber der Kaffeemaklerfirma Max Kroymann. Durch Vertrag vom 6. Juli 1927 (act. 6 u. 7) nahm er den Rückerstattungs-pflichtigen und einen Herrn Markmann als Teilhaber auf. Der Letztere schied zum 1. Oktober 1928 wieder aus. Zwischen den Parteien dieses Verfahrens sind dann in der Folgezeit folgende Verträge geschlossen:

1. Vertrag vom 27. Dezember 1934 (act. 9).

In diesem Vertrag wurde vereinbart, dass der Berechtig-te mit Ablauf 1934 in den Ruhestand trat und von der Firma ab 1. Juli 1935 einen Gewinnanteil von 33 1/3 % erhalten sollte. Er blieb Mitinhaber der Firma, behielt sich aber seinen Austritt vor. Die in dem Vertrage vom 6. Juli 1927 enthaltene Vereinbarung zu Gunsten der Wit-we eines Teilhabers wurde ausdrücklich aufrechterhalten und er wurde vereinbart, dass spätere Teilhaber sowohl die letztgenannte Verpflichtung wie auch die Pensionsver-pflichtung gegenüber dem Berechtigten übernehmen mussten.

2. Vertrag vom 21. August 1937 (act. 9 R).

Auf Grund dieses Vertrages trat der Berechtigte mit dem 31. August 1937 aus der Firma Max Kroymann aus. Der Rück-erstattungspflichtige führte das Geschäft unter Übernah-me der Aktiven und Passiven unter unveränderter Firma fort.

Mit Rücksicht auf die jahrzehntelange Tätigkeit des Be-rechtigten übernahm der Rückerstattungspflichtige die Zahlung einer Versorgungsrente von jährlich 15.000.-- RM für die Dauer von 10 Jahren an den Berechtigten. Die Ren-te sollte im Todesfalle auf die Witwe oder die Abkömmlin-gen des Verpflichteten übergehen, jedoch nicht höher sein als 1/3 des dem Rückerstattungspflichtigen zufließenden Einkommens aus der Firma.

3. Vertrag vom 28. Februar 1939 (act. 10).

Dieser Vertrag geht davon aus, dass der Verpflichtete Jude, seine Frau Arierin ist, dass zwischen beiden 1939 Gü-tertrennung und Auseinandersetzung des Gesamtgutes ver-einbart ist und dass diese Auseinandersetzung bisher nicht genehmigt ist. Der Rentenanspruch aus dem Vertrage vom 21. August 1937 ist bei dieser Auseinandersetzung der Ehefrau des Berechtigten zugewiesen. Mit ihr wird in dem Vertrage vereinbart die Aufhebung der im Vertrage vom 21. August 1937 festgesetzte Rente gegen Zahlung einer einmaligen Abfindung von 27.500.-- RM. Die Zahlung soll erfolgen, sobald die erforderliche Genehmigung des Reichs-statthalters erteilt ist und der Oberfinanzpräsident Nord-mark die angeordnete Zahlung der Rente auf das für den Be-rechtigten eingerichtete Sperrkonto aufgehoben hat. Der Be-rechtigte trat für den Fall der Nichtgenehmigung der ver-einbarten Auseinandersetzung diesen Vereinbarungen seiner Ehefrau mit dem Rückerstattungspflichtigen genehmigend bei.

Durch Beschluss vom 11. März 1950 hat die Wiedergutmachungskammer



Kreisarchiv Stormarn B2

Durch Beschluss vom 11. März 1950 hat die Widergerichtskammer
Kammer mit dem Rückersatzpflichtigen genehmigt bei.
einigen Ausnahmestellen diesen Vereinigungen seiner
Rechtsprechung für den Fall der Nichtgenehmigung der ver-
rechten eingetragene Sperrkonto aufgehoben hat. Der Be-
mark die angeordnete Zahlung der Rente aus dem Be-
stehenden der Rente ist und der Oberfinanzpräsident Nord-
mark, sobald die erforderliche Genehmigung des Reichs-
einmaligen Abfindung von 27.500.- RM. Die Zahlung soll
Vorteile vereinbart die Aufhebung der im Vertrag vom
Kammer des berechtigten zugewiesen. Mit ihr wird in dem
vom 21. August 1937 ist bei dieser Ausnahmestellung der
nicht genehmigt ist. Der Rentenanspruch aus dem Vertrag
eintritt ist und dass diese Ausnahmestellung dieser
festsetzung und Ausnahmestellung des Gesamtsummes vor-
Lage, seine Frau ist, dass zwischen beiden 1939 ge-
Dieser Vertrag geht davon aus, dass der Verpflichtete
3. Vertrag vom 28. Februar 1939 (act. 10).
Einkommen anderer Firmen.
als 1/3 des dem Rückersatzpflichtigen zufließenden
es den Verpflichteten übergehen, jedoch nicht höher sein
te sollte im Todesfall auf die Witwe oder die Abkömmlin-
für die Dauer von 10 Jahren an den berechtigten. Die Ren-
Zahlung einer Versorgungsgarantie von jährlich 15.000.- RM
berechtigten übernahm der Rückersatzpflichtige die be-
Mit Rücksicht auf die jahrzehntelange Tätigkeit des be-
fort.
me der Aktiven und Passiven unter unveränderter Firma
erstattungspflichtige führte das Geschäft unter Übernah-
21. August 1937) aus der Firma Max Kroymann aus. Der Rück-
Auf Grund dieses Vertrages trat der Berechtigte mit dem
2. Vertrag vom 21. August 1937 (act. 9. R.).
Berechtigten wurde vereinbart, dass der Berechtig-
In diesem Vertrag wurde vereinbart, dass der Berechtig-
1. Vertrag vom 27. Dezember 1934 (act. 9).
folgende Verträge geschlossen:
Der Letztere schied zum 1. Oktober 1938 wieder aus. Zwischen
pflichtigen und einem Herrn Hermann als Teilhaber auf.
vom 6. Juli 1937 (act. 6. u. 7.) nahm er den Rückersatzpflich-
inhaber der Kaffeebäckerei Max Kroymann. Durch Vertrag

entsprechend dem Antrage des Berechtigten die Rückerstattung
des Gesellschafteranteils nach Massgabe des Vertrages vom
27. Dezember 1934 angeordnet und den Verpflichteten verurteilt,
die zur Wiedereintragung des Berechtigten im Handelsregister
erforderlichen Erklärungen abzugeben. Hiergegen hat der Ver-
pflichtete form- und fristgerecht Beschwerde eingelegt.

Zutreffend geht das Landgericht davon aus, dass dem jü-
dischen Berechtigten durch die Verträge vom 21. August 1937
und 28. Februar 1939 ein Vermögensgegenstand, nämlich seine Be-
teiligung als Gesellschafter an der Firma Max Kroymann entzogen
worden ist, und dass der Rückerstattungspflichtige gegenüber
der Vermutung des Art. 2 Ziffer 1, Art. 3 Abs. 1 beweisen muss,

1. dass der Verkäufer einen angemessenen Kaufpreis erhalten hat,
2. dass er über ihn frei verfügen konnte,
3. dass das Rechtsgeschäft seinen wesentlichen Inhalt nach auch ohne die Herrschaft des Nationalsozialismus abgeschlossen wäre (Art. 3 Abs. 2 u. 3).

Das Landgericht hat angenommen, dass der Verpflichtete diese
Beweise nicht erbracht habe,

Die Beschwerde rügt Verletzung der Aufklärungspflicht nach
§ 12 FGG. Die Anwendung des § 12 FGG auf das vorliegende Verfah-
ren ist grundsätzlich zu bejahen (vgl. OLG Frankfurt in ReW 85,
145, Entscheidung in ReW. 49 61).

Der Beschwerdeführer beanstandet in erster Linie, dass das
Landgericht nicht auf seinen Beweisanspruch eingegangen sei, ein
Gutachten der Handelskammer einzuziehen darüber, dass die vom Be-
schwerdeführer gezahlte Abfindungssumme angemessen war. Dieser
Antrag ist mit Schriftsatz vom 9. März 1950 (act. 11 ff) gestellt
und dem Gericht am 10. März 1950 (act. 13) überreicht. Er bezieht
sich, wie sein Wortlaut sowie die Ausführungen ~~darüber~~
in der Beschwerdeschrift ergeben, nur auf den Vertrag Nr. 3. Be-
weisansprüche hinsichtlich des Vertrages Nr. 2 hat der Beschwerde-
führer im Verfahren vor dem Landgericht nicht gestellt. Das Land-
gericht hat in seinem Beschluss zu diesem Antrage keine Stellung
genommen. Es hatte dazu aber auch keine Veranlassung, denn selbst
wenn der Beschwerdeführer durch den von ihm angetretenen Beweis
nachgewiesen hätte, dass die im Verträge Nr. 3 festgesetzte Abfin-
dungssumme angemessen war und demnach das Rechtsgeschäft, der Ver-
trag, seinem wesentlichen Inhalte nach auch ohne die Herrschaft
des Nationalsozialismus abgeschlossen wäre, so wäre der Beschwer-
deführer immer noch den ihm ebenfalls obliegenden Beweis schul-
dig geblieben, dass der Berechtigte über die ihm nach diesem Ver-
trage zustehende Abfindungssumme frei verfügen konnte. Diesen Be-
weis konnte er ersichtlich gar nicht erbringen, denn der Vertrag
Nr. 3 ergibt schon seinem Inhalte nach, dass dem Berechtigten eine
solche Verfügungsmacht fehlte. Aus diesem Grunde war ersichtlich
der ganze Anspruch seiner arischen Ehefrau zugewiesen und aus
dem gleichen Grunde war auch die Zahlung der Summe der Genehmigung
des Reichstatthalters und einer Anordnung des Oberfinanzpräsi-
denten Nordmark vorbehalten. Davon abgesehen enthält dieser Vertrag



Kreisarchiv Stormarn B2



Landesentschädigungsamt
Schleswig-Holstein

H 1077 - 13
Geschäftszeichen:
(Im Antwortschreiben anzugeben)

Kiel, den 11. März 1958
Gartenstraße 7
Telefon 47931
Sprechstunden nur dienstags von 9—12 Uhr.

An das
Landesentschädigungsamt
Schleswig-Holstein,

K i e l .

Betr.: Entschädigungsverfahren Frau Charlotte H e s s , Ahrensburg.

Ich übersende anliegend den Antrag auf Entschädigung nach dem BEG. mit der Bitte um Entscheidung. Der Antrag ging bereits am 21. Juni 1957 bei mir ein. Die Weiterleitung war bisher versehentlich unterblieben. Ich bitte um eine entsprechende Rücksichtnahme.

Meine Handakten hinsichtlich des verstorbenen Ehemannes Willy H e s s befinden sich im dortigen Ref. unter dem Aktz.: Be./1568.-

Im Auftrage des Landrates:

13. Febr. 1958.

Sozial- und Jugendamt
4-1/8 Hess

D./-

otte H e s s

ages H e s s durch
ses Stormarn mit

e Hess, hat am 21.
des Kreises Stormarn
Bundesgesetz zur Ent-
stischen Verfolgung
Juni 1956 (BGBl. I
lerin im Jahre 1868
t besonderer Be-
die Weiterleitung
entschädigungsamt

lbare Weiterleitung
en Anträge an das

Res. Unterschrift
Landesoberinspektor
des Bundesarchivs
Der Sachbearbeiter
des Geschichtsdienstes
Der Sachbearbeiter
des Geschichtsdienstes
Der Sachbearbeiter
des Geschichtsdienstes

worden ist, um eine solche Annahme zu rechtfertigen.
erlegt und nichts dafür vorliegt, dass es ein Beweis-
punkt die Beweisbarkeit dem Historikerkollegium an-
nicht angenommen werden, als das Gesetz Nr. 23 Gesetz in diesen
habe. Eine Verletzung der Verfassungsmäßigkeit kann aber insoweit
Kontexte für die Aufhebung seiner gesellschaftsrechtliche erhalten
schließen wären und ob nicht der Berechtigten einen angemessenen
frühe auch ohne die Herrschaft der Nationalsozialismus abge-
blüht gerufen, dem Landgericht eine weitgehende Verurteilung
gerade hinaus, dem Landgericht eine weitgehende Verurteilung
Die weiteren Auswirkungen der Beschwerdechrift liegen
entfernt nicht eingeleitet ist, nicht gegen § 15 BEG verstoßen.
Das Landgericht hat daher beantragt, dass es ein Beweis-
Bekanntmachung der BMDV gegen die Juden und der BMDV liegt.
der Herrschaft der Nationalsozialismus und den wesentlichen der
ferne der BMDV der Berechtigten, dass sein Zusammenhang mit
schon Gegenüber dem Vertriebe Nr. 5 eine so erhebliche Verschönerung

HGB. Kom z. HGB § 133 Abs. 1 Nr. 2, 3, 350).
neut mit dieser Wirkung rechtfertigt anzunehmen war (vgl. Weiskopf
eine Entwertung im Sinne des BGB gewesen wäre, sofern sie über-
ten Gewinnteilung unter den damaligen Umständen erst recht
feverleitetes mit der Wirkung völligen Wegfalls der vereinbarte-
können. Dabei verkennt er, dass eine Kündigung des Gesellschaft-
fungen Rücküber dem berechtigten Gewinn hinaussetzt Verfall
Grund des Gesellschaftsvertrages seinen Hinweis auf Verfall
Geschlossen, weil der Verfallstiftung anderenfalls sich durch Ein-
und wären auch ohne die Herrschaft der Nationalsozialismus ab-
Verträge seien noch ein Beispiel für einen der Verträge zugewiesen
Der Beschwerdechrift meint allerdings, die perspektivierten

Der Landgericht hat daher bei seiner Beweiswürdigung
weder gegen § 15 BEG noch gegen die Denkgebote oder Ex-
35 BEG hat die Weiterleitungskammer mit zureichenden Grün-
den abgelehnt.

Der Landgericht hat daher bei seiner Beweiswürdigung
weder gegen § 15 BEG noch gegen die Denkgebote oder Ex-
35 BEG hat die Weiterleitungskammer mit zureichenden Grün-
den abgelehnt.

(Steger)

Der Sachbearbeiter
des Geschichtsdienstes



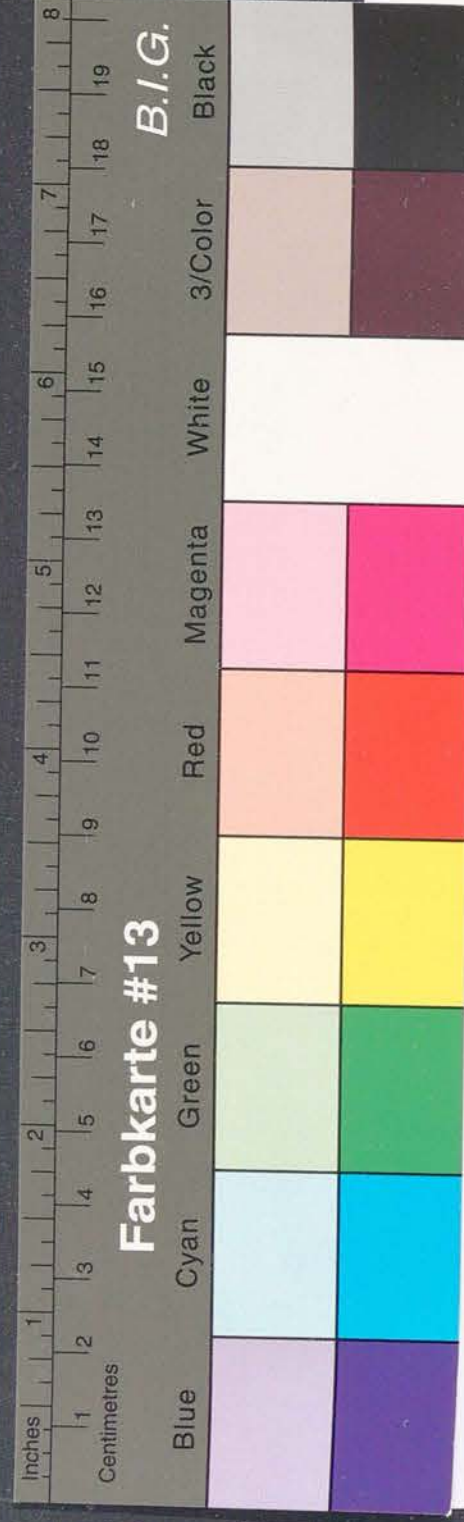
Beur.: Entschädigungsverlangen Frau Charlotte Hess, Ahrensburg

Anlieger übersende ich einen bei mir gestellten Antrag auf Entschädigung nach dem B.G. mit der Bitte um Entscheidung. Die Weiterleitung dieses Antrages war bisher versehentlich unterblieben. Ich bitte um eine entsprechende Rücksichtnahme.

Meine Handakten hinsichtlich des verstorbenen Ehemannes Willy Hess füge ich zur Kenntnisnahme bei.

Im Auftrage des Landrates:

An das
Landesentschädigungsausschuss
Schleswig-Holstein,
K i e l.



Kreisarchiv Stormarn B2

